

ANHANG C. RAUMVERTRÄGLICHKEITSSTUDIE

C.1 TABELLEN

C.1.1 RELEVANZPRÜFUNG

Übersicht der folgenden Tabellen:

Nr.	Thema	Seiten- anzahl
C.1.1.1	Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg	17
C.1.1.2	Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar, Teilraum Baden-Württemberg	17
C.1.1.3	Regionalplan Mittlerer Oberrhein	25
C.1.1.4	Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz	1
C.1.1.5	Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar, Teilraum Rheinland-Pfalz	1

Erläuterung zu den folgenden Tabellen

KapitelNr.:	Kapitelnummer des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/ der Grundsatz der RO genannt ist.
Kapitel:	Kapitelbezeichnung des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/ der Grundsatz der RO genannt ist.
Sachthema/ Belang:	Zuordnung des im jeweiligen Plan/Programm aufgeführten Kapitels zu den gem. Tabelle 6.1 übergeordneten raumordnerischen Sachthemen und den zu prüfenden raumordnerischen Belangen.
Seite:	Seitenangabe des jeweiligen Plans/Programms, in dem das Ziel/ der Grundsatz der RO genannt ist.
Status:	Kennzeichnung als Ziel (Z), Grundsatz (G) der RO oder nachrichtliche Übernahme (N)
Nr.:	Nummer des Z, G, N aus dem jeweiligen Plan/Programm
Ziele und Grundsätze:	Formulierung der jeweiligen Z, G, N aus dem jeweiligen Plan/Programm (z.T. gekürzt (...))
Maßgeblich:	Ergebnis der Maßgeblichkeitsprüfung. Die Ermittlung der Maßgeblichkeit eines Z, G erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.4.5
Auswirkung raumbedeutsam:	Die potenziellen Auswirkungen des geplanten Vorhabens weisen eine Raumbedeutsamkeit auf. „Nein“ bedeutet hier, dass die potenziellen Auswirkungen des geplanten Vorhabens im Hinblick auf das Erfordernis nur punktuell oder bauzeitlich sind.
inhaltlich konkretisiert:	Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist inhaltlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. „Nein“ bedeutet hier, dass das Erfordernis allgemeine programmatische Aussagen enthält, die keine Bewertung der Konformität mit einem konkreten Vorhaben ermöglichen.
kartographisch abgrenzbar:	Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist räumlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. Das Erfordernis bezieht sich dabei auf festgelegte Gebiete und weist damit einen konkreten, von der Regionalplanung bestimmten und kartographisch abgrenzbaren Raumbezug auf. „Nein“ bedeutet hier, dass der Plan keine kartographischen Festsetzungen enthält.

textlich herleitbar:	Die jeweilige Ziel-/Grundsatzformulierung ist räumlich so konkretisiert, dass sie einen Maßstab bietet, der die Bewertung der Konformität des Vorhabens möglich macht. Das Erfordernis bezieht sich dabei nicht auf kartographisch festgelegte aber auf spezielle, textlich konkretisierte Gebiete und weist damit einen konkreten, von der Regionalplanung bestimmten und textlich herleitbaren Raumbezug auf (nicht kartographisch abgrenzbar). „Nein“ bedeutet hier, dass der Plan keine kartographischen Festsetzungen enthält.
Begründung:	<ol style="list-style-type: none"> 1) Begründung zur Abschichtung von Erfordernissen der Raumordnung im Rahmen der Maßgeblichkeitsprüfung (gem. Methode Kap. 6.1.4.5). 2) Begründung zur Abschichtung von Erfordernissen der Raumordnung im Rahmen der Relevanzprüfung (gem. Methode Kap. 6.1.4.6). <p>Eine Begründung ist nicht gegeben, wenn Z/G als maßgeblich und relevant eingeschätzt werden.</p>
Relevanz:	Ergebnis der Relevanzprüfung. Die Ermittlung der Relevanz eines Z, G erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.4.6 anhand der Tabelle 6.2.
Im U-Raum:	Ergebnis der Prüfung auf Lage des jeweiligen kartographisch abgrenzbaren und relevanten Zieles/Grundsatzes der RO im Untersuchungsraum; i.d.R ist dies der Trassenkorridor (vgl. Methode Kapitel 6.1.4.7). Sollte eine Aufweitung des Untersuchungsraumes auf Grund der Definition des Erfordernisses notwendig sein, wird dies spezifisch vermerkt.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG sind die in Aufstellung befindlichen Ziele bereits als Grundsätze der Raumordnung einzustufen. Somit fallen die in Aufstellung befindlichen Grundsätze im Rahmen der Prüfung zur Raumverträglichkeit nicht ins Gewicht. Die Grundsätze der in Aufstellung/im Entwurf befindlichen Pläne sind daher in hellgrauer Schrift ergänzend aufgeführt.

C.1.1.1 LANDESENTWICKLUNGSPLAN BADEN-WÜRTTEMBERG

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.1	1.1 G Die Entwicklung des Landes ist am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. Bei der Befriedigung der sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum sind die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, ein hohes Maß an Lebens- und Umweltqualität anzustreben und angemessene Gestaltungsmöglichkeiten für künftige Generationen offen zu halten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.2	1.2 G In allen Teilräumen des Landes ist unter Berücksichtigung der weiteren Bevölkerungsentwicklung auf gleichwertige Lebensverhältnisse und eine tragfähige Sozialstruktur hinzuwirken. Dazu sind eine ausreichende Bereitstellung von Wohnraum, gesunde Umweltbedingungen, ein breites Angebot an Arbeitsplätzen unterschiedlicher Anforderungen, eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen und eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen anzustreben. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen demografischen und sozialen Gruppen der Gesellschaft sowie die besondere Situation von Frauen, Familien und Kindern, älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen sind zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.3	1.3 G Zur Sicherung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung ist die dezentrale Siedlungsstruktur des Landes zu festigen und weiterzuentwickeln. Dazu sind die Zentralen Orte als Entwicklungsschwerpunkte und regionale Entwicklungsmotoren in ihrer Leistungskraft zu stärken, die Siedlungsentwicklung am Netz der Zentralen Orte und Entwicklungsachsen auszurichten und die Siedlungstätigkeit vorrangig in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten zu konzentrieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.4	1.4 G Zur Sicherung der Standortattraktivität der Städte und Gemeinden und zur Gewährleistung einer angemessenen Versorgung mit Wohnraum für alle Teile der Bevölkerung sind Wohnungsbau und städtebauliche Erneuerung und Entwicklung an den voraussehbaren Bedürfnissen und Aufgaben der Gemeinden auszurichten. Dabei sind gewachsene Siedlungsstrukturen durch Bestandspflege, Modernisierung, Revitalisierung, Flächenrecycling und Nachverdichtung weiterzuentwickeln, städtische und gemeindliche Zentren in ihrer Urbanität und Vitalität zu stärken, Kulturdenkmale als prägende Elemente der Lebensumwelt und Kulturlandschaft zu erhalten und innerörtliche Freiräume zu bewahren. Notwendige Siedlungserweiterungen sollen sich in Siedlungsstruktur und Landschaft einfügen und in Flächen sparender Form verwirklicht werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.5	1.5 G Das Land ist als Wirtschaftsstandort und Tourismusregion in seiner Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität zu stärken. Dazu ist die Wirtschaft des Landes durch Erschließung von Wachstumsfeldern, Einsatz neuer Schlüsseltechnologien, Einrichtung zukunftsorientierter Ausbildungsgänge und Vorhaltung geeigneter Standorte für Ansiedlungen und Erweiterungen in ihrem Strukturwandel und in ihrer räumlichen und sektoralen Entwicklung zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	13	G	1.6	1.6 G Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes ist eine flächendeckende Versorgung mit moderner Infrastruktur sicherzustellen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Motorfunktion der Zentralen Orte stärkt, die räumliche Kooperation und den Leistungsaustausch fördert und die großräumige Einbindung des Landes gewährleistet. Dazu sind die infrastrukturellen Einrichtungen unter Beachtung von Leistungsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit bedarfsgerecht und zukunftsorientiert auszubauen und zu vernetzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.7	1.7 G Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur sind so aufeinander abzustimmen, dass eine bedarfsgerechte Anbindung, Erschließung und Verflechtung aller Teilräume des Landes und eine Verminderung der verkehrsbedingten Immissionsbelastungen erreicht werden. Dazu ist das Gesamtverkehrsnetz im Rahmen integrierter Verkehrskonzepte weiterzuentwickeln und vor allem in den verkehrlich hoch belasteten Räumen auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems, eine Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger und eine Vermeidung zusätzlichen motorisierten Verkehrs hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.8	1.8 G <i>Die Versorgung des Landes mit Rohstoffen, Wasser und Energie</i> und eine umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen <i>sind sicherzustellen</i> ; die Bedürfnisse und Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen sind angemessen zu berücksichtigen. Dazu sind eine verantwortungsvolle Nutzung und ein an der Regenerations- und Substitutionsfähigkeit ausgerichteter Verbrauch von Naturgütern anzustreben, abbauwürdige Vorkommen zu sichern sowie die Wiedernutzung von Altstoffen, der Anbau nachwachsender Rohstoffe und der Einsatz Energie sparender Technologien zu fördern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht hinreichend konkretisiert	Nein	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.9	1.9 G Die natürlichen Lebensgrundlagen sind dauerhaft zu sichern. Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt sind zu bewahren und die Landschaft in ihrer Vielfalt und Eigenart zu schützen und weiterzuentwickeln. Dazu sind die Nutzung von Freiräumen für Siedlungen, Verkehrswege und <i>Infrastruktureinrichtungen durch Konzentration, Bündelung, Ausbau vor Neubau sowie Wiedernutzung von Brachflächen auf das für die weitere Entwicklung notwendige Maß zu begrenzen, Beeinträchtigungen ökologischer Funktionen zu minimieren und nachteilige Folgen nicht vermeidbarer Eingriffe auszugleichen.</i> Zur langfristigen Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten ist anzustreben, die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke deutlich zurückzuführen. Für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsame Freiräume sind zu sichern und zu einem großräumigen Freiraumverbund zu entwickeln. Im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sind die Umweltqualitäts und Handlungsziele des Umweltplans Baden-Württemberg zu berücksichtigen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot"). Die für das Vorhaben entwickelten Trassenkorridore zielen bereits auf die Nutzung schon bestehender Leitungstrassen/auf eine Bündelung mit vorhandenen Leitungstrassen oder anderen linearen Infrastrukturen und somit auf die Reduzierung möglicher raumordnerischer Konflikte ab, so dass das genannte Erfordernis hier Berücksichtigung findet (s. auch Kapitel 6.1.4.9/6.1.4.10 <i>Konfliktrisiko/Konformität mit den Erfordernissen der Raumordnung</i>)	Ja	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.10	1.10 G Zur Sicherung der Ernährungs- und Rohstoffbasis, zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Land- und Forstwirtschaft als leistungsfähiger Wirtschaftszweig zu erhalten und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.11	1.11 G Die Teilräume des Landes sind als Handlungsebene zu stärken. Bei der Entwicklung der Teilräume sind raumspezifische Gegebenheiten und Erfordernisse zu berücksichtigen, die regionale und lokale Vielfalt zu erhalten und besondere regionale Entwicklungsaufgaben zu unterstützen. Dazu sind spezifische Entwicklungspotenziale zu nutzen, strukturelle Defizite und Überlastungen zu verhindern und abzubauen, regionale Eigenkräfte zu mobilisieren und die Kooperation mit Nachbarräumen zu intensivieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1	Leitbild der räumlichen Entwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	-	14	G	1.12	1.12 G Die Entwicklung des Landes soll der fortschreitenden Integration Europas und der zunehmenden Globalisierung räumlicher Verflechtungen Rechnung tragen und zu einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung sowie einem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa beitragen. Dazu sind die Infrastruktureinrichtungen des Landes zu leistungsfähigen Teilen transeuropäischer Netze weiterzuentwickeln, Stellung und Bedeutung des Landes durch grenzübergreifende Kooperationen zu festigen sowie die Europäische Metropolregion Stuttgart und der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein als Wirtschaftsräume und Entwicklungsmotoren europäischer Bedeutsamkeit auszubauen und zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	G	2.1.1.a)	2.1.1.a) G Den besonderen raumordnerischen Erfordernissen der unterschiedlich strukturierten Räume des Landes soll durch spezifische Zielsetzungen Rechnung getragen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
2.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	Z	2.1.1.b)	2.1.1.b) Z Entsprechend den siedlungsstrukturellen Gegebenheiten werden hierzu folgende Raumkategorien ausgewiesen: Verdichtungsräume als großflächige Gebiete mit stark überdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und intensiver innerer Verflechtung, Randzonen um die Verdichtungsräume als an Verdichtungsräume angrenzende Gebiete mit erheblicher Siedlungsverdichtung, Ländlicher Raum, untergliedert in Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum als Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblicher Siedlungsverdichtung, Ländlicher Raum im engeren Sinne als großflächige Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlicher Siedlungsverdichtung und hohem Freiraumanteil.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	Z	2.1.1.c)	2.1.1.c) Z Zu den einzelnen Raumkategorien gehören die im Anhang (Seite A3 - A13) aufgeführten und in Karte 1 dargestellten Gemeinden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	G	2.1.2.a)	2.1.2.a) G Verdichtungsräume, Randzonen um Verdichtungsräume und Ländlicher Raum sollen sich in ihren Funktionen ergänzen und gemeinsam zur Entwicklung des Landes beitragen. Alle Raumkategorien sollen an der Entwicklung gleichwertig teilhaben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	G	2.1.2.b)	2.1.2.b) G Innerhalb der Raumkategorien bestehende Unterschiede in den naturräumlichen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen sollen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsgrundsatz	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	15	Z	2.2.1	2.2.1 Z Als Verdichtungsräume werden ausgewiesen: ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.2	2.2.2 G Die Verdichtungsräume sind als Wohn-, Produktions- und Dienstleistungsschwerpunkte mit hochwertigem Infrastruktur- und Arbeitsplatzangebot zu sichern und so weiterzuentwickeln, dass sie ihre übergeordneten Funktionen für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung des Landes erfüllen und als leistungsfähige Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb bestehen können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.2.1	2.2.2.1 G Die Verdichtungsräume sind angemessen in nationale und internationale Verkehrs-, Energie und Kommunikationsnetze einzubinden. Der Leistungsaustausch mit benachbarten Räumen ist zu sichern. Die Funktionsfähigkeit der Verdichtungskerne als Verknüpfungsknoten zwischen regionalen und überregionalen Netzen ist zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Planungsgrundsatz	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.2.2	2.2.2.2 G Die nationale und internationale Standortpräsentation der Verdichtungsräume soll durch ein überörtlich abgestimmtes Standortmarketing verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.2.3	2.2.2.3 G Ein ausreichendes Angebot an attraktiven Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten ist bereitzuhalten, insbesondere für Betriebe und Einrichtungen, die auf die Standortbedingungen und Führungsvorteile der Verdichtungsräume angewiesen sind und zur Vermehrung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und höherwertiger Dienstleistungen beitragen können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.3	2.2.3 G In den Verdichtungsräumen ist auf eine geordnete und Ressourcen schonende Siedlungsentwicklung, eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Bewältigung des hohen Verkehrsaufkommens und eine Verminderung verdichtungs- und verkehrsbedingter Umweltbelastungen und Standortbeeinträchtigungen hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16		2.2.3.1	2.2.3.1 Z Die Inanspruchnahme von Freiräumen für Siedlungszwecke ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Bei der Siedlungsentwicklung sind vorrangig die im Siedlungsbestand vorhandenen Potenziale an Brach- und Konversionsflächen, Baulücken und Baulandreserven zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	Z	2.2.3.2.a)	2.2.3.2.a) Z Siedlungsentwicklung und Städtebau sind auf die Erfordernisse einer günstigen Erschließung und Bedienung durch öffentliche Verkehrsmittel auszurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	Z	2.2.3.2.b)	2.2.3.2.b) Z Neubauf lächen sind vorrangig in Entwicklungsachsen auszuweisen und auf Siedlungsbereiche und Siedlungsschwerpunkte mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere mit Anschluss an ein leistungsfähiges Schienennahverkehrssystem, zu konzentrieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.3.2.c)	2.2.3.2.c) G Die Bauflächenausweisung soll so bemessen und gelenkt werden, dass weitere Überlastungen und ein ungegliedert bandartiges und flächenhaft ausgreifendes Siedlungswachstum vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	Z	2.2.3.3	2.2.3.3 Z Auf Flächen und Energie sparende Bau- und Erschließungsformen bei angemessen dichter Bebauung, insbesondere an Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs, sowie auf eine ausgewogene Mischung verschiedener Nutzungen und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten, Infrastruktur- und Erholungseinrichtungen ist hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	16	G	2.2.3.4	2.2.3.4 G Die Wohnbedingungen sind insbesondere in stärker belasteten Gebieten durch städtebauliche Erneuerung, Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldgestaltung und Verkehrsberuhigung zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.5	2.2.3.5 G Das Gesamtverkehrsnetz ist im Rahmen von integrierten Verkehrskonzepten funktions- und umweltgerecht auszubauen. Durch ein erweitertes Verkehrsangebot und den weiteren Ausbau der Infrastruktur soll der öffentliche Personennahverkehr einen möglichst hohen Anteil am motorisierten Verkehr übernehmen. Das Straßennetz ist so zu verbessern, dass eine ausreichend leistungsfähige Grundausrüstung gewährleistet wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.6	2.2.3.6 G Der nicht motorisierte Verkehr ist durch Ausweitung und Aufwertung des Rad- und Fußwegenetzes zu stärken. Beim Ausbau eines engmaschigen überörtlichen Radwegenetzes sind die Verdichtungskerne einzubeziehen und die Eignung für den wohnortnahen Freizeitverkehr zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	Z	2.2.3.7.a)	2.2.3.7.a) Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.7.b)	2.2.3.7.b) G Die Freiräume sollen auf der Basis eines mit der Fach- und Bauleitplanung abgestimmten regionalen Freiraumkonzepts, das die Belange der verschiedenen Freiraumfunktionen und Freiraumnutzungen berücksichtigt, weiterentwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis zur Umsetzung auf Ebene der Regionalplanung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.7.c)	2.2.3.7.c) G Ökologisch besonders bedeutsame Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen, in ökologisch wirksamen Zusammenhängen zu erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit zu stärken.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.7.d)	2.2.3.7.d) G Für die Erholung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind mit innerörtlichen Grünflächen zu einem zusammenhängenden System ortsnaher Erholungsräume zu verknüpfen und durch landschaftsgestalterische Maßnahmen und attraktive Angebote für naturnahe Freizeitaktivitäten in ihrem Erholungs-, Erlebnis- und Freizeitwert zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.3.7.e)	2.2.3.7.e) G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-
2.2	Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.2.4	2.2.4 G Den engen Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten in den Verdichtungsräumen ist bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen durch eine verstärkte interkommunale und regionale Zusammenarbeit und eine an überörtlichen Erfordernissen orientierte Abstimmung bei der Wohnbau- und Gewerbeflächenausweisung und bei der Verkehrs- und Freiraumentwicklung Rechnung zu tragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	G	2.3.1	2.3.1 G Die Randzonen um die Verdichtungsräume sind so zu entwickeln, dass eine Zersiedlung der Landschaft und Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität vermieden, Freiräume und Freiraumfunktionen gesichert, Entlastungsaufgaben für Verdichtungsräume wahrgenommen und Entwicklungsimpulse in den Ländlichen Raum vermittelt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	17	Z	2.3.1.1	2.3.1.1 Z Die Siedlungsentwicklung soll sich an den Entwicklungsachsen orientieren und in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und leistungsfähigem Anschluss an das überörtliche Straßennetz konzentriert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	Z	2.3.1.2	2.3.1.2 Z Bei der Ausweisung von Neubauflächen ist auf eine umweltschonende, Flächen und Energie sparende Bebauung und eine verkehrsgünstige und wohnortnahe Zuordnung von Versorgungseinrichtungen, Wohnbau- und Gewerbeflächen hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.3.1.3	2.3.1.3 G Die Zentralen Orte sind als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren zu stärken und durch Bereitstellung qualifizierter Infrastruktur- und Flächenangebote auch als Standorte zur Wahrnehmung von Entlastungsfunktionen für Verdichtungsräume zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	Z	2.3.1.4.a)	2.3.1.4.a) Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.3.1.4.b)	2.3.1.4.b) G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-
2.3	Randzonen um die Verdichtungsräume	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.3.1.4.c)	2.3.1.4.c) G Ökologisch bedeutsame Teile sowie für die Erholung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen, zu vernetzen und mit entsprechenden Flächen benachbarter Räume zu verknüpfen.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.4.1	2.4.1 G Der Ländliche Raum ist als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu stärken und so weiterzuentwickeln, dass sich seine Teilräume funktional ergänzen und seine landschaftliche Vielfalt und kulturelle Eigenart bewahrt bleiben. Günstige Wohnstandortbedingungen sollen gesichert und Ressourcen schonend genutzt sowie ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote wohnortnah bereitgestellt werden. Großflächige Freiräume mit bedeutsamen ökologischen Funktionen sind zu erhalten. Grundlage dafür sind eine flächendeckende, leistungsfähige, ordnungsgemäß und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft sowie eine nachhaltig betriebene, naturnahe Forstwirtschaft.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.4.1.1.a)	2.4.1.1.a) G Die Zentralen Orte sind als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren sowie als Siedlungsschwerpunkte zu sichern, die Nahverkehrsverbindungen mit ihren Verflechtungsbereichen bedarfsgerecht auszubauen und die höheren Zentralen Orte als Verknüpfungsknoten zu überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzen zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.4.1.1.b)	2.4.1.1.b) G Größere Neubauflächen sollen dort ausgewiesen werden, wo sie an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.4.1.2	2.4.1.2 G Die für die Versorgung der Bevölkerung notwendige Infrastruktur ist zu erhalten oder auszubauen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit öffentlichen und privaten Einrichtungen ist auch bei schwächerer Auslastung anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	18	G	2.4.1.3	2.4.1.3 G Die Standortvoraussetzungen für die weitere Entwicklung von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen sollen durch geeignete Flächenangebote, angemessene Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen und einen bedarfsgerechten Ausbau der sonstigen Infrastruktur verbessert werden. In Gebieten, die für die Nah-, Ferien- und Kurerholung geeignet sind, soll der Tourismus insbesondere durch entsprechende Infrastrukturangebote gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2	2.4.2 G Die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum sind als Siedlungs-, Wirtschafts- und Versorgungsschwerpunkte zu festigen und so weiterzuentwickeln, dass die Standortbedingungen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels verbessert, Entwicklungsimpulse in den benachbarten Ländlichen Raum vermittelt und Beeinträchtigungen der Wohn- und Umweltqualität vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.1	2.4.2.1 G Die Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote sind zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Die aus der gebündelten Infrastrukturausstattung resultierenden Führungsvorteile sollen zur Stärkung des Ländlichen Raums genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.2	2.4.2.2 G Das Gesamtverkehrsnetz für den Personen- und Güterverkehr ist so auszubauen, dass die Erschließung innerhalb des Ländlichen Raums und die Erreichbarkeit der Verdichtungsräume gewährleistet sind. Auf eine angemessene Einbindung in überregionale Energie- und Kommunikationsnetze ist hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.3	2.4.2.3 G Geeignete Standortangebote für Gewerbe und zur Ausweitung des Dienstleistungsbereichs, auch im Zug möglicher Behördenverlagerungen aus Verdichtungsräumen, sind bereitzuhalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.4	2.4.2.4 G Die Wohn- und Umweltbedingungen sind durch Planungen und Maßnahmen zur Freiraumsicherung und Freiraumgestaltung, zur Verkehrsberuhigung und Verkehrsreduzierung, zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs und zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	Z	2.4.2.5.a)	2.4.2.5.a) Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.5.b)	2.4.2.5.b) G Für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen. Insbesondere ertragreiche Böden sind zu sichern. Möglichkeiten, mit Planungen auf Flächen geringerer Bodengüte auszuweichen, sind zu nutzen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Grundwasserschutz in den Regionalplänen aufgegriffen.	Nein	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.6.a)	2.4.2.6.a) G Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung sind aufgrund der engen Stadt-Umland- Verflechtungen gemeindeübergreifend abzustimmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.2.6.b)	2.4.2.6.b) G In den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum sind Möglichkeiten der Aufgabenteilung und gegenseitigen Ergänzung zwischen höheren Zentralen Orten verstärkt zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.3	2.4.3 G Der Ländliche Raum im engeren Sinne ist so zu entwickeln, dass günstige Wohnstandortbedingungen Ressourcen schonend genutzt, ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote in angemessener Nähe zum Wohnort bereitgehalten, der agrar- und wirtschaftsstrukturelle Wandel sozial verträglich bewältigt und großflächige, funktionsfähige Freiräume gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	19	G	2.4.3.1	2.4.3.1 G Die durch hohe Erholungs-, Freizeit- und Umweltqualität vielerorts gegebenen günstigen Wohnstandortbedingungen sind zu sichern, für die weitere Siedlungsentwicklung Flächen sparend, orts- und landschaftsgerecht zu nutzen und im Standortwettbewerb als Vorteil gezielt einzusetzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.2	2.4.3.2 G Die Standortvoraussetzungen zur Erhaltung und Erweiterung des Arbeitsplatzangebots sind durch die Bereitstellung ausreichender Gewerbeflächen, die Sicherung angemessener Verkehrsanbindungen, eine flächendeckende Erschließung mit leitungsgebundenen Energien und neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und durch eine Stärkung der Technologiebasis zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.3	2.4.3.3 G Günstige Voraussetzungen für die Erholung und den Tourismus sollen genutzt und dafür erforderliche Infrastrukturangebote bereitgestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.4	2.4.3.4 G Auf eine wohnortnahe Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen und häufig wiederkehrenden Bedarfs ist hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	Z	2.4.3.5	2.4.3.5 Z Die Land- und die Forstwirtschaft sollen als leistungsfähige Wirtschaftszweige so fortentwickelt werden, dass sie für den Wettbewerb gestärkt werden und ihre Funktionen für die Ernährungs- und Rohstoffsicherung sowie ihre naturschutzrelevanten und landschaftspflegerischen Aufgaben auf Dauer erfüllen können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	Z	2.4.3.6	2.4.3.6 Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.7	2.4.3.7 G Großflächige Freiräume sollen als Grundlage für eine leistungsfähige und ihre Funktionen erfüllende Land- und Forstwirtschaft erhalten werden; Flächen mit land- oder forstwirtschaftlich gut geeigneten Böden sind zu sichern.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Wald-/Forstwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.8	2.4.3.8 G Ökologisch bedeutsame Teile von Freiräumen sind vor Beeinträchtigungen zu schützen und in ökologisch wirksamen, großräumig übergreifenden Zusammenhängen zu sichern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.4	Ländlicher Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	20	G	2.4.3.9	2.4.3.9 G Teile von Freiräumen, die für Naherholung, Freizeit und Tourismus besonders geeignet sind, sollen in ihrer landschaftlichen Attraktivität bewahrt und im Freizeit- und Erholungswert verbessert werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da allgemeine Zielformulierung zur Freiraumsicherung, die keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert	Nein	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	20	G	2.5.1	2.5.1 G Die zentralörtliche Gliederung in Oberzentren und Mittelzentren mit Mittelbereichen (im Anhang in Karte 2 dargestellt) sowie in den Regionalplänen festgelegte Unterzentren und Kleinzentren soll die dezentrale Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des Landes festigen und die angestrebte Siedlungsentwicklung unterstützen und koordinieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	20	G	2.5.2	2.5.2 G Zentrale Orte sind als Standorte von Einrichtungen zur überörtlichen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sowie als Schwerpunkte von Arbeitsplätzen zu erhalten, in ihrer Leistungsfähigkeit weiterzuentwickeln und als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Verkehrs zu sichern und auszubauen. Hierbei sind die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten zu beachten. Als Zentrale Orte werden Gemeinden ausgewiesen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	20	G	2.5.3.a)	2.5.3 G Zentralörtliche Einrichtungen sollen in den als Zentrale Orte ausgewiesenen Gemeinden grundsätzlich in den Siedlungs- und Versorgungskernen mit günstiger Anbindung an den Nahverkehr gebündelt angeboten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	20	G	2.5.3.b)	2.5.3.b) G Zur Unterstützung ihrer Auslastung soll die Siedlungstätigkeit auf die Zentralen Orte konzentriert werden, insbesondere durch verstärkte Ausweisung von Wohnbauflächen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	G	2.5.4	2.5.4 G Die Zentralen Orte sollen aus den Wohnorten ihrer Verflechtungsbereiche mit öffentlichen Verkehrsmitteln und durch eine verbesserte Straßeninfrastruktur zeitgünstig, kostengerecht und umweltschonend erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	G	2.5.5	2.5.5 G Im Ländlichen Raum ist darauf hinzuwirken, dass die Zentralen Orte durch Stabilisierung ihrer Versorgungsfunktionen gestärkt werden. Im Ländlichen Raum im engeren Sinne soll im Interesse der Daseinsvorsorge der Sicherstellung einer wohnortnahen zentralörtlichen Versorgung ein Vorrang vor den Erfordernissen der Tragfähigkeit und der Auslastung der Infrastruktur eingeräumt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	G	2.5.6	2.5.6 G Die zentralörtlichen Verflechtungsbereiche sollen nach der überwiegenden Orientierungsrichtung der Bevölkerung bei der Inanspruchnahme der zentralörtlichen Einrichtungen sowie nach zumutbaren Entfernungen und ausreichenden Tragfähigkeiten flächendeckend abgegrenzt werden. Grenzüberschreitende Verflechtungen sind zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	G	2.5.7	2.5.7 G Einrichtungen der örtlichen Versorgung sollen überall dort erhalten und ausgebaut werden, wo sie auch bei vorhandenen zentralörtlichen Einrichtungen ausgelastet werden können, die Funktion des Zentralen Orts nicht beeinträchtigen und zur Deckung des Bedarfs der wohnortnahen Versorgung unentbehrlich sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	Z	2.5.8.a)	2.5.8.a) Z Oberzentren sollen als Standorte großstädtischer Prägung die Versorgung eines Verflechtungsbereichs von mehreren hunderttausend Einwohnern (in der Regel die Region) mit hoch qualifizierten und spezialisierten Einrichtungen und Arbeitsplätzen gewährleisten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	Z	2.5.8.b)	2.5.8.b) Z Oberzentren sind die Landeshauptstadt Stuttgart sowie die Städte Heilbronn, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim(/Ludwigshafen am Rhein), Pforzheim, Freiburg im Breisgau, Offenburg, Villingen-Schwenningen, Konstanz, Lörrach/Weil am Rhein, Reutlingen/Tübingen, Ulm(/Neu-Ulm) und Friedrichshafen/Ravensburg/Weingarten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	Z	2.5.8.c)	2.5.8.c) Z Für den Verflechtungsbereich Region Ostwürttemberg sollen die Mittelzentren Aalen, Ellwangen (Jagst), Heidenheim an der Brenz und Schwäbisch Gmünd gemeinsam den Bedarf an oberzentralen Funktionen decken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	Z	2.5.8.d)	2.5.8.d) Z Das Mittelzentrum Baden-Baden soll oberzentrale Teilfunktionen in den Bereichen Tourismus (Kur- und Bäderwesen), Kultur, Kongresse und Medien wahrnehmen. Dabei soll eine enge Abstimmung mit dem Oberzentrum Karlsruhe und benachbarten Mittelzentren erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	Z	2.5.9.a)	2.5.9.a) Z Mittelzentren sollen als Standorte eines vielfältigen Angebots an höherwertigen Einrichtungen und Arbeitsplätzen so entwickelt werden, dass sie den gehobenen, spezialisierten Bedarf decken können. Mittelbereiche sollen im Ländlichen Raum mindestens 35.000 Einwohner umfassen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	21	G	2.5.9.b)	2.5.9.b) G Einzelne mittelzentrale Funktionen können in den Verdichtungsräumen auch von dem Mittelzentrum unmittelbar benachbarten Standorten wahrgenommen werden, wenn die Voraussetzungen dafür durch entsprechende Ausstattungsmerkmale gegeben sind, die mittelzentralen Einrichtungen in günstiger Lage gebündelt und die Funktionen des Mittelzentrums nicht beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	G	2.5.9.c)	2.5.9.c) G Zur Stärkung und Unterstützung ihrer zentralörtlichen Aufgaben sind die Mittelzentren in ein leistungsfähiges Straßennetz einzubinden und als Verknüpfungspunkte im öffentlichen Personennahverkehr auszugestalten. Sie sollen auch im Ländlichen Raum mehrmals täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus ihren Verflechtungsbereichen erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	G	2.5.9.d)	2.5.9.d) G In den Mittelbereichen ist auf eine mit den Versorgungs-, Arbeitsplatz- und Verkehrsangeboten abgestimmte Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten sowie auf ausgewogene Raumfunktionen hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	Z	2.5.9.e)	2.5.9.e) Z Die Mittelzentren und die zu den Mittelbereichen gehörenden Gemeinden werden im Anhang (Seite A14 - A24) ausgewiesen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	Z	2.5.10	2.5.10 Z Unterzentren sollen als Standorte von Einrichtungen und Arbeitsplätzen so entwickelt werden, dass sie auch den qualifizierten, häufig wiederkehrenden Bedarf eines Verflechtungsbereichs der Grundversorgung decken können. Die Verflechtungsbereiche sollen im Ländlichen Raum mindestens 10.000 Einwohner umfassen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	Z	2.5.11.a)	2.5.11.a) Z Kleinzentren sollen als Standorte von zentralörtlichen Einrichtungen der Grundversorgung so entwickelt werden, dass sie den häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf ihres Verflechtungsbereichs decken können. Die Verflechtungsbereiche sollen in der Regel mindestens 8.000 Einwohner umfassen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	22	G	2.5.11.b)	2.5.11.b) G In Verdichtungsräumen kann auf die Ausweisung von Kleinzentren wegen der engeren Netzdichte der Versorgungsstandorte und der daraus resultierenden Funktionsüberlagerungen verzichtet werden, wenn die Deckung des häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarfs ausreichend sichergestellt ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	22	G	2.6.1	2.6.1 G Das System der Entwicklungssachsen soll als Netz leistungsfähiger, gebündelter Verkehrs und Versorgungsinfrastruktur das zentralörtliche System ergänzen und durch die Förderung der räumlichen Verflechtungen und des Leistungsaustauschs zur Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur und zu einer ausgewogenen Raumentwicklung beitragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	22	Z	2.6.2.a)	2.6.2.a) Z Die landesbedeutsamen Entwicklungssachsen zur Förderung des großräumigen Leistungsaustauschs innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinweg werden als Landesentwicklungssachsen im Anhang (Seite A25 - A27) ausgewiesen und in Karte 3 dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	22	G	2.6.2.b)	2.6.2.b) G In den Regionalplänen können zusätzlich regionale Entwicklungssachsen ausgewiesen werden für Bereiche, in denen die Siedlungsentwicklung eine hohe Verdichtung erreicht hat und der Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen weit fortgeschritten ist oder ein leistungsfähiger Ausbau angestrebt wird; dies gilt insbesondere für Verdichtungsräume und ihre Randzonen in Verbindung mit schienengebundenen Nahschnellverkehren.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	22	G	2.6.3	2.6.3 G In den Landesentwicklungssachsen sollen die für den großräumigen Leistungsaustausch notwendigen Infrastrukturen gebündelt und so ausgebaut werden, dass zwischen den Verdichtungsräumen sowie den Oberzentren unter Einbeziehung von Mittelzentren leistungsfähige Verbindungen gewährleistet sind, der Anschluss und die Entwicklung des Ländlichen Raums und der großen Erholungsräume gesichert sind und eine angemessene Einbindung des Landes und seiner Teilräume in die nationalen und transeuropäischen Netze erreicht wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	23	Z	2.6.4	2.6.4 Z Zur Sicherung einer ausgewogenen Raumstruktur und zur Vermeidung einer flächenhaften Ausbreitung der Verdichtung soll die Siedlungsentwicklung in den Zentralen Orten und den Siedlungsbereichen der Entwicklungssachsen konzentriert werden. Zwischen den Entwicklungssachsen sollen ausreichende Freiräume erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	23	Z	2.6.4.1	2.6.4.1 Z In den Verdichtungsräumen und den Randzonen um die Verdichtungsräume soll die Siedlungsentwicklung so konzentriert und geordnet werden, dass in den Entwicklungssachsen kleinräumig abgestimmte Zuordnungen von Wohn- und Arbeitsstätten, Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen und wohnortnahen Freiflächen erreicht sowie Überlastungserscheinungen abgebaut werden. Bandartige Siedlungsentwicklungen sollen durch eine gegliederte Folge von Siedlungen und Freiräumen vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.6	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungssachsen	23	Z	2.6.4.2	2.6.4.2 Z Im Ländlichen Raum sollen zur Förderung des Leistungsaustauschs zwischen den höheren Zentralen Orten und ihrer Stärkung als Versorgungs- und Arbeitsplatzzentren die Verkehrs- und Infrastrukturen in den Entwicklungssachsen angemessen weiterentwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	G	3.1.1	3.1.1 G Die Siedlungstätigkeit soll sich in die dezentrale Siedlungsstruktur des Landes einfügen und diese durch Bildung von Schwerpunkten bei der Wohnbau- und Gewerbeentwicklung erhalten und weiterentwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3.1.2	3.1.2 Z Die Siedlungstätigkeit ist vorrangig auf Siedlungsbereiche sowie Schwerpunkte des Wohnungsbaus und Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen zu konzentrieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3.1.3	3.1.3 Z Gemeinden und Gemeindeteile, in denen sich die Siedlungstätigkeit verstärkt vollziehen soll, sind in den Regionalplänen als Siedlungsbereiche auszuweisen, soweit dies für die Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur erforderlich ist.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3.1.4	3.1.4 Z Regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus und regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen werden in der Region Stuttgart gebietsscharf ausgewiesen. In den anderen Regionen können regionalbedeutsame Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen und in begründeten Fällen auch regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus gebietsscharf ausgewiesen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3.1.5	3.1.5 Z Gemeinden, in denen aus besonderen Gründen, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter, keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll, werden in den Regionalplänen ausgewiesen. Der Rahmen der Eigenentwicklung soll es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und angemessen weiterzuentwickeln. Zur Eigenentwicklung einer Gemeinde gehört die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen für den Bedarf aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und für den inneren Bedarf sowie für die Aufnahme von Spätaussiedlern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	Z	3.1.6	3.1.6 Z Die Siedlungsentwicklung ist durch kleinräumige Zuordnungen von Raumnutzungen, insbesondere der Funktionen Wohnen und Arbeiten, so zu gestalten, dass verkehrsbedingte Belastungen zurückgehen und zusätzlicher motorisierter Verkehr möglichst vermieden wird. Größere Neubauflächen sollen nur dann ausgewiesen werden, wenn dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnbauflächen und gewerblichen Flächen in derselben Gemeinde oder in Abstimmung mit Nachbargemeinden gewährleistet wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	G	3.1.7	3.1.7 G Flächenausweisungen für Wohnungsbau und Arbeitsstätten sollen verstärkt Belangen der Nachhaltigkeit Rechnung tragen, insbesondere durch Nutzung von Entsiegelungspotenzialen und von Möglichkeiten zur Energieeinsparung, zur aktiven und passiven Sonnenenergienutzung und zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	25	G	3.1.8	3.1.8 G Dem wachsenden Koordinierungsbedarf bei den Stadt-Umland-Verflechtungen ist durch eine an den überörtlichen Erfordernissen orientierte Abstimmung vor allem bei der Wohn und Gewerbeflächenausweisung sowie der Infrastruktur- und Freiraumentwicklung Rechnung zu tragen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	Z	3.1.9	3.1.9 Z Die Siedlungsentwicklung ist vorrangig am Bestand auszurichten. Dazu sind Möglichkeiten der Verdichtung und Arrondierung zu nutzen, Baulücken und Baulandreserven zu berücksichtigen sowie Brach-, Konversions- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zuzuführen. Die Inanspruchnahme von Böden mit besonderer Bedeutung für den Naturhaushalt und die Landwirtschaft ist auf das Unvermeidbare zu beschränken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Siedlungsentwicklung	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.1.10	3.1.10 G Den Belangen des Hochwasserschutzes muss bei der Siedlungstätigkeit angemessen Rechnung getragen werden. In hochwassergefährdeten Bereichen soll keine Siedlungsentwicklung stattfinden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.2.1.a)	3.2.1.a) G Die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung soll sich an den voraussehbaren Bedürfnissen und Aufgaben der Gemeinden ausrichten; sie soll für alle Teile der Bevölkerung eine ausreichende und angemessene Versorgung mit Wohnraum gewährleisten und die Standort-, Umwelt- und Lebensqualität in innerörtlichen Bestandsgebieten verbessern. Die Situation von Frauen, Familien und Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie sich wandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen und kriminalpräventive Aspekte sind in der Stadtplanung und beim Wohnungsbau zu berücksichtigen. Bauliche, soziale und altersstrukturelle Durchmischungen sind anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.2.1.b)	3.2.1.b) G Die städtebauliche Entwicklung soll die Belange der baulichen Sanierung, der Ortsbildpflege und des Denkmalschutzes sowie des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.2.2	3.2.2 G Zur Deckung des Wohnraumbedarfs sind vorrangig vorhandene Wohngebiete funktionsfähig zu halten und weiterzuentwickeln sowie innerörtliche Möglichkeiten der Wohnraumschaffung auszuschöpfen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.2.3	3.2.3 G Örtliche und städtische Zentren sind durch städtebauliche Maßnahmen, Einrichtungen des Gemeinbedarfs sowie durch Erhaltung und Rückgewinnung der Wohnfunktion in ihrer Wohnqualität zu sichern und zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	G	3.2.4	3.2.4 G Baumaßnahmen sollen sich hinsichtlich Art und Umfang in die Siedlungsstruktur und die Landschaft einfügen. Auf Flächen sparende Siedlungs- und Erschließungsformen und ein belastungsarmes Wohnumfeld ist zu achten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Städtebau, Wohnungsbau	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	26	Z	3.2.5	3.2.5 Z Neue Bauflächen sind auf eine Bedienung durch öffentliche Verkehre auszurichten. Insbesondere in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen sind regionalbedeutsame Schwerpunkte des Wohnungsbaus und Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen grundsätzlich an den öffentlichen Schienenverkehr anzubinden. Im Bereich der Haltestellen des Schienenverkehrs ist vor allem in dichter besiedelten Räumen sowie in größeren Zentralen Orten auf eine Verdichtung der Bebauung, insbesondere durch Mindestwerte für die Siedlungsdichte, hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.1	3.3.1 G Die Wirtschaft des Landes ist in ihrer räumlichen Struktur und beim Ausbau ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit so zu fördern, dass ein angemessenes Wirtschaftswachstum unter Wahrung ökologischer Belange erreicht wird und für die Bevölkerung aller Landesteile vielseitige und krisenfeste Erwerbsgrundlagen bestehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.2	3.3.2 G Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung sind zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg zu fördern. Die Leistungsfähigkeit der Forschungseinrichtungen sowie der Technologieberatung und -vermittlung ist zu sichern und bei Bedarf weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.3.a)	3.3.3.a) G Für den Aufbau und die Sicherung zukunftsfähiger Unternehmen sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und in regionaler Kooperation, insbesondere mit der Wirtschaft und ihren Einrichtungen, die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu stärken. Dazu ist unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung, insbesondere im Ländlichen Raum, das Netz der Technologie- und Gründerzentren bedarfsgerecht auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.3.b)	3.3.3.b) G Der Messeplatz Baden-Württemberg ist in seiner Konkurrenzfähigkeit zu stärken. In Ergänzung der Messeplätze mit internationaler Ausstrahlung sind die Regionalmessen als Standorte zu sichern und zu entwickeln, in ihrer Attraktivität zu steigern und in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Standorräume zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.4	3.3.4 G Durch eine frühzeitige planerische Vorbereitung von Flächen für Industrie und Gewerbe, Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen sind Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten offen zu halten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.5	3.3.5 G Die Bedarfsanalyse und die Festlegung der Standortmerkmale sollten in regionaler Zusammenarbeit aller berührter Stellen und Organisationen, insbesondere der Wirtschaft, erfolgen, um der zu erwartenden Nachfrage optimal entsprechen zu können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	Z	3.3.6.a)	3.3.6.a) Z Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungseinrichtungen sind an solchen Standorten zu erweitern und im Anschluss an bestehende Siedlungsflächen neu vorzusehen, wo aus infrastruktureller Sicht und unter Beachtung der Umweltbelange die besten Ansiedlungsbedingungen gegeben sind. Flächen mit Anschluss an das Schienennetz oder an einen Wasserweg sind vorrangig zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	G	3.3.6.b)	3.3.6.b) G Die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete soll intensiviert werden, auch über die Landesgrenze hinweg. Die Erschließung und die Belegung der Flächen sollen so erfolgen, dass eine hochwertige und intensive Nutzung des Geländes gewährleistet ist und Umnutzungen möglich sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	27	Z	3.3.7.a)	3.3.7.a) Z Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher (Einzelhandelsgroßprojekte) sollen sich in das zentralörtliche Versorgungssystem einfügen; sie dürfen in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Hiervon abweichend kommen auch Standorte in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion in Betracht, wenn – dies nach den raumstrukturellen Gegebenheiten zur Sicherung der Grundversorgung geboten ist oder – diese in Verdichtungsräumen liegen und mit Siedlungsbereichen benachbarter Ober-, Mittel- oder Unterzentren zusammengewachsen sind	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	28	Z	3.3.7.b)	3.3.7.b) Z Hersteller-Direktverkaufszentren als besondere Form des großflächigen Einzelhandels sind grundsätzlich nur in Oberzentren zulässig.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	28	Z	3.3.7.1	3.3.7.1 Z Die Verkaufsfläche der Einzelhandelsgroßprojekte soll so bemessen sein, dass deren Einzugsbereich den zentralörtlichen Verflechtungsbereich nicht wesentlich überschreitet. Die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich und die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte dürfen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	28	Z	3.3.7.2	3.3.7.2 Z Einzelhandelsgroßprojekte dürfen weder durch ihre Lage und Größe noch durch ihre Folgewirkungen die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Standortgemeinde wesentlich beeinträchtigen. Einzelhandelsgroßprojekte sollen vorrangig an städtebaulich integrierten Standorten ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden. Für nicht zentrenrelevante Warensortimente kommen auch städtebauliche Randlagen in Frage.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	28	G	3.3.7.3	3.3.7.3 G Neue Einzelhandelsgroßprojekte sollen nur an Standorten realisiert werden, wo sie zeitnah an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wirtschaftsentwicklung, Standortbedingungen	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	28	G	3.3.7.4	3.3.7.4 G Die Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Einzelhandelsgroßprojekte in den Regionalplänen soll vor allem auf Grund eines regionalen Entwicklungskonzepts vorgenommen werden. Als Teil einer integrierten städtebaulichen Gesamtplanung soll auf der Grundlage von regional abgestimmten Einzelhandelskonzepten eine ausgewogene Einzelhandelsstruktur erhalten oder angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	28	G	3.4.1.a)	3.4.1.a) G Die Erfordernisse der zivilen und militärischen Verteidigung sind zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	28	T	3.4.1.b)	3.4.1.b) Z Verdichtete Räume, insbesondere Verdichtungsräume und deren Randzonen, sollen nach Möglichkeit von militärischen Anlagen größeren Umfangs freigehalten und entlastet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.2.a)	3.4.2.a) G Bei der Konversion militärischer Einrichtungen sind raumstrukturell verträgliche und entwicklungsfördernde Folgenutzungen vorzusehen. Abrüstungsbedingte wirtschaftliche, städtebauliche und infrastrukturelle Nachteile sind auszugleichen, mindestens zu mildern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.2.b)	3.4.2.b) G Beim Abbau von Standorten der Bundeswehr werden die Konzepte für eine zivile Folgenutzung durch Koordinierungskreise der Regierungspräsidien begleitet; sie sind unter Einbeziehung raumordnerischer Belange fortzuentwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.3	3.4.3 G Der Bedarf an Bauflächen ist vorrangig auf ehemaligen oder frei werdenden militärischen Liegenschaften zu decken, sofern diese grundsätzlich für eine Bebauung oder Nachverdichtung geeignet sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.4.a)	3.4.4.a) G Konversionsflächen, die für den Wohnungsbau genutzt werden, sind in ihrer städtebaulichen Konzeption und infrastrukturellen Ausstattung an den sozialen Bedürfnissen aller Generationen auszurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.4.b)	3.4.4.b) G Größere Konversionsflächen, die sich für eine gewerbliche Folgenutzung eignen, sind vorrangig interkommunal zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Verteidigungseinrichtunge n, Konversionen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	28	G	3.4.5	3.4.5 G Konversionsflächen mit bedeutsamen oder entwicklungsfähigen ökologischen Funktionen sollen in den Freiraumverbund einbezogen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	29	G	4.1.1.a)	4.1.1.a) G Das Verkehrswesen ist so zu gestalten, dass es zu der angestrebten Entwicklung des Landes und seiner Teilräume sowie zur Festigung des Netzes der Zentralen Orte und zur Ausgestaltung der Entwicklungsachsen beiträgt. Dabei ist den unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung zu tragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr, Straßenverkehr, Transport und Logistik-Zentren, Schiffsverkehr und Häfen	29	G	4.1.1.b)	4.1.1.b) G Auf eine sachgerechte und umweltschonende Aufgabenverteilung und Verknüpfung der Verkehrssysteme ist hinzuwirken. Durch raumordnerische Festlegungen soll im Personenverkehr die Nutzung der Schiene und des öffentlichen Personenverkehrs, im Güterverkehr eine Verlagerung auf Schiene und Wasserstraße gefördert werden. Überregionale Güterverkehrszentren und regionale logistische Zentren sollen ein integratives Verkehrssystem unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	29	G	4.1.1.c)	4.1.1.c) G Durch eine stärkere Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Siedlungsentwicklung und Verkehr sollen die verkehrsbedingten Belastungen verringert und eine umweltverträgliche Mobilität gefördert werden. Zuordnung und Mischung der verkehrsrelevanten Raumnutzungen und Raumfunktionen sollen regional und lokal das Prinzip der kurzen Wege verfolgen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	29	G	4.1.2	4.1.2 G Dem Ausbau vorhandener Verkehrswege ist Vorrang vor dem Neubau einzuräumen. Die Flächeninanspruchnahme ist gering zu halten, wertvolle Böden sind zu schonen und die Zerschneidung großer zusammenhängender Freiflächen ist zu vermeiden. Nicht vermeidbare Eingriffe in die Landschaft sind möglichst vor Ort auszugleichen, vorzugsweise durch Reduzierung versiegelter Flächen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	29	G	4.1.3	4.1.3 G Das Land ist bedarfsgerecht in die nationalen und transeuropäischen Verkehrsnetze für den Personen- und Gütertransport einzubinden. Dabei sind insbesondere die Europäische Metropolregion Stuttgart, der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein und andere wirtschaftlich bedeutende Räume angemessen zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr, Schiffsverkehr und Häfen	29	Z	4.1.4	4.1.4 Z Innerhalb der Fernverkehrsnetze sind der Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt entsprechend ihrer großen Transportkapazität, relativen Umweltfreundlichkeit und möglichen Entlastungswirkung für hoch belastete Verkehrskorridore nachdrücklich zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr, Straßenverkehr	29	G	4.1.5	4.1.5 G Als Ergänzung der Fernverkehrsnetze sind leistungsfähige West-Ost-Verbindungen auf Schiene und Straße vor allem auch im Süden des Landes zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	29	G	4.1.6	4.1.6 G Das Fernstraßennetz, insbesondere das Netz der Bundesautobahnen, ist funktionsgerecht zu erhalten und auszubauen. Dabei ist insbesondere dem Ausbaubedarf der Rheintalautobahn bis zur schweizerischen Grenze sowie der West-Ost-Verbindungen als Folge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa Rechnung zu tragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	29	Z	4.1.7	4.1.7 Z Der Fernverkehr der Bahn ist durch Ausbau und Neubau weiterer Strecken und Streckenabschnitte zu verbessern, insbesondere in den hoch belasteten Verkehrskorridoren des Oberrheingrabens und der Verbindungen von Karlsruhe und Frankfurt/Mannheim über Stuttgart in Richtung München. Dazu ist auf folgende Maßnahmen hinzuwirken: – die Verwirklichung der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn von Mannheim nach Frankfurt unter vollwertiger Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim, – den Aus- und Neubau der Strecke Karlsruhe – Offenburg – Freiburg – Basel als wichtigste Zulaufstrecke aus Deutschland zu den Schweizer Alpenübergängen, – die Anbindungen an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz über Mannheim/ Saarbrücken (Nordast des TGV Est), über Strasbourg – Kehl – Appenweier (Südast des TGV Est) sowie über Basel (TGV Rhin-Rhône), – die Realisierung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Stuttgart – Ulm mit Fortsetzung in Richtung München, – die Attraktivitätssteigerung der Strecken Stuttgart – Singen – Zürich und Ulm – Friedrichshafen – Lindau als weitere Zulaufstrecken zur Neuen Eisenbahnalpentransversale der Schweiz.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	30	G	4.1.8	4.1.8 G Der Schienenfernverkehr auf den zum transeuropäischen Netz zählenden Strecken Stuttgart–Crailsheim – Nürnberg und Stuttgart – Heilbronn – Würzburg soll angemessen ausgestaltet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	30	Z	4.1.9.a)	4.1.9.a) Z Die Verwirklichung des Projekts Stuttgart 21 ist weiter voranzutreiben. Die zu erwartenden positiven verkehrlichen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Wirkungen für die Stadt, die Region und weitere Teile des Landes sind durch flankierende Maßnahmen und Planungen zu unterstützen, insbesondere durch die zügige Verwirklichung der Neubaustrecke der Bahn über den Landesflughafen Stuttgart nach Ulm.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	30	G	4.1.9.b)	4.1.9.b) G Die große Verkehrsgunst von Bahnhöfen des Hochgeschwindigkeitsnetzes soll durch die Entwicklung ihrer Umgebung zu hochwertigen Standorten für Dienstleistungseinrichtungen und Wohnen verstärkt genutzt werden. Dies gilt neben dem Vorhaben Stuttgart 21 insbesondere für die Projekte Mannheim 21 und Ulm 21.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	30	G	4.1.10	4.1.10 G Der Wasserweg Neckar ist durch geeignete betriebliche und bauliche Maßnahmen für zukunftsfähige Transportgüter weiterzuentwickeln. Die Ausweitung der Containerschifffahrt auf dem Neckar ist durch infrastrukturelle und organisatorische Maßnahmen zu erleichtern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	30	G	4.1.11	4.1.11 G Die Häfen an Rhein, Neckar und Main sind im Sinn eines integrativen Verkehrssystems in die Gütertransportkette verstärkt einzubeziehen und mit dem Transport auf Straße und Schiene zu vernetzen. Die Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern ist so zu ermöglichen, dass Gütertransporte in größtmöglichem Umfang mit dem Binnenschiff und auf der Schiene durchgeführt werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	30	G	4.1.12.a)	4.1.12.a) G Der Luftverkehr ist so weiterzuentwickeln, dass die Einbindung des Landes in ein Netz nationaler, europäischer und interkontinentaler Verbindungen in angemessener Bedienungsqualität gesichert ist. Auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen innerhalb des Landes, möglichst unter Einbeziehung von Flughäfen in den Nachbarräumen, ist hinzuwirken. Eine Verknüpfung der Flughäfen mit dem Bahnnetz ist anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	30	G	4.1.12.b)	4.1.12.b) G Dem Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm sowie der Sicherung der Funktion und Entwicklung der Verkehrsflughäfen und Verkehrslandeplätze soll bei der Festlegung von Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten in den Regionalplänen durch ausreichende Abstände zwischen diesen Verkehrseinrichtungen und der Wohnbebauung sowie sonstigen lärmempfindlichen Nutzungen Rechnung getragen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	31	G	4.1.13	4.1.13 G Der Landesflughafen Stuttgart ist in seiner Funktionsfähigkeit so weiterzuentwickeln, dass er die Entwicklung des Landes, insbesondere die der Europäischen Metropolregion Stuttgart, unterstützt. Seine Bedeutung im internationalen Luftverkehrsnetz ist zu stärken und für die Standortqualität des Landes zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Auswirkungen auf Flughäfen/Flugplätze durch das geplante Vorhaben sind nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sicher auszuschließen, da die neu zu errichtenden Masten die maßgebliche Höhe von 100 m über Grund unterschreiten (vgl. §§ 12 Abs. 3, 14 Abs. 1 und 2 ; LuftVG). (vgl. Kap. 7.3)	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	31	G	4.1.14	4.1.14 G Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze sollen die Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrsnetz sichern und sind dementsprechend weiterzuentwickeln. Der Ausbau bestehender Anlagen oder ein Neubau ist als Teil des Gesamtverkehrsnetzes zu beurteilen. Dabei kommt den Flughäfen Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden als den größten Flughäfen nach Stuttgart eine besondere Stellung zu, die eine Weiterentwicklung der beiden Flughäfen zur Gewährleistung einer guten luftverkehrlichen Infrastruktur innerhalb des Landes notwendig macht.	Nein	-	-	-	-	Auswirkungen auf Flughäfen/Flugplätze durch das geplante Vorhaben sind nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sicher auszuschließen, da die neu zu errichtenden Masten die maßgebliche Höhe von 100 m über Grund unterschreiten (vgl. §§ 12 Abs. 3, 14 Abs. 1 und 2 ; LuftVG). (vgl. Kap. 7.3)	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	31	G	4.1.15.a)	4.1.15.a) G Die Bedeutung des Nahverkehrs auf der Schiene ist insbesondere nach der Regionalisierung des Schienenpersonenverkehrs der Eisenbahnen des Bundes durch verbesserte Abstimmung auf die regionalen Verkehrsbedürfnisse sowie mit den anderen Nahverkehrsmitteln zu steigern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	31	G	4.1.15.b)	4.1.15.b) G Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Angebotsqualität des Schienenpersonenverkehrs ist der geplante Integrale Taktverkehr zügig in allen Teilen des Landes einzuführen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr, Straßenverkehr, Transport und Logistik-Zentren	31	Z	4.1.16.a)	4.1.16.a) Z Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den verkehrlich hoch belasteten Verdichtungsräumen ist den Verkehrsträgern mit hoher Kapazität im Personen- und Gütertransport Vorrang einzuräumen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr, Straßenverkehr	31	G	4.1.16.b)	4.1.16.b) G In den verdichteten Räumen ist der öffentliche Personennahverkehr auf Schiene und Straße weiter auszubauen, um einen möglichst hohen Anteil am Gesamtaufkommen des motorisierten Verkehrs zu erreichen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienerverkehr, Straßenverkehr	31	G	4.1.16.c)	4.1.16.c) G In den schwächer besiedelten Landesteilen soll ein Grundangebot im öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße gewährleistet sein und durch die Siedlungspolitik unterstützt werden. Auf die Bereitstellung eines leistungsfähigen Straßennetzes ist hinzuwirken. Eine auch Umweltgesichtspunkte einschließende Funktionsteilung zwischen öffentlichem Personennahverkehr und motorisiertem Individualverkehr ist zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	31	G	4.1.17	4.1.17 G Das Land soll durch ein zusammenhängendes, großräumiges Radwegenetz erschlossen werden, das durch kleinräumige Verbindungen bedarfsgerecht zu ergänzen ist. Die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsstätten, zentralörtlichen Versorgungsstandorten und Freizeiteinrichtungen über Rad- und Fußwege sowie die Verknüpfung des Rad- und Fußwegenetzes mit Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs sind zu verbessern. Überörtlich ist ein vom motorisierten Verkehr getrenntes Wegenetz anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienerverkehr, Straßenverkehr, Transport und Logistik-Zentren	32	Z	4.1.18.a)	4.1.18.a) Z Anlagen und Einrichtungen mit großem Verkehrsaufkommen sollen den Verkehrswegen der Entwicklungsachsen zugeordnet werden. Sie sind durch den öffentlichen Personennahverkehr und möglichst auch durch den Güterverkehr auf der Schiene zu erschließen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Transport und Logistik- Zentren	32	Z	4.1.18.b)	4.1.18.b) Z Für Standorte logistischer Einrichtungen wie Güterverkehrszentren und regionale logistische Zentren sind Flächen für Umschlaganlagen für einen Verkehrsträgerwechsel sowie Anschlussmöglichkeiten an das großräumige Verkehrsnetz von Schiene und Straße, gegebenenfalls auch an das Wasserstraßennetz, vorzusehen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Transport und Logistik- Zentren	32	G	4.1.18.c)	4.1.18.c) G Bei der Planung von Flächen für Güterverteilzentren und Verkehrsgewerbeflächen ohne Einrichtungen für einen Verkehrsträgerwechsel soll berücksichtigt werden, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von Umschlaganlagen in vorhandenen oder geplanten Güterverkehrszentren und regionalen logistischen Zentren nicht gefährdet wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	-	32	G	4.2.1	4.2.1 G Die Energieversorgung des Landes ist so auszubauen, dass landesweit ein ausgewogenes, bedarfsgerechtes und langfristig gesichertes Energieangebot zur Verfügung steht. Auch kleinere regionale Energiequellen sind zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Planungsgrundsatz	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	-	32	Z	4.2.2	4.2.2 Z Zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung ist auf einen sparsamen Verbrauch fossiler Energieträger, eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien sowie auf den Einsatz moderner Anlagen und Technologien mit hohem Wirkungsgrad hinzuwirken. Eine umweltverträgliche Energiegewinnung, eine preisgünstige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung und die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sind sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	32	G	4.2.3	4.2.3 G Die Energieerzeugung des Landes ist in ihrer Leistungsfähigkeit zu sichern. Der Ersatz und Erweiterungsbedarf an Kraftwerken soll grundsätzlich durch Erzeugungsanlagen im Land gedeckt werden. Dazu sind geeignete Standorte zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungsgrundsatz	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Hochspannungs-leitungen, Rohrleitungen	32	G	4.2.4	4.2.4 G Das Netz der Transportleitungen ist bedarfsgerecht auszubauen. Hierzu erforderliche Trassen sind zu sichern. Belange der Siedlungsentwicklung und des Städtebaus sowie des Natur- und Landschaftsschutzes sind zu berücksichtigen, Möglichkeiten der Bündelung mit anderen Leitungen und Verkehrswegen zu nutzen.	Nein	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird.	-	-
4.2	Energieversorgung	Erneuerbare Energie	Windenergie, Solarenergie	32	G	4.2.5	4.2.5 G Für die Stromerzeugung sollen verstärkt regenerierbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, Biomasse, Biogas und Holz sowie die Erdwärme genutzt werden. Der Einsatz moderner, leistungsstarker Technologien zur Nutzung regenerierbarer Energien soll gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Erneuerbare Energie	-	32	G	4.2.6	4.2.6 G Die Energiegewinnung durch Wasserkraft ist auszubauen. Geeignete Standorte für weitere Wasserkraftwerke sind insbesondere unter Berücksichtigung ökologischer Belange zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Erneuerbare Energie	Windenergie	33	Z	4.2.7.a)	4.2.7.a) Z Zur Steuerung der Windkraftnutzung sind in den Regionalplänen Gebiete auszuweisen, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen haben, und Gebiete festzulegen, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen unzulässig sind.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
4.2	Energieversorgung	Erneuerbare Energie	Windenergie	33	G	4.2.7.b)	4.2.7.b) G Bei der Standortwahl für Windkraftanlagen ist insbesondere Rücksicht auf benachbarte Siedlungen, den Luftverkehr, das Landschaftsbild und ökologische Belange zu nehmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Rohrleitungen	33	G	4.2.8.a)	4.2.8.a) G Zur Sicherung der Mineralölversorgung sind die für Rohöl und Mineralölprodukte erforderlichen Transportleitungen vorzuhalten. Der Ausbau des Leitungsnetzes soll unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte mit anderen Transportmöglichkeiten und Verkehrswegen koordiniert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	33	Z	4.2.8.b)	4.2.8.b) Z Das Raffineriezentrum in Karlsruhe ist zu erhalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Rohrleitungen	33	G	4.2.9.a)	4.2.9.a) G Das Leitungsnetz für Erdgas ist bedarfsgerecht weiter auszubauen. Eine räumlich ausgewogene Zuführung von Erdgas aus verschiedenen Quellen und Einspeisepunkten ist sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	33	G	4.2.9.b)	4.2.9.b) G Zur Vermeidung von Versorgungsengpässen und zum Ausgleich von Bedarfsschwankungen sind in geologisch geeigneten Strukturen Gasspeicher anzulegen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energieversorgung	Energiever- sorgung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	33	G	4.2.10	4.2.10 G In Gebieten mit hohem Strom- und Wärmebedarf sind die Vorteile der Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen und bei hoher Verbrauchsdichte die Erstellung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der Ausbau von Wärmeleitungsnetzen zu fördern. In Wohngebieten ist bei hohem Strom- und Wärmebedarf auf die Erstellung von kleinen Anlagen (Blockheizkraftwerken) und Nahwärmenetzen hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.3	Wasserwirtschaft	Wasserwirtschaft	Trinkwassergewinnung, Grundwasserschutz	33	Z	4.3.1.a)	4.3.1.a) Z In allen Teilräumen des Landes ist eine ausreichende Versorgung mit Trink- und Nutzwasser sicherzustellen. Nutzungswürdige Vorkommen sind planerisch zu sichern und sparsam zu bewirtschaften, Trinkwassereinzugsgebiete großräumig zu schützen und für die Versorgung geeignete ortsnahe Vorkommen vorrangig zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Wasserwirtschaft	Grundwasserschutz	33	Z	4.3.1.b)	4.3.1.b) Z Zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung sind in den Regionalplänen im erforderlichen Umfang Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen auszuweisen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Wasserwirtschaft	Grundwasserschutz	33	Z	4.3.2.a)	4.3.2.a) Z Grundwasser ist als natürliche Ressource flächendeckend vor nachteiliger Beeinflussung zu sichern. Grundwasserempfindliche Gebiete sind durch standortangepasste Nutzungen und weitergehende Auflagen besonders zu schützen. Zur Sicherung des Wasserschatzes ist Grundwasser so zu nutzen, dass seine ökologische Funktion erhalten bleibt und die Neubildung nicht überschritten wird.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-
4.3	Wasserwirtschaft	Wasserwirtschaft	Grundwasserschutz	34	Z	4.3.2.b)	4.3.2.b) Z Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Wasserversorgung des Landes sind insbesondere die großen Grundwasservorkommen in der Rheinebene, im Illertal und in Oberschwaben nachhaltig zu schützen und zu sichern.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Grundwasserschutz in den Regionalplänen aufgegriffen.	Nein	-
4.3	Wasserwirtschaft	Wasserwirtschaft	-	34	G	4.3.2.c)	4.3.2.c) G Der Nutzwasserbedarf ist durch Wasser sparende Maßnahmen zu reduzieren und unter Berücksichtigung ökologischer Belange möglichst aus oberirdischen Gewässern zu decken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Gewässerschutz	34	G	4.3.3.a)	4.3.3.a) G Naturnahe Gewässer sind zu erhalten, ausgebaute Gewässer naturnah zu entwickeln. Durchgängigkeit, Strukturvielfalt sowie ökologisch gute Qualität und Funktionalität der Gewässer und Gewässerrandstreifen sind anzustreben.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	Nein	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Gewässerschutz	34	Z	4.3.3.b)	4.3.3.b) Z Wegen seiner besonderen Bedeutung für die Wasserversorgung des Landes ist insbesondere der Bodensee als Trinkwasserspeicher nachhaltig zu schützen und zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Entsorgung	Abwasserwirtschaft	34	G	4.3.4	4.3.4 G Zum Schutz und zur weiteren Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer sind Abwässer zu sammeln und zu reinigen und der weitere Ausbau von Abwasser- und Regenwasser-Behandlungsanlagen anzustreben. In den Siedlungen sind verstärkt modifizierte Entwässerungsverfahren anzuwenden und Entsiegelungspotenziale zu nutzen. Im Ländlichen Raum ist die Abwasserbeseitigung durch eine weitgehend zentrale Abwasserbeseitigung weiter zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Entsorgung	-	34	G	4.3.5	4.3.5 G Von Altlasten ausgehende Gefährdungen sind zu beseitigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	34	Z	4.3.6.a)	4.3.6.a) Z Zur Sicherung und Rückgewinnung natürlicher Überschwemmungsflächen, zur Risikovorsorge in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen sowie zum Rückhalt des Wassers in seinen Einzugsbereichen sind in den Regionalplänen Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	34	Z	4.3.6.b)	4.3.6.b) Z Die Abgrenzung der Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz soll sich an einem Bemessungshochwasser mit einem Wiederkehrintervall von 100, am Oberrhein von 200 Jahren orientieren.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	34	Z	4.3.6.1	4.3.6.1 Z In hochwassergefährdeten Bereichen im Freiraum sind zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken, zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen oder zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung Gebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz als Vorranggebiete festzulegen. Auch Flächen für Anlagen und Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes, insbesondere Polder, Rückhaltebecken und Deichrückverlegungen, sollen als Vorranggebiete gesichert werden. In den Vorranggebieten haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang, insbesondere sind sie grundsätzlich von weiterer Bebauung freizuhalten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die Umsetzung in der Regionalplanung. Entsprechende Gebiete sind in den Regionalplänen ausgewiesen (vgl. Anhang C.1.2).	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	34	G	4.3.6.2	4.3.6.2 G In den Regionalplänen können weitere hochwassergefährdete Bereiche zur Vermeidung von Verschärfungen des Hochwasserabflusses und zur Minderung von Schadensrisiken als Vorbehaltsgebiete festgelegt werden. Dabei ist vor allem die latente Gefährdung hinter und unterhalb von Hochwasserschutzanlagen (potenzielle Überflutungsbereiche) zu berücksichtigen. In diesen Gebieten kommt dem vorbeugenden Hochwasserschutz bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besonderes Gewicht zu; eine Siedlungstätigkeit soll grundsätzlich unterbleiben.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die Umsetzung in der Regionalplanung. Entsprechende Gebiete sind in den Regionalplänen ausgewiesen (vgl. Anhang C.1.2).	-	-
4.3	Wasserwirtschaft	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	35	Z	4.3.7	4.3.7 Z Durch zusätzliche abflusshemmende und landschaftsökologische Maßnahmen, insbesondere durch Rückverlegung von Deichen, Rückbau von Gewässerausbauten, naturnahe Gewässerentwicklung und Bau von Rückhaltebecken, sollen Hochwasserspitzen reduziert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	35	G	4.4.1	4.4.1 G Die Abfallwirtschaft des Landes ist so auszurichten, dass Abfallmenge und Gefahrenpotenzial möglichst gering gehalten, verwertbare Abfälle in den Kreislauf zurückgeführt oder energetisch verwertet und nicht verwertbare Abfälle vorrangig durch thermische Behandlung umweltverträglich beseitigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	35	G	4.4.2	4.4.2 G Für die Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle sind in ausreichendem Umfang und in sachgerechter räumlicher Verteilung Behandlungsanlagen und Deponiekapazitäten vorzuhalten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
4.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	35	Z	4.4.3	4.4.3 Z Geeignete Entsorgungsstandorte sind frühzeitig im Rahmen der Regionalplanung zu sichern. Die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung ist durch regionale Kooperation und Optimierung der Einzugsgebiete sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
4.5	Bildungswesen	-	-	35	G	4.5.1	4.5.1 G Das Bildungswesen des Landes ist in seiner Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, fachlicher und qualifikatorischer Erfordernisse weiterzuentwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.5	Bildungswesen	-	-	35	G	4.5.2	4.5.2 G Die verschiedenen Bildungseinrichtungen sind unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung so auszubauen und anzupassen, dass in allen Landesteilen umfassende Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Auch Einrichtungen der Familienbildung sind zu fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.5	Bildungswesen	-	-	35	G	4.5.3	4.5.3 G Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und anderer Lehr- und Forschungseinrichtungen ist unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung sowie fachlicher und regionaler Schwerpunkte auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.5	Bildungswesen	-	-	35	G	4.5.4	4.5.4 G Vorhandene Ausbildungs- und Forschungsprofile sowie fachliche Schwerpunkte sind als regionale Entwicklungspotenziale zu stärken. Interdisziplinäre und regionale Kooperationsmöglichkeiten sind zu intensivieren und für die räumliche Entwicklung zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.6	Information und Kommunikation	Kommuni-kation	-	35	G	4.6.1	4.6.1 G Die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ist an die wachsenden Bedürfnisse der Volkswirtschaft und die sich ändernden Interessen der Bevölkerung anzupassen und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen des technischen Fortschritts weiterzuentwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.6	Information und Kommunikation	Kommuni-kation	-	36	G	4.6.2	4.6.2 G Der Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur soll den raumordnerischen Erfordernissen Rechnung tragen, die regionalen Besonderheiten berücksichtigen und die Entwicklung peripherer Gebiete fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.6	Information und Kommunikation	Kommuni-kation	Richtfunk, Punktuelle Anlagen für die Kommunikation	36	G	4.6.3	4.6.3 G Ausbau und Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sollen die Nutzungsmöglichkeiten und Chancen orts- und zeitunabhängiger Information und Kommunikation für Gesellschaft und Wirtschaft fördern. In allen Teilräumen sind eine flächendeckende Grundversorgung und ein angemessener Zugang zum neuen Dienstleistungsmarkt sicherzustellen. Post- und Telefondienste, Multimedia-Techniken und interaktive Medienangebote sind zu leistungsfähigen, zukunftsorientierten Kommunikationsnetzen auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.6	Information und Kommunikation	Kommunikation	Richtfunk	36	G	4.6.4.a)	4.6.4.a) G Trassen und Einrichtungen für Kabelverbindungen sowie drahtlose Verbindungen und Netze sind weitestgehend zu bündeln und auf gemeinsame Standorte zu konzentrieren. Bauliche Gegebenheiten und Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.6	Information und Kommunikation	Kommunikation	Richtfunk	36	Z	4.6.4.b)	4.6.4.b) Z Bestehende und geplante Richtfunkstrecken sind von störender Bebauung freizuhalten.	Ja	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Richtfunkstrecken und sonstige Telekommunikationsstrukturen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da Gleichtaktrosseln (Filter) zur Reduzierung von Störung eingesetzt werden können, mit dem Ergebnis, dass der weitere sachgerechte Betrieb sichergestellt wird (vgl. Kapitel 7.4).	n.a.	-
4.7	Sozialwesen, Gesundheitswesen	-	-	36	G	4.7.1	4.7.1 G Die Dienste und Einrichtungen des Sozialwesens und des Gesundheitswesens sind in ihrer fachlichen Gliederung und räumlichen Verteilung am Netz der Zentralen Orte auszurichten. Sie sind so auszubauen und in ihrem Bestand zu sichern, dass in allen Landesteilen die sozialen und gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung durch ein breites, gleichwertiges Angebot befriedigt werden können und eine wohnortnahe Grundversorgung gewährleistet ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.7	Sozialwesen, Gesundheitswesen	-	-	36	G	4.7.2	4.7.2 G Die Einrichtungen des Sozialwesens und des Gesundheitswesens sollen aus ihrem Einzugsgebiet mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.7	Sozialwesen, Gesundheitswesen	-	-	36	G	4.7.3	4.7.3 G Die Heilbäder und Kurorte des Landes sind in ihrer Bedeutung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung und das regionale Arbeitsplatzangebot als regionale Gesundheitszentren zu stärken. Die Anpassung der Infrastruktur an die spezifischen Bedürfnisse von Heilbädern und Kurorten ist zu fördern. Heilquellen und nutzungswürdige Heilmittel des Bodens sind zu schützen und planerisch zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Freiraumverbund	37	G	5.1.1.a)	5.1.1.a) G Die natürlichen Lebensgrundlagen sind zu schützen. Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt sind in Bestand, Regenerationsfähigkeit, Funktion und Zusammenwirken dauerhaft zu sichern oder wiederherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Freiraumverbund	37	Z	5.1.1.b)	5.1.1.b) Z Zum Schutz der ökologischen Ressourcen, für Zwecke der Erholung und für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen sind ausreichend Freiräume zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz, Freiraumverbund	37	G	5.1.1.c)	5.1.1.c) G Für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsame Freiräume sollen vom Land, den Regionen und den Gemeinden nach Möglichkeit miteinander verbunden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Freiraumverbund	37	Z	5.1.2	5.1.2 Z Als Bestandteile zur Entwicklung eines ökologisch wirksamen großräumigen Freiraumverbunds werden folgende überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume festgelegt: – Gebiete, die Teil des künftigen europaweiten, kohärenten Schutzgebietsnetzes "NATURA 2000" sind, – Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen und die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung eines ökologisch wirksamen Freiraumverbunds und im Hinblick auf die Kohärenz des europäischen Schutzgebietsnetzes besitzen, – unzerschnittene Räume mit hohem Wald- und Biotopanteil und einer Größe über 100 km ² , – Gewässer mit besonderer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz, die bereits lange natürliche und naturnahe Fließstrecken und Auen aufweisen. Die derzeit vorhandenen Gebiete und Landschaftsräume sind im Anhang in Karte 4 dargestellt.	Ja	Ja	Nein	-	-	-	Nein	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	37	Z	5.1.2.1.a)	5.1.2.1.a) Z In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen ist die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu verbessern. Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, sollen unterbleiben oder, soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.	Ja	Ja	Ja	überregional bedeutsame naturnahen Landschaftsräume	-		Ja	Ja
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz	37	G	5.1.2.1.b)	5.1.2.1.b) G Wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen sowie ihre Lebensgemeinschaften sind als Teil des Naturhaushalts in ihrer natürlich und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen; ihre Lebensräume sowie ihre Lebensbedingungen sind zu erhalten, zu pflegen, zu entwickeln oder wiederherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Tourismusschwerpunkte	38	G	5.1.2.2.a)	5.1.2.2.a) G In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sind Sport-, Erholungs- und Tourismuseinrichtungen möglichst innerhalb von Siedlungen, als Siedlungserweiterungen oder als Ergänzung vorhandener Anlagen zu realisieren; sie dürfen den Naturhaushalt und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigen und sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Freiraumverbund	38	Z	5.1.2.2.b)	5.1.2.2.b) Z Die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume sollen möglichst unzerschnitten in ihrem landschaftlichen Zusammenhang erhalten und untereinander vernetzt werden. In großen unzerschnittenen Räumen sind Eingriffe mit Trennwirkung auf das Unvermeidbare zu beschränken. Unabweisbare linienförmige Infrastruktureinrichtungen sind nach Möglichkeit mit bestehenden zu bündeln. Überregional bedeutsame Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden.	Ja	Ja	Ja	überregional bedeutsame naturnahen Landschaftsräume	-		Ja	Ja
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz, Land- und Forst- wirtschaft	Landschaftsschutz, Forstwirtschaft, Landwirtschaft	38	Z	5.1.2.3.a)	5.1.2.3.a) Z In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sind eine standortgemäße landwirtschaftliche Nutzung und eine naturnahe Forstwirtschaft als wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und wegen ihrer ökologischen Wirkungen zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz	38	G	5.1.2.3.b)	5.1.2.3.b) G Biotope sollen ihrer Biotop-Funktion angepasst weiter bewirtschaftet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	38	G	5.1.2.3.c)	5.1.2.3.c) G Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die im Rahmen eines ökologisch wirksamen Freiraumverbunds in ihrer Nutzungsintensität eingeschränkt, extensiv genutzt oder gepflegt werden, sollen bevorzugt in Förderprogramme der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und des Naturschutzes einbezogen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Rohstoffe	-	38	G	5.1.2.4	5.1.2.4 G In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen sollen bestehende Abbaustätten einen Beitrag zur Erhaltung und Erhöhung der Artenvielfalt leisten. Die Abbaustätten sind durch Renaturierung und Folgenutzung so anzulegen, dass sie die Funktion dieser Landschaftsräume unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz	38	Z	5.1.2.5	5.1.2.5 Z Die Naturparke ergänzen den großräumigen Freiraumverbund räumlich. Sie sollen als Instrumente für eine naturnahe, nachhaltige Entwicklung größerer Landschaftsräume eingesetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	38	Z	5.1.3.a)	5.1.3.a) Z Zum Schutz von Naturgütern, naturbezogenen Nutzungen und ökologischen Funktionen vor anderen Nutzungsarten oder Flächeninanspruchnahmen werden in den Regionalplänen Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und Schutzbedürftige Bereiche ausgewiesen. Sie konkretisieren und ergänzen die überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräume im Freiraumverbund.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Naturschutz	38	Z	5.1.3.b)	5.1.3.b) Z Regionale Grünzüge sind größere zusammenhängende Freiräume für unterschiedliche ökologische Funktionen, für naturschonende, nachhaltige Nutzungen oder für die Erholung; sie sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorranggebiete "Regionale Grünzüge" aufgegriffen.	Nein	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz, Erholung und Tourismus	Landschaftsschutz, Freiraumgestützte Erholung	38	Z	5.1.3.c)	5.1.3.c) Z Grünzäsuren sind kleinere Freiräume zur Vermeidung des Zusammenwachsens von Siedlungen und für siedlungsnahen Ausgleichs- und Erholungsfunktionen; sie sollen von Besiedlung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freigehalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorranggebiete "Grünzäsuren" aufgegriffen.	Nein	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz, Land- und Forst- wirtschaft, Erholung und Tourismus, Wasserwirtschaft	Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bodenschutz, Wasserwirtschaft, Erholung	38	Z	5.1.3.d)	5.1.3.d) Z In den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Landwirtschaft, für Waldfunktionen und Forstwirtschaft, für den Bodenschutz, für die Wasserwirtschaft und für die Erholung haben naturbezogene Nutzungen und die Erfüllung ökologischer Funktionen Vorrang vor anderen, vor allem baulichen Nutzungen.	Ja	Ja	Nein	-	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in den Regionalplänen aufgegriffen	Nein	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung			38	G	5.1.3.1	5.1.3.1 G Die Träger der Fachplanungen berücksichtigen bei der Ausweisung fachplanerischer Schutzgebiete die in den Regionalplänen ausgewiesenen Schutzbedürftigen Bereiche. Fachplanerische Schutzgebiete ergänzen den Freiraumverbund.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Fachplanung	-	-
5.1	Freiraumverbund und Landschafts-entwicklung	Freiraumschutz	Bodenschutz, Gewässerschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz	39	G	5.1.4	5.1.4 G Die Gemeinden ergänzen die landes- und regionalplanerisch ausgewiesenen Bereiche des Freiraumverbunds im Rahmen der Bauleitplanung durch die Ausweisung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Gewässer, Natur und Landschaft.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung, Rohstoffabbau	39	G	5.2.1	5.2.1 G Der Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen kommt bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Insbesondere soll, auch im Interesse künftiger Generationen, die Möglichkeit des Abbaus bedeutsamer Vorkommen langfristig grundsätzlich offen gehalten werden. Die derzeit bekannten bedeutsamen Rohstoffvorkommen sind im Anhang in Karte 5 dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	39	G	5.2.2.a)	5.2.2.a) G Die Bodenschätze des Landes sind zu erfassen. Abbauwürdige Bodenschätze sind für die Rohstoffversorgung zu sichern.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung, Rohstoffabbau	39	G	5.2.2.b)	5.2.2.b) G Nach Maßgabe der jeweils geltenden Vorschriften sind die landesweite Erfassung, das Aufsuchen, der Abbau und die Sicherung von Rohstoffvorkommen für einen späteren Abbau zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung, Rohstoffabbau	39	Z	5.2.3.a)	5.2.3.a) Z In den Regionalplänen sind regionalbedeutsame Abbaustätten, aktivierbare Reserven und Rohstoffvorkommen als Bereiche für den Abbau von Rohstoffen (Abbaubereiche) und als Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen (Sicherungsbereiche) festzulegen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	39	Z	5.2.3.b)	5.2.3.b) Z Als Abbaubereiche sind Bereiche auszuweisen, in denen der Rohstoffabbau unter überörtlichen Gesichtspunkten Vorrang vor anderen Nutzungen hat und zeitnah vorgesehen ist.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	39	Z	5.2.3.c)	5.2.3.c) Z Als Sicherungsbereiche sind Bereiche auszuweisen, die von Nutzungen freigehalten werden sollen, die einem späteren Rohstoffabbau entgegenstehen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	39	G	5.2.4.a)	5.2.4.a) G Die Regionalpläne können festlegen, dass ein Abbau von regionalbedeutsamen Rohstoffvorkommen außerhalb der ausgewiesenen Abbaubereiche in der gesamten Region grundsätzlich ausgeschlossen ist.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung, Rohstoffabbau	39	G	5.2.4.b)	5.2.4.b) G Bei der Ausweisung von Abbaubereichen und Sicherungsbereichen sind die Belange der Rohstoffsicherung und Rohstoffversorgung mit anderen raumbedeutsamen Nutzungen und Vorhaben sowie vor allem mit den Erfordernissen des Natur- und Umweltschutzes, der Landschaftserhaltung, der Land- und Forstwirtschaft, des Bodenschutzes, der Wasserwirtschaft, der Erholung, sonstiger ökologischer Belange und der Siedlungsentwicklung mit dem ihnen jeweils zukommenden Gewicht abzustimmen und abzuwägen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	39	G	5.2.4.c)	5.2.4.c) G In Nutzung befindliche Lagerstätten sind möglichst vollständig abzubauen, ehe ein neues Vorkommen erschlossen wird. Im Übrigen sind durch Entwicklung und Förderung der Kreislaufwirtschaft die Rohstoffvorkommen im Interesse späterer Generationen zu schonen. Die Ansätze zur Kreislaufwirtschaft sind landesweit zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.2	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	40	G	5.2.5	5.2.5 G Beim Abbau von Lagerstätten sind die Rekultivierung oder Renaturierung sowie die Einbindung in die Landschaft sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	40	G	5.3.1	5.3.1 G Die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere aufgrund ihrer Funktionen für die Ernährung, die Holzversorgung, die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, ist zu erhalten und zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	40	Z	5.3.2.a)	5.3.2.a) Z Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft bzw. Wald/Forstwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	40	G	5.3.2.b)	5.3.2.b) G Der Anbau nachwachsender Rohstoffe ist aus Gründen der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes sowie als Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zu fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	40	G	5.3.3.a)	5.3.3.a) G Die Betriebs- und Flurstrukturen sind so zu erhalten und zu entwickeln, dass eine langfristige, funktionsgerechte und wettbewerbsfähige Landbewirtschaftung möglich ist. Insbesondere in Räumen mit starkem Siedlungsdruck sind die Fluren in den Freiräumen so auszuwählen, zu bemessen, zu sichern und zu entwickeln, dass eine rationelle landwirtschaftliche Bodennutzung möglich ist. Insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft wertvolle Böden sind zu schonen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Forstwirtschaft, Landwirtschaft	40	G	5.3.3.b)	5.3.3.b) G Die Möglichkeiten einer Flurneuordnung sind zu nutzen, um die für Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand benötigten Flächen sozial verträglich bereitzustellen, die Bewirtschaftungsstrukturen in der Landwirtschaft zu verbessern, den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft zu flankieren und landschaftsökologische Aufwertungsmaßnahmen zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft, Frei-raumschutz	Forstwirtschaft, Wald	40	Z	5.3.4.a)	5.3.4.a) Z Der Wald ist wegen seiner Bedeutung als Ökosystem, für die Umwelt, das Landschaftsbild und die Erholung und wegen seines wirtschaftlichen Nutzens im Rahmen einer naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung zu erhalten, zu schützen und zu pflegen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird zum einen über die Vorranggebiete für Wald/Forstwirtschaft aufgegriffen. Zum anderen werden die umweltfachlichen Aspekte dieses Ziels im Umweltbericht, Schutzgut Mensch, berücksichtigt.	Nein	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft, Frei-raumschutz	Forstwirtschaft, Wald	40	G	5.3.4.b)	5.3.4.b) G Eine naturnahe Waldbewirtschaftung mit standortgerechten Baumarten ist anzustreben; der Anteil von Bann- und Schonwäldern ist zu erhöhen. Waldbiotope sind ihrer Biotop- Funktion angepasst zu bewirtschaften.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft, Frei-raumschutz	Forstwirtschaft, Wald	40	G	5.3.4.c)	5.3.4.c) G In waldarmen Gebieten sind Möglichkeiten der Erhöhung des Waldflächenanteils in Abstimmung mit den übrigen Freiraumfunktionen und unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landwirtschaft wahrzunehmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.3	Landwirtschaft, Forstwirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft, Frei-raumschutz	Forstwirtschaft, Wald	40	Z	5.3.5	5.3.5 Z Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen und in Wälder mit besonderen Schutz- und Erholungsfunktionen sind auf das Unvermeidbare zu beschränken. Solche Waldverluste sollen möglichst in der Nähe der Eingriffe in Abstimmung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft durch Aufforstung von geeigneten Flächen ausgeglichen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird zum einen über die Vorranggebiete für Wald/Forstwirtschaft aufgegriffen. Zum anderen werden die umweltfachlichen Aspekte dieses Ziels im Umweltbericht, Schutzgut Landschaft, berücksichtigt.	Nein	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung	41	G	5.4.1	5.4.1 G Den gestiegenen Ansprüchen der Bevölkerung an Freizeit und Erholung ist durch eine bedarfsgerechte Ausweisung und Gestaltung geeigneter Flächen Rechnung zu tragen. Dabei sind die landschaftliche Eigenart und die Tragfähigkeit des Naturhaushalts zu bewahren, das Naturerlebnis zu fördern sowie eine bedarfsgerechte Anbindung und Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Tourismusschwerpunkte	41	G	5.4.2	5.4.2 G Heilbäder, Kurorte und Tourismusorte sind in ihrer Bedeutung für Erholung und Tourismus zu stärken. Ausbau und Weiterentwicklung der Infrastruktur für die spezifischen Bedürfnisse von Erholung und Tourismus sind zu fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen	41	G	5.4.3	5.4.3 G Freizeiteinrichtungen sind möglichst in bestehende Siedlungen zu integrieren oder in Anlehnung an diese zu errichten. In der Nähe größerer Siedlungen sind für die ortsnahe Freizeitgestaltung und Erholung leicht zugängliche Bereiche freizuhalten und zu gestalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtungen	41	G	5.4.4	5.4.4 G Einrichtungen für Freizeitaktivitäten und Erholung sollen sich in die Landschaft einfügen, das Landschaftsbild möglichst wenig beeinträchtigen und insbesondere in naturnahen Landschaftsräumen naturverträglich sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtungen	41	G	5.4.5	5.4.5 G Zur Befriedigung der Nachfrage nach Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten und erholsame Vergnügungen in großflächigen Freizeiteinrichtungen sind geeignete Räume und Standorte zu sichern und raum- und umweltverträglich auszugestalten. Dabei sind die Lage im Raum- und Siedlungsgefüge sowie die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der sparsamen Bodennutzung zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
5.4	Freizeit und Erholung	Erholung und Tourismus	Sport- und Freizeiteinrichtungen	41	G	5.4.6	5.4.6 G Freizeiteinrichtungen mit starkem Besucherverkehr sollen an öffentliche Verkehrsmittel und ortsdurchfahrtsfreie Straßen angeschlossen sein. Wohnsiedlungen und Kurorte sind vor störenden Einwirkungen zu schützen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	Z	6.1.1	6.1.1 Z Die in diesem Plan festgelegten Grundsätze und Ziele der Raumordnung zur Entwicklung der Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruktur sowie die Grundsätze und Ziele der fachlichen Entwicklungspläne sind zur Sicherung einer nachhaltigen, gleichwertigen und zukunftsfähigen Entwicklung der Teilräume des Landes in den Regionalplänen räumlich und sachlich auszuformen; dies gilt auch für die Grundsätze der Raumordnung im Raumordnungsgesetz.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	Z	6.1.2.a)	6.1.2.a) Z Die Regionalverbände wirken im Rahmen ihrer Beratungs-, Moderations- und Koordinationsfunktion auf die inhaltliche Umsetzung der Regionalpläne hin; sie wirken als Träger der Regionalplanung an den raumbedeutsamen Fachplanungen mit und geben Anstöße für regionale und teilsräumliche Entwicklungsprozesse.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	Z	6.1.2.b)	6.1.2.b) Z Die höheren Raumordnungsbehörden und die Regionalverbände unterrichten und beraten die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen und die sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	Z	6.1.3	6.1.3 Z Öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 des Raumordnungsgesetzes haben die Grundsätze für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Regionen zu berücksichtigen und die Ziele zu beachten. Abstimmung und Verwirklichung der Entwicklungsziele sind seitens der Regionalverbände im Benehmen mit anderen regionalen Akteuren durch regionales Management zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	G	6.1.4	6.1.4 G Der zunehmenden Regionaldynamik, den räumlichen Verflechtungen und den wachsenden Abstimmungs- und Handlungserfordernissen auf regionaler Ebene soll durch Stärkung der regionalen Kooperation Rechnung getragen werden. Die für die Umsetzung der Regionalpläne maßgeblichen öffentlichen Stellen und privaten Akteure sind einzubeziehen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	G	6.1.5	6.1.5 G Interkommunale, regionale und grenzübergreifende Kooperationen wie Städtenetze, Regionalkonferenzen, regionale Allianzen sowie regionale Entwicklungs- und Handlungskonzepte unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer regionaler Akteure sollen regionale Eigenkräfte freisetzen, regionale Defizite beseitigen, Standortfaktoren verbessern und Synergieeffekte nutzen. Diese Zusammenarbeit soll in Initiative und Verantwortung der regionalen Akteure entfaltet, durchgeführt und umgesetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	G	6.1.6	6.1.6 G Durch die Bündelung höherwertiger Einrichtungen, Förderung funktionaler Spezialisierung und Nutzung der Möglichkeiten gegenseitiger infrastruktureller Ergänzung und Aufgabenteilung zwischen den Aufgabenträgern in den Regionen sind die Standortbedingungen dauerhaft zu verbessern und die Leistungskraft insbesondere in strukturschwächeren Räumen zu stärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	43	Z	6.1.7.a)	6.1.7.a) Z Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich des Einsatzes der hierfür vorgesehenen Finanzmittel sind die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen und die Ziele zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.1	Regionalplanung, Umsetzung der Regionalplanung	-	-	44	G	6.1.7.b)	6.1.7.b) G Der Einsatz von fachlichen Förderprogrammen für regionalbedeutsame Vorhaben sollte auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzepten oder auf andere geeignete Weise abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	44	Z	6.2.1.a)	6.2.1.a) Z Zur Stärkung der Leistungskraft des Landes, insbesondere zur Förderung seiner nationalen und internationalen Einbindung, zur Intensivierung der regionalen und grenzüberschreitenden Kooperation und zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für folgende großräumige Landesteile festgelegt: - Europäische Metropolregion Stuttgart, - Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein, - Bodenseeraum.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	44	Z	6.2.1.b)	6.2.1.b) Z Zur Stärkung bestehender Entwicklungsansätze im Ländlichen Raum, zur Bewältigung des regionalen Strukturwandels, zur Entwicklung schwach und einseitig strukturierter Gebiete, zur Entlastung stark verdichteter Räume, zur Überwindung hemmender Verwaltungsgrenzen und zur Unterstützung anderer landesbedeutsamer Raumplanungen sollen besondere regionale Entwicklungsaufgaben insbesondere in den Räumen Ulm, Ostwürttemberg, Villingen-Schwenningen und Oberes Gäu und den Räumen mit Strukturschwächen wahrgenommen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	44	Z	6.2.1.c)	6.2.1.c) Z Öffentliche Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Abs. 3 des Raumordnungsgesetzes haben die für die Räume mit besonderen regionalen Entwicklungsaufgaben festgelegten Grundsätze zu berücksichtigen, die Ziele zu beachten und ihre Verwirklichung zu fördern. Die Regionalverbände streben dabei im Rahmen ihrer Planungs-, Beratungs-, Moderations- und Kooperationsfunktion frühzeitig eine Abstimmung zwischen den Planungsträgern und gesellschaftlichen Gruppen im Raum an.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	44	Z	6.2.2.a)	6.2.2.a) Z Wegen ihrer herausragenden Funktionen im internationalen Maßstab und ihrer besonderen Bedeutung für die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes ist die Europäische Metropolregion Stuttgart in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit weiterzuentwickeln und zu stärken. Die Europäische Metropolregion Stuttgart umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Stuttgart einschließlich der Räume um Heilbronn (Plansatz 6.2.2.2) und um Reutlingen/Tübingen (Plansatz 6.2.2.3) und seine Randzone.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	44	G	6.2.2.b)	6.2.2.b) G Die Entwicklung der Europäischen Metropolregion Stuttgart soll sich auf dezentrale räumliche und organisatorische Strukturen stützen und diese stärken. Durch eine Vernetzung mit anderen Landesteilen ist die Wechselwirkung zwischen den Entwicklungszielen der Europäischen Metropolregion Stuttgart und der anderen Regionen des Landes, insbesondere der angrenzenden Regionen, zu optimieren. Die Vernetzung innerhalb des Landes ist durch leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen zu fördern. Dabei sind insbesondere die Räume um Heilbronn und Reutlingen/Tübingen in ihrer Eigenständigkeit innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart sowie in ihrer Mittlerrolle und oberzentralen Funktion für die Regionen Franken und Neckar-Alb zu unterstützen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	45	Z	6.2.2.1	6.2.2.1 Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für die Europäische Metropolregion Stuttgart sind ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	45	Z	6.2.2.2	6.2.2.2 Z Die besondere Bedeutung des Raums um das Oberzentrum Heilbronn innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart und für die Mittlerrolle in andere Teile der Region Franken ist zu wahren und zu nutzen. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	45	Z	6.2.2.3	6.2.2.3 Z Die besondere Bedeutung des Raums um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart und für die Mittlerrolle in andere Teile der Region Neckar-Alb ist zu wahren und zu nutzen. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	46	Z	6.2.3.a)	6.2.3.a) Z Wegen der zentralen Lage in Europa, der Verkehrsgunst, der zukunftsweisenden wirtschaftlichen Entwicklungsansätze, der besonderen landschaftlichen und ökologischen Bedeutung und der vielfältigen, sich ergänzenden Potenziale des deutsch-französischschweizerischen Grenzraums ist der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein grenzübergreifend durch Intensivierung der Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen seinen Teilräumen als Siedlungs- und Wirtschaftsraum und Kulturlandschaft von europäischer Bedeutung weiterzuentwickeln. Der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein umfasst in Baden-Württemberg den Rhein-Neckar-Raum (Plansatz 6.2.3.1), den Raum Karlsruhe/ Pforzheim (Plansatz 6.2.3.2), den Raum Offenburg (Plansatz 6.2.3.3), den Raum Freiburg (Plansatz 6.2.3.4) und den Raum Dreiländereck (Plansatz 6.2.3.5).	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	46	Z	6.2.3.b)	6.2.3.b) Z Der Europäische Verflechtungsraum Oberrhein ist im Sinn einer Europäischen Metropolregion zu behandeln. Dazu ist er insgesamt nachhaltig, vernetzt und grenzübergreifend als Zukunftsregion zu entwickeln. Besondere regionale Entwicklungsaufgaben dazu sind - die Intensivierung der grenzüberschreitenden Abstimmung und die Harmonisierung von Planungen und Maßnahmen, - der Ausbau der regionalen und grenzüberschreitenden Kooperationen und Vernetzungen sowie die Stärkung der Städte und Gemeinden mit grenzüberschreitenden Verflechtungen, - die qualitative Weiterentwicklung des Gesamttraums unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten zwischen Siedlungsentwicklung, Wirtschaft, Verkehr, Ökologie, Landschaft, Tourismus, Erholung und Sport, - die Entwicklung als europäischer Wirtschafts- und Forschungsstandort unter Nutzung der hohen wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Potenziale, - die Erhaltung, der Ausbau und die Ansiedlung von Institutionen und Infrastrukturen mit internationaler und nationaler Bedeutung, - die umweltgerechte Ausgestaltung der Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehrsnetze am Oberrhein als europäischer Verkehrsdrehscheibe, - die Entwicklung einer grenzüberschreitend abgestimmten Angebotsstruktur der Flughäfen, - die Sicherung, Renaturierung und Weiterentwicklung der Rheinauen als wichtiges Regenerationsgebiet für das überregional bedeutsame Grundwasservorkommen im Oberrheingraben und als Natur- und Erholungslandschaft, - geeignete und ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung einer angemessenen Hochwassersicherheit, - die zügige Fortführung und Umsetzung des Projekts "Integriertes Rheinprogramm".	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	46	Z	6.2.3.1.a)	6.2.3.1.a) Z Wegen seiner Bedeutung für die weitere Entwicklung im Nordwesten des Landes und für die benachbarten Länder, seiner tragenden Rolle als großer Verdichtungsraum, seiner Aufgabe als Wachstumsmotor mit nationaler Ausstrahlung und zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Rhein-Neckar-Raum festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere das baden-württembergische Gebiet des Raumordnungsverbands Rhein-Neckar.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	47	Z	6.2.3.1.b)	6.2.3.1.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Rhein-Neckar-Raum sind - die Sicherung der Funktionsfähigkeit und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des grenzüberschreitenden Verdichtungsraums, - die Weiterentwicklung der Raumstruktur durch Intensivierung der regionalen Kooperation, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Abfallwirtschaft, Medien und Naherholung, unter Berücksichtigung der engen Verflechtungen mit den angrenzenden Teilen der Region Unterer Neckar, von Hessen und von Rheinland-Pfalz, - der Ausbau der Standortattraktivität in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Bildung, Medizin und Medien, die Mobilisierung von Entwicklungsreserven zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die Weiterentwicklung der Bioregion Rhein-Neckar, - die Erarbeitung und Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte wie des grenzüberschreitenden Landschaftsparks Rhein-Neckar-Pfalz, - die Nutzung der Standortchancen und Entwicklungsmöglichkeiten als Knotenpunkt europäischer Infrastrukturen, - die Verwirklichung der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn von Mannheim nach Frankfurt unter vollwertiger Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim in das heutige und künftige Hochgeschwindigkeitsnetz, - die zügige Realisierung der Rhein-Neckar-S-Bahn und des Projekts Mannheim 21, - die Sicherung des Luftverkehrsstandorts Mannheim City.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	47	Z	6.2.3.2.a)	6.2.3.2.a) Z Wegen seiner Bedeutung für die Entwicklung des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein, seiner verkehrsgünstigen Lage, seiner Brückenfunktion nach Rheinland-Pfalz und Frankreich einerseits und zur Europäischen Metropolregion Stuttgart andererseits und seiner hohen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungspotenziale werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Karlsruhe/Pforzheim festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim und seine Randzone.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	47	Z	6.2.3.2.b)	6.2.3.2.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Karlsruhe/Pforzheim sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	48	Z	6.2.3.3.a)	6.2.3.3.a) Z Wegen seiner Entwicklungsfunktion innerhalb des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein, seiner Nachbarschaft zur Europastadt Strasbourg und zur Unterstützung von Offenburg als Oberzentrum werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Offenburg festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsbereich im Ländlichen Raum Offenburg/ Lahr/Kehl.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	48	Z	6.2.3.3.b)	6.2.3.3.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Offenburg sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	48	Z	6.2.3.4.a)	6.2.3.4.a) Z Wegen der besonderen Bedeutung für den Südwesten des Landes, der starken wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Elsass und der Bedeutung als Tourismusgebiet mit internationaler Geltung werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Freiburg festgelegt. Dieser Raum umfasst im Wesentlichen den südlichen Teil der Region Südlicher Oberrhein.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	48	Z	6.2.3.4.b)	6.2.3.4.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Freiburg sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	48	Z	6.2.3.5.a)	6.2.3.5.a) Z Wegen der Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz in der Trinationalen Agglomeration Basel TAB und am Hochrhein und der verkehrlichen Knotenpunktfunktion im Süden des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Dreiländereck festgelegt. Dieser Raum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum Lörrach/Weil(/ Basel) und seine Randzone.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	49	Z	6.2.3.5.b)	6.2.3.5.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Dreiländereck sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	49	Z	6.2.4.a)	6.2.4.a) Z Wegen seiner einzigartigen funktionalen Vielfalt als Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturräum und als Freizeit-, Erholungs- und Tourismusgebiet, wegen seiner Bedeutung als Ökosystem und seiner herausgehobenen Funktion für die Wasserwirtschaft werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum festgelegt. Der Bodenseeraum umfasst insbesondere den Verdichtungsraum und dessen Randzone sowie angrenzende Teile des Ländlichen Raums in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	49	Z	6.2.4.b)	6.2.4.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Bodenseeraum sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	50	Z	6.2.5.a)	6.2.5.a) Z Wegen seiner besonderen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des baden-württembergisch- bayerischen Grenzraums, seiner Stellung als Wissenschaftsstadt und seiner Ausstrahlung in die benachbarten Regionen Bodensee-Oberschwaben und Ostwürttemberg werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ulm festgelegt. Der Raum umfasst baden-württembergische Teile der Region Donau-Iller, insbesondere den Verdichtungsraum Ulm/Neu-Ulm.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	50	Z	6.2.5.b)	6.2.5.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ulm sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	50	Z	6.2.6.a)	6.2.6.a) Z Zur Unterstützung des Zusammenwachsens und der Eigenständigkeit des Raums, zur Stärkung der endogenen Potenziale und zur Förderung der Zusammenarbeit mit den Nachbarräumen werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ostwürttemberg festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	50	Z	6.2.6.b)	6.2.6.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Ostwürttemberg sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	50	Z	6.2.7.a)	6.2.7.a) Z Zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie zur Festigung der dezentralen Siedlungsstruktur des Landes und zur strukturpolitisch erwünschten Entlastung der Europäischen Metropolregion Stuttgart werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Villingen-Schwenningen festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Donaueschingen, Rottweil, Schramberg, Tuttlingen und Villingen-Schwenningen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	51	Z	6.2.7.b)	6.2.7.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Villingen-Schwenningen sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	51	Z	6.2.8.a)	6.2.8.a) Z Wegen seiner Standortgunst an der Nahtstelle zwischen der Europäischen Metropolregion Stuttgart und den bedeutenden Erholungslandschaften des Schwarzwalds und der Schwäbischen Alb, wegen des starken Siedlungsdrucks, der notwendigen Abstimmung im Infrastrukturbereich und zur Schonung der landschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten sowie wegen des besonderen Koordinationsbedarfs im Zuständigkeitsbereich von vier Regierungsbezirken und vier Regionen werden besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Oberes Gäu festgelegt. Der Raum umfasst im Wesentlichen die Mittelbereiche Herrenberg (Region Stuttgart), Rottenburg (Region Neckar-Alb), Nagold und Horb (Region Nordschwarzwald).	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.2	Besondere regionale Entwicklungsaufgaben	-	-	51	Z	6.2.8.b)	6.2.8.b) Z Besondere regionale Entwicklungsaufgaben für den Raum Oberes Gäu sind ...	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.3	Räume mit Strukturschwächen	-	-	51	G	6.3.1	6.3.1 G Die Räume mit Strukturschwächen in der jeweils gültigen Abgrenzung sollen so gefördert werden, dass sie aus eigener Kraft ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Gleichzeitig sollen durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Ausbau des Nahverkehrs, erweiterte Angebote an Versorgungs- und sozialen Infrastruktureinrichtungen die Entwicklungsreserven in diesen Räumen mobilisiert werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.3	Räume mit Strukturschwächen	-	-	52	G	6.3.2.a)	6.3.2.a) G In den Räumen mit Strukturschwächen soll insbesondere die gewerbliche Wirtschaft gefördert werden. Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sollen durch strukturpolitisch sinnvolle Einrichtungen und Projekte im Rahmen der Infrastrukturförderung ergänzt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
6.3	Räume mit Strukturschwächen	-	-	52	Z	6.3.2.b)	6.3.2.b) Z Die Grundsätze für Raumkategorien sind dabei zu berücksichtigen, die Ziele zu beachten.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

C.1.1.2 EINHEITLICHER REGIONALPLAN
RHEIN-NECKAR, TEILRAUM
BADEN-WÜRTTEMBERG

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	G	1.1.1	1.1.1 Für die angestrebte räumliche Gesamtentwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar sind unter Beachtung sozial gerechter Lebensbedingungen neben der ökonomischen Leistungsfähigkeit die natürlichen Lebensgrundlagen gleichrangig zu sichern und zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	N/Z	1.1.2	N/Z 1.1.2 Für die Metropolregion Rhein-Neckar werden aufgrund der unterschiedlichen Siedlungs-, Wirtschafts-, Infra- und Freiraumstruktur in ihren Teilräumen und den sich daraus ergebenden raumordnerischen Erfordernissen folgende Raumkategorien in der Raumstrukturkarte festgelegt: - hochverdichteter Kernraum, - verdichtete Randzone und - ländlicher Raum.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	G	1.1.3	1.1.3 Der hochverdichtete Kernraum soll in seiner räumlichen Struktur gesichert und so weiterentwickelt werden, dass er seine übergeordneten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben unter Wahrung seiner Funktion als Lebensraum für die dort ansässige Bevölkerung erfüllen kann.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	G	1.1.4	1.1.4 Die verdichtete Randzone soll gesichert und so weiterentwickelt werden, dass dieser Raum sowohl Ergänzungsfunktionen für den hochverdichteten Kernraum wahrnehmen kann als auch zusätzliche Entwicklungsimpulse im ländlichen Raum auslöst. Dabei sollen Landschaftszersiedelung sowie Beeinträchtigungen der Wohn und Umweltqualität vermieden und Freiräume gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	G	1.1.5	1.1.5 Der ländliche Raum soll als eigenständiger und gleichwertiger Lebens- und Wirtschaftsraum gestärkt und so weiterentwickelt werden, dass sich seine Teilbereiche funktional ergänzen sowie seine landschaftliche Vielfalt und kulturelle Eigenart bewahrt bleiben. Günstige Wohnstandortbedingungen sollen gesichert und attraktive Arbeits-, Ausbildungs- und Versorgungsangebote sowie Infrastruktureinrichtungen wohnortnah bereitgestellt werden. Die vorhandenen Naturraumpotenziale mit ihren regional bedeutsamen ökologischen Funktionen sollen gesichert und nachhaltig weiterentwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Raumkategorien	Raum- und Siedlungsstruktur	-	1	G	1.1.6	1.1.6 Die Kommunen sollen unabhängig von ihrer Zuordnung zu einer Raumkategorie als gleichwertige Partner gemeinsam zur weiteren Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar beitragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	6	G	1.2.1.1	1.2.1.1 Überörtlich bedeutsame Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sollen in den Zentralen Orten konzentriert werden. Somit soll in allen Teilräumen der Metropolregion Rhein-Neckar eine angemessene Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden. Überörtlich bedeutsame Einrichtungen sollen räumlich in der Kernstadt beziehungsweise dem Hauptort des Zentralen Ortes gebündelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	6	G	1.2.1.2	1.2.1.2 Die in den Zentralen Orten bestehenden und geplanten Einrichtungen der überörtlichen Versorgung sollen nach Art und Kapazität so abgestimmt werden, dass ihre Reichweiten räumlich mit dem jeweiligen Verflechtungsbereich übereinstimmen. Dabei sollen die Versorgungsfunktionen von Zentralen Orten benachbarter Regionen auch außerhalb der Landes- und Staatsgrenzen berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	6	N	1.2.2.1	N 1.2.2.1 Oberzentren sind Heidelberg, Ludwigshafen am Rhein und Mannheim. Diese sind im jeweiligen Landesentwicklungsplan bzw. -programm festgelegt und in der Raumstrukturkarte dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	6	N	1.2.2.2	N 1.2.2.2 Die Oberzentren sind als Versorgungszentren großstädtischer Prägung weiterzuentwickeln. Sie haben die Aufgabe, die gesamte Region mit hochqualifizierten Leistungen im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich zu versorgen. Dabei sind eine räumlich-funktionale Arbeitsteilung und Kooperation zwischen ihnen zur bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung des Gesamttraumes anzustreben. Dies gilt insbesondere für das Doppelzentrum Mannheim/ Ludwigshafen am Rhein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	6	N	1.2.3.1	N 1.2.3.1 Mittelzentren (bzw. mittelzentrale Verbünde kooperierender Zentren) sind im baden-württembergischen Teilraum ... Die Mittelzentren und mittelzentralen Verbünde sowie die Mittelbereiche als zentralörtliche Verflechtungsbereiche der Mittelzentren sind im jeweiligen Landesentwicklungsplan bzw. -programm festgelegt und in der Raumstrukturkarte dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	7	N	1.2.3.2	N 1.2.3.2 Neben den überörtlichen Grundversorgungsaufgaben haben die Mittelzentren den gehobenen, spezialisierten Bedarf insbesondere an öffentlichen und privaten Dienstleistungen für ihren jeweiligen Verflechtungsbereich (Mittelbereich) sicher zu stellen. Die Mittelzentren Worms, Speyer und Landau in der Pfalz halten teilweise oberzentrale Funktionen vor. Das in der Raumstrukturkarte dargestellte Doppelzentrum Walldorf/ Wiesloch nimmt seine Aufgaben gemeinsam wahr. Zentralörtliche Einrichtungen sind untereinander abzustimmen. Die kooperierenden Mittelzentren sollen einen gemeinsamen Beitrag zur mittelzentralen Versorgung leisten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	7	Z	1.2.4.1	1.2.4.1 Grundzentren bzw. Unter- und Kleinzentren sind im baden-württembergischen Teilraum die Unterzentren ... Für den baden-württembergischen Teilraum sind die Nahbereiche als Verflechtungsbereiche der Unter- und Kleinzentren in der Raumstrukturkarte als Vorschlag dargestellt; die dargestellte Nahbereichsabgrenzung ist hier nicht verbindlich.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Zentrale Orte und deren Verflechtungsgebiete	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	8	Z	1.2.4.2	Z 1.2.4.2 Die über den örtlichen Bedarf der wohnungsnahen Grundversorgung einfacher Stufe hinausgehenden Versorgungsaufgaben zur Deckung des überörtlichen Grundversorgungsbedarfs sind jeweils in den Versorgungskernen der Grund-, Unter- und Kleinzentren zu bündeln und in ihrem Umfang auf die Größe des Verflechtungsbereichs (Nahbereichs) abzustimmen. Es ist vor allem in Grund-, Unter- und Kleinzentren im ländlichen Raum zu prüfen, ob das dort erreichte Niveau der überörtlichen, gehobenen Grundversorgung gleichwertige Lebensverhältnisse für Frauen und Männer in ihren jeweils unterschiedlichen Lebenssituationen gewährleistet. Die in der Raumstrukturkarte dargestellten Doppelzentren unterer Stufe und die kooperierenden Grundzentren Jockgrim und Rheinzabern nehmen ihre Aufgaben gemeinsam wahr. Zentralörtliche Einrichtungen sind untereinander abzustimmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.3	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	11	N, Z, V	1.3.1	N, Z, V 1.3.1 Großräumige Entwicklungssachsen sind: (Kaiserslautern) – Grünstadt – Frankenthal (Pfalz) – Ludwigshafen am Rhein – Mannheim – Heidelberg – Eberbach – Mosbach – Adelsheim/Osterburken – (Tauberbischofsheim) (Pirmasens) – Annweiler am Trifels – Landau in der Pfalz – Kandel – Wörth am Rhein – (Karlsruhe) Ludwigshafen am Rhein – Mannheim – Heidelberg – Sinsheim – (Heilbronn) Heidelberg – Neckargemünd – Meckesheim – Waibstadt/ Neckarbischofsheim – Aglasterhausen – Mosbach – Buchen (Odenwald) – Walldürn/Hardheim – (Tauberbischofsheim) Heidelberg – Eberbach – Mosbach – Haßmersheim – (Neckarsulm) (Mainz) – Worms – Frankenthal (Pfalz) – Ludwigshafen am Rhein – Schifferstadt – Speyer – Germersheim – Wörth am Rhein – (Karlsruhe/Straßburg) Ludwigshafen am Rhein – Schifferstadt – Haßloch – Neustadt a.d.Wstr. – Edenkoben – Landau in der Pfalz – Kandel – Wörth am Rhein – (Karlsruhe/Straßburg) (Frankfurt a.M./Darmstadt) – Bürstadt – Lampertheim – Mannheim – Schwetzingen – (Karlsruhe) (Darmstadt) – Bensheim – Heppenheim (Bergstraße) – Weinheim – Heidelberg – Walldorf/Wiesloch – (Karlsruhe) (Miltenberg) – Walldürn – Buchen (Odenwald) – Osterburken – Adelsheim – (Möckmühl) Die in der Raumstrukturkarte festgelegten großräumigen Entwicklungssachsen für den baden-württembergischen und hessischen Teilraum sind aus den LEP Baden-Württemberg und Hessen übernommen und regionalplanerisch ausgeformt. Zur Ergänzung des Achsensystems sind auch für den rheinlandpfälzischen Teilraum großräumige Entwicklungssachsen als Vorschlag in der Raumstrukturkarte dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	11	Z	1.3.2	Z 1.3.2 Als regionale Entwicklungssachsen werden festgelegt und in der Raumstrukturkarte dargestellt: (Monsheim) – Worms – Bürstadt – Lorsch – Bensheim Freinsheim – Lamsheim – Frankenthal (Pfalz) Bad Dürkheim – Maxdorf – Ludwigshafen am Rhein – Mannheim Mannheim – Viernheim – Weinheim – Birkenau – Mörlenbach – Rimbach – Fürth (Odenwald) Mudau – Buchen (Odenwald) (Kaiserslautern) – Lambrecht (Pfalz) – Neustadt a.d.Wstr. Speyer – Hockenheim – Schwetzingen – Heidelberg Speyer – Hockenheim – Walldorf/Wiesloch – Rauenberg – Sinsheim Landau in der Pfalz – Germersheim – (Waghäusel – Bad Schönborn) – Sinsheim – Waibstadt (Dahn) – Bad Bergzabern – Landau in der Pfalz/Kandel (Alzey) – Grünstadt – Bad Dürkheim – Neustadt a.d.Wstr. Landau in der Pfalz/Kandel – (Wissembourg) (Erbach) – Eberbach Eberbach – Waldbrunn – Limbach – Mudau – (Amorbach).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	12	G	1.3.3	1.3.3 Die Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar soll sich an den Entwicklungssachsen mit ihrer leistungsfähigen Bandinfrastruktur orientieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	G	1.4.1.1	1.4.1.1 Der Wohnungsbau soll in allen Teilräumen der Metropolregion Rhein-Neckar eine bedarfsgerechte Versorgung mit Wohnungen, insbesondere auch für Personen und Lebensgemeinschaften mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern und Lebensgemeinschaften mit großem Raumbedarf, ältere und betagte Menschen und Menschen mit Behinderungen, sicherstellen. Eine soziale Mischung ist anzustreben, soweit dies über planerische Instrumente steuerbar ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	G	1.4.1.2	1.4.1.2 Im Rahmen der Wohnbauflächenentwicklung sollen zusätzliche Wohnbauflächen zur Sicherung einer bedarfsgerechten und nachhaltigen Versorgung in der Metropolregion Rhein-Neckar sich an flächensparenden Siedlungskonzepten orientieren, unmittelbar an der bestehenden Siedlungsstruktur anknüpfen sowie vorrangig in räumlicher Nähe zu den Haltestellen des regionalbedeutsamen ÖPNV konzentriert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	G	1.4.1.3	1.4.1.3 Im Sinne der Konzeption einer „Region der kurzen Wege“ ist eine sinnvolle Zuordnung und Mischung der Wohn-, Arbeits-, Versorgungs- sowie Freizeit- und Erholungseinrichtungen anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	Z	1.4.1.4	Z 1.4.1.4 Der Innenentwicklung ist Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen. Verfügbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand wie z.B. Baulücken, Brach- und Konversionsflächen sind vorrangig vor anderen Flächenpotenzialen zu nutzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	Z	1.4.2.1	Z 1.4.2.1 Jeder Kommune in der Metropolregion Rhein-Neckar steht eine Wohnbauflächenentwicklung im Rahmen der Eigenentwicklung zu. Die Kommunen, deren Wohnbauflächenentwicklung sich aus besonderen Gründen ausschließlich an der Eigenentwicklung zu orientieren hat, sind im Anhang Nr. 1.1 festgelegt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	14	Z	1.4.2.2	Z 1.4.2.2 Die Ausweisung zusätzlicher, über die Eigenentwicklung hinausgehender Wohnbauflächen ist im Einklang mit den übrigen Zielen der Regional- und Landesplanung in den als „Siedlungsbereich Wohnen“ festgelegten Gemeinden bzw. Gemeindeteilen und auf die Zentralen Orte, die überwiegend an Entwicklungssachsen liegen, zu konzentrieren. Damit soll insbesondere der Wohnbauflächenbedarf aus Wanderungsgewinnen gedeckt werden. Dabei sind die Ausweisungen vorrangig an den Haltestellen des regionalbedeutsamen öffentlichen Personennahverkehrs zu orientieren (vgl. G 1.4.1.2 und G 3.1.1.2). Diese Gemeinden bzw. Gemeindeteile sind im Anhang Nr. 1.2 aufgelistet und in der Raumnutzungskarte als „Siedlungsbereiche Wohnen“ festgelegt.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Diesbzgl. wird auf die Erläuterungen zu den Erfassungskriterien in Kapitel 6.2.6 verweisen	Ja	Ja
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	15	G	1.4.2.3	1.4.2.3 Kommunen, die nicht Z 1.4.2.1 und Z 1.4.2.2 zugeordnet sind, sollen sich ebenfalls auf die Eigenentwicklung konzentrieren. Unter Berücksichtigung der sonstigen landes- und regionalplanerischen Vorgaben können bei entsprechender Nachfrage auch über den Eigenbedarf hinaus zusätzliche Flächen entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	15	G	1.4.2.4	1.4.2.4 Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll der in der „Wohnbauflächenbilanz Rhein-Neckar 2020“ im Anhang Nr. 2 festgelegte „Bevölkerungswert 2020“ zur Bevölkerungsentwicklung zugrunde gelegt werden. Dieser soll bei Bedarf in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und aktualisiert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	15	Z/G	1.4.2.5	Z/G 1.4.2.5 Bei dem Nachweis des Wohnbauflächenbedarfs auf Ebene der Flächennutzungsplanung ist die „Wohnbauflächenbilanz Rhein-Neckar 2020“ im Anhang Nr. 2 unter Berücksichtigung der übrigen Zielsetzungen dieses Plans zugrunde zu legen. Eine Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen durch die Flächennutzungsplanung der Kommunen ist nur zulässig, wenn ein entsprechendes Wohnbauflächendefizit nachgewiesen wird. Bei diesem Nachweis gilt der Flächenwert „Wohnbauflächenbedarf 2007-2020“ im Sinne eines Maximalwertes in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilräumen als verbindliches Ziel (Schwellenwert). Im baden-württembergischen Teilraum entspricht dieser maximale Flächenwert einem regionalplanerischen Grundsatz (Orientierungswert). Dem Flächenwert zum „Wohnbauflächenbedarf 2007-2020“ ist das vorhandene Wohnbauflächenpotenzial zum Zeitpunkt der Fortschreibung des Flächennutzungsplans gegenüberzustellen. Bereits realisierte Wohnbauflächen im Betrachtungszeitraum 2007-2020 sind in Abzug zu bringen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	15	G	1.4.2.6	1.4.2.6 Reicht der Zielhorizont des Flächennutzungsplans über das Jahr 2020 hinaus, wird der „Bevölkerungswert 2020“ und der Wohnbauflächenbedarfswert der „Wohnbauflächenbilanz Rhein-Neckar 2020“ in Abstimmung mit der Kommune über das Jahr 2020 hinaus fortgeschrieben.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
1.4	Wohnbauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungsentwicklung	15	G	1.4.2.7	1.4.2.7 Im Sinne einer flächensparenden Siedlungsentwicklung sollen in der Metropolregion Rhein-Neckar folgende Dichtewerte für Wohnbauflächen angestrebt werden: - Oberzentren 90 Einwohner/ha - Mittelzentren sowie im baden- 60/80 Einwohner/ha württembergischen Teilraum Unterzentren - Grundzentren im rheinland- 50/60 Einwohner/ha pfälzischen, Unterzentren im hessischen sowie Kleinzentren im baden-württembergischen Teilraum - sonstige Kommunen 40/50 Einwohner/ha Dabei gelten die höheren Werte für die Kommunen im hochverdichteten Kernraum, die niedrigeren Werte für die Kommunen in den verdichteten Randzonen und in den ländlichen Räumen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	Z	1.5.1.1	Z 1.5.1.1 Zur Sicherung der Standortvoraussetzungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar sind die verfügbaren Flächenpotenziale im Siedlungsbestand, wie z.B. Brach- und Konversionsflächen, vorrangig vor anderen Flächenpotenzialen zu nutzen. Für zusätzliche gewerbliche Bauflächen sind flächensparende Siedlungskonzeptionen zu wählen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	G	1.5.1.2	1.5.1.2 Zusätzliche gewerbliche Bauflächen sollen - an die bestehende Bebauung anknüpfen, - verkehrlich günstig liegen und möglichst auch an den ÖPNV und ggf. an den Schienengüterverkehr angebunden sein und - geringe ökologische Konflikte aufweisen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	G	1.5.1.3	1.5.1.3 Die interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausweisung und Entwicklung von gewerblichen Bauflächen soll verstärkt angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	Z	1.5.2.1	Z 1.5.2.1 Jeder Kommune in der Metropolregion Rhein-Neckar steht eine gewerbliche Entwicklung im Rahmen der Eigenentwicklung zu. Dabei ist die Flächenvorsorge vorrangig zur Eigenentwicklung der örtlichen gewerblichen Wirtschaft (Eigenbedarf) an den potenziellen Erfordernissen der ortsansässigen Unternehmen zu orientieren. Dies gilt sowohl für die Erweiterungsmöglichkeiten vorhandener und zukünftiger Standorte als auch für die Bereitstellung von Gewerbeflächen für notwendige Standortverlagerungen. Die Kommunen, deren gewerbliche Entwicklung sich vorrangig an der Eigenentwicklung zu orientieren hat, sind im Anhang Nr. 1.3 festgelegt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	Z	1.5.2.2	Z 1.5.2.2 In den „Siedlungsbereichen Gewerbe“ ist die Bestandssicherung und Weiterentwicklung vorhandener Betriebe vorrangige Aufgabe. Darüber hinaus sollen diese Standorte unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen angemessene Flächenreserven für ergänzende gewerbliche Neuansiedlungen vorhalten. Die Gemeinden bzw. Gemeindeteile mit verstärkter gewerblicher Siedlungsentwicklung sind als „Siedlungsbereich Gewerbe“ im Anhang Nr. 1.4 und in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Diesbzgl. wird auf die Erläuterungen zu den Erfassungskriterien in Kapitel 6.2.6 verweisen	Ja	Ja
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	25	Z	1.5.2.3	Z 1.5.2.3 Für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stärkung der Region als europäischer Wirtschaftsstandort besonders bedeutsame und geeignete Standorte in regionalen Gewerbeschwerpunkten sind als „Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik“ festgelegt. Die „Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik“ sind im Anhang Nr. 1.5 konkretisiert und in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein
1.5	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	26	Z	1.5.2.4	Z 1.5.2.4 Die „Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik“ sind von Planungen und Maßnahmen freizuhalten, die die vorgesehene Nutzung beeinträchtigen können. Großflächige Einzelhandelsansiedlungen bzw. -agglomerationen sowie Veranstaltungszentren sind unzulässig.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein
1.6	Gewerbliche Bauflächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	26	G	1.5.2.5	1.5.2.5 Kommunen, die nicht Z 1.5.2.1 bis Z 1.5.2.3 zugeordnet sind, sollen sich ebenfalls vorrangig auf die Sicherung und Weiterentwicklung vorhandener Betriebe konzentrieren. Im Einzelfall können bei entsprechender Nachfrage jedoch moderate Flächenreserven entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigungseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	N	1.6.1.1	N 1.6.1.1 Ehemals militärisch genutzte Flächen, deren Zweckbestimmung wegfällt, sollen einer Nachnutzung gemäß der Plansätze 1.6.1.2 bis 1.6.2.4 zugeführt werden. Sie sind in der Raumnutzungskarte als „Entwicklungsfläche militärische Konversion“ dargestellt.	Ja	Ja	Ja	Entwicklungsfläche militärische Konversion	-		Ja	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	G	1.6.1.2	1.6.1.2 Bei der Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen sollen auf kommunaler und regionaler Ebene raumstrukturell verträgliche und entwicklungsfördernde Folgenutzungen angestrebt werden, die zu einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar beitragen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	G	1.6.1.3	1.6.1.3 In der Metropolregion stehen kurz- und mittelfristig militärisch genutzte Flächen in erheblichem Umfang für andere Nutzungen zur Verfügung. Unter Beachtung kommunaler und regionaler Aspekte sollen regionalbedeutsame Konversionsflächen hinsichtlich ihrer Folgenutzung und der zeitlichen Perspektive für die Umnutzung mit allen relevanten kommunalen und regionalen Akteuren eng abgestimmt werden. Dies gilt auch für andere, erstmals für Siedlungszwecke genutzte Bauflächen, soweit sie regionalbedeutsam sind und Wechselwirkungen zu Konversionsflächen bestehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	G	1.6.2.1	1.6.2.1 Konversionsflächen mit hoher ökologischer Qualität oder entsprechendem Potenzial sollen in den jeweils angrenzenden Freiraumverbund einbezogen werden. Ebenso stellt eine Wiedernutzung für die Landwirtschaft eine Option dar. Dies gilt insbesondere für bisher überwiegend nicht baulich genutzte und unversiegelte Flächen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	Z	1.6.2.2	Z 1.6.2.2 Der örtliche Bedarf an Wohnbauflächen ist gemäß Z 1.4.1.4 neben anderen verfügbaren Flächenpotenzialen im Siedlungsbestand vorrangig auf militärischen Konversionsflächen zu decken, wenn diese für eine wohnbauliche Nutzung städtebaulich und raumordnerisch geeignet sind. Dies gilt in gleicher Weise gemäß Z 1.5.1.1 für den Bedarf an gewerblichen Bauflächen, wenn die Konversionsflächen für eine gewerbliche Nutzung städtebaulich und raumordnerisch geeignet sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	G	1.6.2.3	1.6.2.3 Für die gewerbliche Nutzung von Konversionsflächen sollen interkommunale Lösungsansätze geprüft und vorrangig angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	31	G	1.6.2.4	1.6.2.4 Bei der Nachnutzung der Konversionsflächen soll die Flächenbereitstellung für die Erzeugung erneuerbarer Energien geprüft werden. Vor dem Hintergrund des erheblichen Umfangs der zur Konversion anstehenden Flächen sollen in Abstimmung mit den Standort- soweit dies für die Bewältigung der Konversion insgesamt sinnvoll erscheint.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Militärische Konversionsflächen, Verteidigunseinrichtungen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Militär	32	N	1.6.3.1	N 1.6.3.1 Die Erfordernisse der zivilen und militärischen Verteidigung sowie des Katastrophenschutzes sollen berücksichtigt werden. Insbesondere die militärischen Anlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. In den „Sonderflächen Bund“ hat die militärische Nutzung solange Vorrang, wie der militärische Status besteht bzw. die Entwidmung im Konversionsfalle nicht abgeschlossen ist. Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.	Ja	Ja	Ja	Sonderfläche Bund	-	-	Ja	Nein
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie, Entwick-lung der Versorgungs-struktur	36	G	1.7.1.1	1.7.1.1 Die verbrauchernahe Versorgung (Nahversorgung) zur Deckung des kurzfristigen, täglichen Bedarfs (insbesondere mit Lebensmitteln) soll in allen Städten und Gemeinden der Metropolregion Rhein-Neckar gewährleistet und sichergestellt werden. Hierzu soll eine auf die örtliche Grundversorgung abgestimmte Ansiedlung und Sicherung von Einzelhandelsbetrieben in räumlicher und funktionaler Zuordnung zu den Stadt- und Ortsteilzentren angestrebt werden. Die für den Fußgänger- und Fahrradverkehr gut erschlossenen sowie mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbaren integrierten Standorte sollen gefördert und gesichert werden. Dabei sollen die Belange von nicht motorisierten und in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen, Familien mit Kindern, Personen, die Beruf und Familie vereinbaren, älteren und betagten Menschen und Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	36	Z	1.7.2.1	Z 1.7.2.1 Die raumordnerische Verträglichkeit von Einzelhandelsgroßprojekten ist gemäß Z 1.7.2.2 bis Z 1.7.2.5 nachzuweisen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	36	Z	1.7.2.2	Z 1.7.2.2 Einzelhandelsgroßprojekte sind in der Regel nur in den Ober-, Mittel- sowie in Baden-Württemberg in den Unterzentren zulässig. In Rheinland-Pfalz gilt dies auch in den Grundzentren für Vorhaben bis max. 2.000 m2 Verkaufsfläche. Ausnahmsweise kommen für Einzelhandelsgroßprojekte auch andere Standortgemeinden5 in Betracht, wenn dies ausschließlich zur Sicherung der Nahversorgung geboten ist und keine negativen Auswirkungen auf Ziele der Raumordnung zu erwarten sind. Für den baden-württembergischen Teil gilt die Ausnahmeregelung für andere Standortgemeinden auch dann, wenn diese in Verdichtungsräumen liegen und mit Siedlungsbereichen benachbarter Ober-, Mittel- oder Unterzentren zusammengewachsen sind. Z 1.7.2.3 bis Z 1.7.2.5 gelten entsprechend.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	36	Z	1.7.2.3	Z 1.7.2.3 Verkaufsfläche, Warensortiment und Einzugsbereich von Einzelhandelsgroßprojekten sind insbesondere auf die Einwohnerzahl der Standortgemeinde und deren Verflechtungsbereich sowie auf Kongruenzgebot die zentralörtliche Funktionsstufe abzustimmen. Dabei darf der zentralörtliche Verflechtungsbereich nicht wesentlich überschritten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	Z	1.7.2.4	Z 1.7.2.4 Einzelhandelsgroßprojekte dürfen die städtebauliche Entwicklung, Ordnung und Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Standortgemeinde, anderer Zentraler Orte sowie die Nahversorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich nicht wesentlich beeinträchtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	Z	1.7.2.5	Z 1.7.2.5 Einzelhandelsgroßprojekte sind an städtebaulich integrierten Standorten anzusiedeln. Ausnahmsweise kommen für Vorhaben mit nicht zentrenrelevanten Warensortimenten (vgl. Sortimentsliste; Begründung zu Z 1.7.3.3) entsprechend Z 1.7.3.2. auch andere Standorte in Betracht.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	Z	1.7.2.6	Z 1.7.2.6 Hersteller-Direktverkaufszentren sind nur an integrierten Standorten von Oberzentren zulässig. Ausnahmsweise kommen hierfür auch Mittelzentren in Betracht, sofern die raumordnerischen Zielvorgaben gemäß Z 1.7.2.3 bis Z 1.7.2.5 eingehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungs- struktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	G	1.7.2.7	1.7.2.7 Neue Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte sollen mit einem entsprechend der Größe sowie dem Einzugsbereich des Vorhabens angemessenen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	Z	1.7.3.1	Z 1.7.3.1 In den Ober-, Mittel- sowie im baden-württembergischen Teilraum in den Untertzentren sind Einzelhandelsgroßprojekte in den in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten „Zentralörtlichen Standortbereichen für Einzelhandelsgroßprojekte“ anzusiedeln. Die Ausweisung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten mit zentrenrelevanten Sortimenten (vgl. Sortimentsliste in der Begründung) ist nur in diesen Standortbereichen zulässig. Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevanten Sortimenten, die ausschließlich der Nahversorgung dienen (vgl. Sortimentsliste; Begründung zu Z 1.7.3.3) kommen ausnahmsweise auch an anderen integrierten Standorten in Betracht, sofern keine schädlichen Wirkungen insbesondere auf „zentrale Versorgungsbereiche im Sinne des BauGB“ und die verbrauchernahe Versorgung der Standortgemeinde sowie anderer Gemeinden und deren Ortskerne zu erwarten sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	37	Z	1.7.3.2	Z 1.7.3.2 Einzelhandelsgroßprojekte mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten sind auch in den in der Raumnutzungskarte gebietsscharf festgelegten „Ergänzungsstandorten für Einzelhandelsgroßprojekte“ zulässig, sofern für solche Betriebe in den „Zentralörtlichen Standortbereichen für Einzelhandelsgroßprojekte“ keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen. Im Einzelfall ist die Ausweisung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten außerhalb der „Ergänzungsstandorte für Einzelhandelsgroßprojekte“ ausnahmsweise möglich, wenn in diesen keine geeigneten Flächen verfügbar sind, die raumordnerische Verträglichkeit entsprechend Z 1.7.2.1 nachgewiesen wird und sich das Vorhaben in ein kommunales Einzelhandelskonzept einfügt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	Z	1.7.3.3	Z 1.7.3.3 Zentrenrelevante Randsortimente sind in den „Ergänzungsstandorten für Einzelhandelsgroßprojekte“ sowie in den unter Z 1.7.3.2 definierten Ausnahmefällen zulässig, sofern sie gemäß Z 1.7.2.1 raumordnerisch abgestimmt sind. Sie sind auf insgesamt maximal zehn Prozent der Gesamtverkaufsfläche, höchstens jedoch 800 m2 Verkaufsfläche zu begrenzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	Z	1.7.4.1	Z 1.7.4.1 Mehrere nicht großflächige Einzelhandelsbetriebe, bei denen auf Grund ihrer engen räumlichen und funktionalen Verknüpfung negative raumordnerische und städtebauliche Auswirkungen zu erwarten sind (Agglomeration), sind zu vermeiden und raumordnerisch wie ein Einzelhandelsgroßprojekt zu beurteilen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	G	1.7.4.2	1.7.4.2 Bestehende großflächige Einzelhandelsbetriebe an Standorten außerhalb der „Zentralörtlichen Standortbereiche und der „Ergänzungsstandorte für Einzelhandelsgroßprojekte“ genießen Bestandsschutz. Bestandsorientierte Modernisierungen sollen unter Beachtung der vorstehenden Plansätze auf ihre Raumverträglichkeit geprüft werden. Eingetretene raumordnerische und städtebauliche Fehlentwicklungen dürfen dabei nicht weiter verfestigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	G	1.7.4.3	1.7.4.3 Die Städte und Gemeinden in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen zur Stabilisierung ihrer innerstädtischen Versorgungs- und Einzelhandelsstrukturen sowie zur Sicherung der Nahversorgung in Abstimmung mit der Regionalplanung kommunale/interkommunale Einzelhandelskonzepte erarbeiten. Auf der Grundlage von Einzelhandelskonzepten sollen alle Bebauungspläne mit GE- bzw. GI-Festsetzungen an die jeweils aktuelle Baunutzungsverordnung angepasst werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Einzelhandelsgroßprojekte	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	38	G	1.7.4.4	1.7.4.4 Bei Einzelhandelsgroßprojekten, die sich über Staats- und Landesgrenzen hinaus auswirken, soll eine frühzeitige Information und Abstimmung erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.1	Z 2.1.1 Die Regionalen Grünzüge dienen als großräumiges Freiraumsystem dem langfristigen Schutz und der Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie dem Schutz und der Entwicklung der Kulturlandschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar. Sie sichern die Freiraumfunktionen Boden, Wasser, Klima, Arten- und Biotopschutz sowie die landschaftsgebundene Erholung. Die Regionalen Grünzüge sind in der Raumnutzungskarte als Vorranggebiete festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.2	Z 2.1.2 Die Grünzäsuren haben die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung und das Zusammenwachsen von Siedlungsgebieten zu verhindern. Sie stellen Verbindungen örtlicher Grünbereiche mit den Regionalen Grünzügen her und dienen als Klimaschneisen, Lebens- sowie Vernetzungsräume für Tiere und Pflanzen sowie als siedlungsnaher Erholungszonen. Die Grünzäsuren sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	Grünzäsur	-	-	Ja	Ja
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.3	Z 2.1.3 In den Regionalen Grünzügen und in den Grünzäsuren darf in der Regel nicht gesiedelt werden. In den Grünzügen sind technische Infrastrukturen und Verkehrsinfrastrukturen sowie privilegierte Vorhaben im Sinne von § 35 (1) BauGB zulässig, die die Funktionen der Grünzüge nicht beeinträchtigen, im überwiegenden öffentlichen Interesse notwendig sind oder aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können. Letzteres gilt auch für den Rohstoffabbau. In den Grünzäsuren sind raumbedeutsame Vorhaben im Sinne von § 29 BauGB unzulässig. Die Erweiterung standortgebundener technischer Infrastrukturen ist ausnahmsweise möglich.	Ja	Ja	Ja	Reg. Grünzug	-	-	Ja	Ja
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	G	2.1.4	2.1.4 Die Regionalparkstrategie für den Regionalpark Rhein-Neckar der Metropolregion greift die landschaftlichen Potenziale der einzelnen Teilräume der Region auf. Die Leitprojekte des Regionalparkkonzeptes sollen das zusammenhängende System der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren qualitativ aufwerten, Freiräume erlebbar machen, die Identität der Kulturlandschaft fördern, ökologisch wertvolle Bereiche sichern und die Erholungseignung verbessern.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	55	G	2.2.1.1	2.2.1.1 Die ökonomischen und sozialen Ansprüche an Natur und Landschaft sollen mit deren ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Die für die Arten der heimischen Tier- und Pflanzenwelt bedeutsamen Standorte und landschaftlichen Gegebenheiten sollen in ihrer besonderen Eigenart und in ihrer räumlichen Vernetzung langfristig und nachhaltig erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht hinreichend inhaltlich konkretisiert	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Naturschutz	55	Z	2.2.1.2	Z 2.2.1.2 In den „Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege“ haben die Ziele des Naturschutzes und Maßnahmen, die dem Aufbau, der Entwicklung und Gestaltung eines regionalen, räumlich und funktional zusammenhängenden Biotopverbundsystems dienen, Vorrang vor entgegenstehenden oder beeinträchtigenden Nutzungsansprüchen. Sie dienen der Erhaltung und Entwicklung heimischer Pflanzen- und freilebender Tierarten mit dem Ziel der Sicherung der Biodiversität. Die „Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Naturschutz	55	G	2.2.1.3	2.2.1.3 Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sollen als ergänzende Bestandteile eines regionalen Biotopverbundes gesichert und entwickelt werden. Den gebietspezifischen Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes soll besonderes Gewicht gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen gegeben werden. Eine an die Ziele des Naturschutzes angepasste Nutzung, Bewirtschaftung und Pflege ist zu fördern. Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Bodenschutz	55	G	2.2.2.1	2.2.2.1 Alle Bodenfunktionen sollen langfristig gesichert werden. Dazu soll bzw. sollen - der Bodenverbrauch entscheidend reduziert und Überbauungen aller Art nach Möglichkeit auf Böden konzentriert werden, die aus land- und forstwirtschaftlichen sowie landespflegerischen Gründen weniger schutzbedürftig sind, - nicht-stoffliche Belastungen wie Bodenerosion, Bodenverdichtung, Verlagerung, Aufschüttung und Versiegelung des Bodens vermieden bzw. auf ein vertretbares Maß reduziert werden, - Bodenverunreinigungen vermieden und vorhandene Schädigungen abgebaut werden, - die Bewirtschaftung von Wald und Flur standortangepasst erfolgen und langfristig eine vielfältige, räumlich und zeitlich abwechslungsreiche Bodennutzung unter Beachtung agrarstruktureller Belange angestrebt werden, - der Verlust an belebter Bodensubstanz so gering wie möglich gehalten werden und - Ausgleichsmaßnahmen nach Naturschutzrecht vorrangig auf Böden mit geringen Bodenfunktionen und nicht auf Böden mit hoher Ertragsfähigkeit durchgeführt werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Böden sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Böden sind auszuschließen.	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Bodenschutz	56	G	2.2.2.2	2.2.2.2 Zur Reduzierung des Bodenverbrauchs und zur häushälterischen Nutzung des Bodens sollen neben den Zielen und Grundsätzen der Plankapitel 1.4 und 1.5 insbesondere die Prinzipien Ausbau vor Neubau und Bündelung statt Neutrassierung angewandt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Wasser-wirtschaft	Grundwasserschutz	56	G	2.2.3.1	2.2.3.1 Das Grundwasser in der Metropolregion Rhein-Neckar soll flächenhaft geschützt werden. Zur Gewährleistung eines guten chemischen und mengenmäßigen Zustandes soll bzw. sollen - Freiflächen erhalten bzw. deren flächensparende und grundwasserschonende Inanspruchnahme durch konkurrierende Nutzungsansprüche sichergestellt, - die Grundwasserneubildung unterstützt und - der Grundwasserkörper vor schädlichen Stoffeinträgen geschützt werden.	Ja	Nein	-	-	-	Bauzeitliche Vorhabenswirkungen auf das Grundwasser sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nur punktuell und temporär. Raumbedeutsame Auswirkungen auf das GW sind i.d.R. auszuschließen. Eine Berücksichtigung der GW-Belange erfolgt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete GW	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Wasser-wirtschaft	Grundwasserschutz	56	Z	2.2.3.2	Z 2.2.3.2 Zur langfristigen Sicherung der Wasserversorgung werden besonders schützenswerte Grundwasservorkommen als „Vorranggebiete für den Grundwasserschutz“ festgelegt. In diesen Gebieten haben die Belange des Grundwasserschutzes Vorrang vor solchen Nutzungsansprüchen, die zu einer Beeinträchtigung der Qualität oder der Nutzungsmöglichkeiten der Grundwasservorkommen führen. Die „Vorranggebiete für den Grundwasserschutz“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Wasser-wirtschaft	Grundwasserschutz	56	G	2.2.3.3	2.2.3.3 In den „Vorbehaltsgebieten für den Grundwasserschutz“ sollen die Belange des Grundwasserschutzes bei der Abwägung mit Nutzungen, von denen gefährdende Wirkungen auf das Grundwasser ausgehen können, besonders berücksichtigt werden. Zur Gefahrenvorsorge sollen in diesen Gebieten konkurrierende oder schädliche Fremdnutzungen vermieden werden. Die „Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Wasser-wirtschaft	Grundwasserschutz	56	G	2.2.3.4	2.2.3.4 Die öffentliche Trinkwasserversorgung soll durch eine konsequente Weiterführung der Ausweisung von Wasserschutzgebieten im erforderlichen Umfang gesichert werden. Wasserschutzgebiete sollen alle Flächen einbeziehen, von denen ein Einfluss auf das genutzte Grundwasser ausgehen kann. In den Wasserschutzgebieten sollen das entsprechende Schutzniveau erhalten und Beeinträchtigungen vermieden werden. Die Wasserschutzgebiete sind in der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Wasser-wirtschaft	Grundwasserschutz	57	G	2.2.3.5	2.2.3.5 In Gebieten mit geringen Grundwasserflurabständen soll auf eine den Grundwasserverhältnissen angepasste Nutzung geachtet werden. Im Rahmen der Bauleitplanung sollen entsprechende Flächen gekennzeichnet werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Gewässerschutz	57	G	2.2.4.1	2.2.4.1 Oberflächengewässer einschließlich ihrer Auen sollen im Hinblick auf ihre vielfältigen Aufgaben und Funktionen in ihrem naturnahen Zustand erhalten bzw. in einen solchen versetzt werden. Entwicklungsziel ist die Wiederherstellung eines guten ökologischen und chemischen Zustandes. Für erheblich veränderte und künstliche Gewässer ist die Erreichung eines guten ökologischen Potenzials anzustreben.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Gewässerschutz	57	G	2.2.4.2	2.2.4.2 Im Rahmen ganzheitlicher, einzugsgebietsbezogener Planungen sollen - die naturraumtypische Form und Struktur des Gewässerbettes, - die natürliche Gewässerdynamik, - das Hochwasserretentions- und Regenerationsvermögen der Gewässer, - die naturraumtypische Gewässerflora und -fauna, - die Durchgängigkeit der Gewässer für Lebewesen einschließlich der Sicherstellung einer ausreichenden Mindestwasserführung sowie - das landschaftlich vorteilhafte Erscheinungsbild der Gewässer geschützt und bei ausgebauten, naturfernen Gewässern wiederhergestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	57	G	2.2.5.1	2.2.5.1 Hochwasser sind Naturereignisse, deren möglichst natürliche Rückhaltung und gefahrlose Ableitung bei allen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden sollen. Zur Vermeidung künftiger Schäden sollen alle zur Umsetzung eines nachhaltigen Hochwasserrisikomanagements erforderlichen Maßnahmen zur Anwendung kommen. Insbesondere sollen - Fließgewässer und ihre Auen freigehalten bzw. wiederhergestellt, - Hochwasserspitzen durch vorbeugende Maßnahmen in der Fläche reduziert und - Schadensrisiken in den überschwemmungsgefährdeten Bereichen (vgl. Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt) durch angepasste Nutzungen gemindert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz aufgegriffen.	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	Z	2.2.5.2	Z 2.2.5.2 Zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen, zur Hochwasserrückhaltung, zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken sowie zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung werden „Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz“ festgelegt. In diesen Vorranggebieten haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen. Sie sind von hochwassersensiblen Nutzungen, insbesondere von weiterer Bebauung sowie von Vorhaben, die den Abfluss beeinträchtigen bzw. zu Retentionsraumverlusten führen, freizuhalten. Unvermeidbare Vorhaben und Maßnahmen im öffentlichen Interesse sind ausnahmsweise möglich, wenn die Erfordernisse des Hochwasserschutzes gewahrt bleiben. Die „Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	G	2.2.5.3	2.2.5.3 „Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz“ dienen der Vermeidung und Minderung von zusätzlichen Schadensrisiken. In diesen Vorbehaltsgebieten sollen die Belange des Hochwasserschutzes bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besonders berücksichtigt werden. Zudem soll in ihnen nicht gebaut werden. Die „Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	G	2.2.5.4	2.2.5.4 In den überschwemmungsgefährdeten Siedlungsbereichen (vgl. Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt) soll auf das Hochwasserrisiko besondere Rücksicht genommen werden. Je nach konkreter Gefahrenlage sollen im Rahmen der Bauleitplanung und bei privaten, gewerblichen sowie industriellen Einzelvorhaben die Möglichkeiten der Bauvorsorge einschließlich einer hochwasserangepassten Lagerung wassergefährdender Stoffe ausgeschöpft werden.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die überschwemmungs-gefährdeten Siedlungsbereiche sind über die Siedlungsbereiche Wohnen und Gewerbe mit erfasst (vgl. Kapitel 6.2.6)	Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	G	2.2.5.5	2.2.5.5 Der Hochwassergefahr soll bereits am Entstehungsort begegnet werden, insbesondere durch den Wasserrückhalt in der Fläche, die Bereitstellung von zusätzlichen Hochwasserabfluss- und Retentionsräumen, die Verringerung der Abflussgeschwindigkeit sowie die Erhöhung der Speicherkapazität des Bodens.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	G	2.2.5.6	2.2.5.6 Zur Minimierung verbleibender Schadensrisiken für bebaute Gebiete, soll der vorbeugende Hochwasserschutz dort, wo die natürliche oder dezentrale Rückhaltung sowie der naturgemäße Ausbau der Fließgewässer nicht ausreichen und ein öffentliches Interesse besteht, durch technisch-bauliche Maßnahmen ergänzt werden. Bei der Bemessung von neuen Hochwasserschutzanlagen sollen die erwarteten Folgen des Klimawandels bereits jetzt berücksichtigt und bei Bedarf ein Klimaänderungsfaktor einbezogen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Hochwasserschutz	58	G	2.2.5.7	2.2.5.7 Ein Schwerpunkt des technischen Hochwasserschutzes am Oberrhein stellt die Fortführung der grenzüberschreitend vereinbarten Hochwasserschutzmaßnahmen dar. Zur Erreichung der ehemals vorhandenen 200-jährlichen Hochwassersicherheit sollen diese beschleunigt fertiggestellt werden. Bereits gebaute sowie Hochwasserschutzmaßnahmen am Oberrhein geplante Rückhalteräume sind in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellt. Zur Verringerung der Hochwassergefahr am Oberrhein soll die Bereitstellung zusätzlicher Hochwasserabfluss- und Retentionsräume als potenzielle Entlastungsräume geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	-	59	G	2.2.6.1	2.2.6.1 Die Kalt- und Frischluftentstehungsgebiete sowie die Kalt- und Frischluftabflussbahnen sollen gesichert, offengehalten und soweit erforderlich wiederhergestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	-	59	G	2.2.6.2	2.2.6.2 Die für den Ausgleich siedlungsklimatischer Belastungen wichtigen klimaökologisch wertvollen Freiflächen sind ein Begründungselement der Regionalen Grünzüge/Grünzäsuren. Diese Freiräume sind von Bebauung und anderen Maßnahmen, die die Produktion bzw. den Transport frischer und kühler Luft behindern können, freizuhalten (vgl. Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	-	59	G	2.2.6.3	2.2.6.3 In den klimatisch wertvollen Gebieten soll darauf geachtet werden, dass Anlagen mit jeglichen störenden Emissionen die bodennahen Luftströmungen in ihrem Verlauf nicht behindern oder mit Schadstoffen belasten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung,Tourismus-schwerpunkte	59	G	2.2.7.1	2.2.7.1 Die landschaftlichen Potenziale der Metropolregion Rhein-Neckar sollen für die touristische Nutzung und für die Naherholung gesichert und weiterentwickelt werden. In der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt sind die für die landschaftsbezogene Erholung und für den Tourismus besonders bedeutenden Räume dargestellt.	Ja	Ja	Ja	Bereiche mit besonderer Bedeutung für (Fremdenverkehr und) Naherholung	-		Ja	Ja
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Tourismusschwer-punkte	59	G	2.2.7.2	2.2.7.2 Die für den Freizeit- und Erholungsbedarf der Bevölkerung und zur Tourismusförderung notwendigen Freiräume und Einrichtungen sollen nachhaltig genutzt werden. Deren Eignung soll qualitativ gesichert und entwickelt werden durch: - Vernetzung von Freiräumen, - Verbesserung der Zugänglichkeit und Besucherlenkung, - Schaffung gemeindeübergreifender Freiraumverbindungen zur Gliederung, Gestaltung und ökologischen Verbesserung der Erholungs- und Erlebnisräume. Dabei sollen regionale Naherholungskonzepte und Regionalentwicklungsprojekte die Nutzung der Angebote optimieren. Auf eine stärkere interkommunale Kooperation der einzelnen Kommunen, der Naturparkträger und der touristischen Partner ist hinzuarbeiten.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die "Bereiche mit besonderer Bedeutung für (Fremdenverkehr und) Naherholung" erfasst.	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Tourismus-schwerpunkte	59	G	2.2.7.3	2.2.7.3 Zur Verbesserung der Wettbewerbschancen zwischen den touristischen Destinationen soll die Kooperation der touristischen Partner in der Metropolregion Rhein-Neckar gefördert werden. Die Potenziale für den wirtschaftlichen Nutzen des Binnentourismus sollen gezielt weiterentwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen	60	G	2.2.7.4	2.2.7.4 Die innerörtlichen und ortsnahen Erholungseinrichtungen sollen fußläufig und mit Radwegen oder mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln erschlossen werden. Damit soll die nachhaltige Erreichbarkeit der Flächen aus den Siedlungen heraus und der funktionale Verbund der innerörtlichen mit den überörtlichen Naherholungsbereichen gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Gebiete zum Zwecke der Verteidigung	Altlasten und Konversion	60	G	2.2.7.5	2.2.7.5 Für die Naherholung geeignete ehemals militärisch genutzte Flächen sollen dementsprechend umgenutzt werden (vgl. G 1.6.2.1).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Tourismusschwer-punkte	60	G	2.2.7.6	2.2.7.6 Zur Sicherung des Freiraums sollen bei der Standortwahl von Einrichtungen für Tourismus und Erholung folgende Punkte berücksichtigt werden: - die Einrichtungen sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, eine umweltverträgliche Mobilität vor Ort soll gewährleistet sein, - mit baulichen Anlagen verknüpfte Einrichtungen sollen sich an der bestehenden Siedlungsstruktur orientieren, - in Teilräumen mit großer Bedeutung für die landschaftsgebundene stille Erholung oder für den Arten- und Biotopschutz sollen keine publikumsintensiven Einrichtungen errichtet werden. Die Erholung für die Allgemeinheit, insbesondere die landschaftsgebundene Erholung, soll Vorrang gegenüber anderen Formen der Freizeitnutzung haben. - die landschaftsgerechte und ökologisch verträgliche Erweiterung von Einrichtungen soll Vorrang vor Neuanlagen haben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Tourismusschwer-punkte	60	G	2.2.7.7	2.2.7.7 Die Einrichtungen für Tourismus und Erholung sollen auf die Ansprüche der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum-schutz	Landschaftsschutz	60	G	2.2.8.1	2.2.8.1 Die Kulturlandschaften in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen in ihrer naturraumtypischen Ausprägung mit ihren charakteristischen Nutzungsformen und -strukturen erhalten werden. Ihre Identität und ihre Verschiedenartigkeit soll gesichert und die landschaftliche Attraktivität als wichtiger Standortfaktor der Region weiter erhöht werden. Für die Kulturlandschaften sollen im Rahmen einer nachhaltigen Regionalentwicklung neue zukunftsfähige Handlungsfelder, insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft, den Tourismus, die Freizeit und Naherholung, die regionale Wirtschaft, den Naturschutz sowie die Stadt- und Dorfentwicklung, eröffnet werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht hinreichend inhaltlich konkretisiert	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Raum- und Siedlungs-struktur	Siedlungsentwicklung	60	G	2.2.8.2	2.2.8.2 Die zahlreichen Bau-, Kultur- und Bodendenkmäler in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen erhalten, gepflegt, vor Beeinträchtigungen nachhaltig bewahrt und durch rücksichtsvolle Planung zur Wirkung gebracht werden. Hierzu sollen in ihrem Gesamtcharakter bedeutende bauliche Anlagen, prägende Ortsgrundrisse, kennzeichnende Straßen-, Platz- und Ortsbilder sowie historische Park und Gartenanlagen als Denkmalzonen ausgewiesen und durch kommunale Gestaltungssatzungen in ihrer Ensemblewirkung erhalten und gepflegt werden. Denkmalpflege und Denkmalschutz sowie der Erhalt von Kulturdenkmälern sollen zur Sicherung von identitätsstiftenden Siedlungsformen und Kulturlandschaften gefördert werden. Die Kulturdenkmäler sollen in die städtebauliche Entwicklung und Raumordnung einbezogen werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe - Die Thematik wird jedoch im Entwurf zum Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen	-	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Raum- und Siedlungs-struktur	Siedlungsentwicklung	61	G	2.2.8.3	2.2.8.3 Das Orts- und Landschaftsbild soll durch Maßnahmen der Stadt-, Orts- und Regionalentwicklung identitätsfördernd weiterentwickelt werden. Dabei soll bzw. sollen - die Charakteristik des gewachsenen Ortsbildes und die naturraumtypische und kulturhistorisch bedingte Eigenart des Landschaftsbildes bei Entwicklungsvorhaben berücksichtigt, - an die standortprägenden Erscheinungsformen des Orts- und Landschaftsbildes angeknüpft und - das Orts- und Landschaftsbild in Eigenart, Vielfalt und Schönheit, Besonderheit und visuell-ästhetischem Erlebniswert nicht mehr als unbedingt erforderlich verändert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	nicht hinreichend räumlich konkretisiert	Nein	-
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forst-wirtschaft	Landwirtschaft	78	G	2.3.1.1	2.3.1.1 Die landwirtschaftlichen Flächen und ihre wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Funktionen sollen nachhaltig gesichert und entwickelt werden. Die Landwirtschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar soll zur Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln beitragen. Art und Intensität der landwirtschaftlichen Bodennutzung sollen so ausgerichtet werden, dass die Nutzbarkeit der Naturgüter, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Landschaftsbild und damit auch die Erholungsfunktion nachhaltig gesichert und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft aufgegriffen.	Nein	-
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forst-wirtschaft	Landwirtschaft	78	Z	2.3.1.2	Z 2.3.1.2 Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist in den „Vorranggebieten für die Landwirtschaft“ eine außerlandwirtschaftliche Nutzung nicht zulässig. Nutzungseinschränkungen durch Rechtsverordnungen zum Schutz der Umwelt bzw. aufgrund von Flächenwidmungen für naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen sind einzuhalten. Die Inanspruchnahme von Landwirtschaftsflächen für technische Infrastrukturen und Verkehrs- sowie Windenergieanlagen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur im Außenbereich realisiert werden können, sind ausnahmsweise möglich. Die „Vorranggebiete für die Landwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forst-wirtschaft	Landwirtschaft	78	G	2.3.1.3	2.3.1.3 Die „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft“ sollen vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben und im Falle fehlender Alternativen nur in unbedingt notwendigem Umfang für andere Zwecke in Anspruch genommen werden. Die „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	78	G	2.3.2.1	2.3.2.1 Die vorhandenen Waldflächen in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen zur Erfüllung der ökologischen (Bodenschutz, Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Klima- und Naturschutz, Biodiversität), ökonomischen (Rohstoffproduktion, Arbeitsplätze) und sozialen (Erholungseignung) Funktionen erhalten werden. Diese Funktionen des Waldes sowie dessen typische Ausprägung als Element der Kulturlandschaften sollen durch eine naturnahe und nachhaltige Forstwirtschaft gesichert und weiterentwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird zum einen über die Vorranggebiete für Wald/Forstwirtschaft aufgegriffen. Zum anderen werden die umweltfachlichen Aspekte dieses Ziels im Umweltbericht, Schutzgut Mensch, berücksichtigt.	Nein	-
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	78	Z	2.3.2.2	Z 2.3.2.2 Die „Vorranggebiete für Wald und Forstwirtschaft“ dienen der Sicherung und Entwicklung der Waldfunktionen und Waldstrukturen. Diese Vorranggebiete dürfen für andere Nutzungen und Funktionen, die den Wald und seine Funktionen beeinträchtigen können, nicht in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Wald für technische Infrastrukturen und Verkehrs- sowie Windenergieanlagen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur im Außenbereich realisiert werden können, sind ausnahmsweise möglich. Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist darauf zu achten, dass sowohl die natürliche Eignungsgrundlage dieser Bereiche als auch deren wirtschaftliche Nutzbarkeit nicht gefährdet bzw. nach Möglichkeit verbessert werden. Die „Vorranggebiete für Wald und Forstwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	79	G	2.3.2.3	2.3.2.3 In den „Vorbehaltsgebieten für Wald und Forstwirtschaft“ sollen die Waldflächen mit besonderen ökologischen und sozialen Funktionen nur in unbedingt notwendigem Umfang für andere Bodennutzungsarten umgewandelt werden. Die „Vorbehaltsgebiete für Wald und Forstwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Nein
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	79	G	2.3.2.4	2.3.2.4 In der Rheinebene soll zur Verbesserung des Klimas, der Luftreinhaltung, der Erholungsfunktionen, des Trinkwasserschutzes sowie aus landschaftsökologischen Gründen neben der Sicherung der vorhandenen Waldbestände eine Vergrößerung der Waldfläche angestrebt werden. Hierbei sind die Belange der Landwirtschaft und des Naturschutzes zu berücksichtigen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	79	G	2.3.2.5	2.3.2.5 Im Pfälzerwald und Odenwald sollen nur dann Neuaufforstungen erfolgen, wenn diese die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes verbessern, die Klimafunktion berücksichtigen und das Landschaftsbild dadurch nicht beeinträchtigt wird. Eine dauerhafte Offenhaltung von Tälern, im Einzelfall auch die Vergrößerung offener Tallagen, ist anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	79	G	2.3.2.6	2.3.2.6 Die Rahmenbedingungen zur Verwendung des Holzes als nachwachsendem Rohstoff (z.B. als Baumaterial) und als Energieträger sollen verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	84	G	2.4.1.1	2.4.1.1 Bei der Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen soll berücksichtigt werden, dass ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Bergbaufolgegebiete	84	G	2.4.1.2	2.4.1.2 Geplante Folgenutzungen der Abbaustätten sowie Rekultivierungsmaßnahmen sollen frühzeitig festgelegt werden. Bei der Entscheidung über die Nachnutzung der Gewinnungsstellen sollen neben der Rückführung der betroffenen Landschaftsteile in die ehemals vorhandenen Nutzungen insbesondere die Renaturierung sowie die Einbindung in die Landschaft berücksichtigt werden. Die Wiedernutzbarmachung bzw. Rekultivierung der Abbauflächen soll zeitnah erfolgen und in Anlehnung an die Abbauphasen abschnittsweise durchgeführt werden. Bei der Rekultivierungsplanung sollen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts vermieden und Sekundärbiotope erhalten bzw. entwickelt werden. Nach Beendigung der Rohstoffgewinnung sollen die Betriebsanlagen rückgebaut werden. Eine andere gewerbliche oder sonstige bauliche Nutzung soll ausgeschlossen bleiben. Anlagen zur Gewinnung von regenerativer Energie oder zur Speicherung von Energie sind im Einzelfall zu prüfen.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Die entsprechenden Flächen sind im Untersuchungsraum bereits durch die Vorranggebiete Rohstoffe erfasst und werden daher nicht zusätzlich in die Bewertung mit aufgenommen.	Ja	Ja
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	-	84	G	2.4.1.3	2.4.1.3 Im Hinblick auf die Nichtregenerierbarkeit der mineralischen Rohstoffe ist ein sparsamer Umgang mit den in der Region vorkommenden oberflächennahen Bodenschätzen anzustreben. So weitgehend wie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sollen Primärrohstoffe durch wiederaufbereitete Materialien ersetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung, Rohstoffabbau	85	G	2.4.1.4	2.4.1.4 Bei der Aufsuchung und Gewinnung der in der Region vorkommenden und dem Bergrecht unterliegenden tief liegenden Rohstoffe sollen die relevanten Raumfunktionen sowie die vorhandene und geplante Infrastruktur berücksichtigt werden. Das Aufsuchen und Gewinnen von Energierohstoffen wie Erdöl, Erdgas und Erdwärme soll weiter gefördert bzw. sichergestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffabbau	85	Z	2.4.2.1	Z 2.4.2.1 In den „Vorranggebieten für den Rohstoffabbau“ ist die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen zu konzentrieren. Die Rohstoffgewinnung hat in diesen Gebieten Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen und darf durch andere Nutzungen nicht ausgeschlossen oder beeinträchtigt werden. Die „Vorranggebiete für den Rohstoffabbau“ sind in der Raumnutzungskarte und im Anhang Nr. 3 festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Ja
2.4	Rohstoffsicherung	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	85	G	2.4.2.2	2.4.2.2 In den „Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung“ sollen Rohstofflagerstätten vorsorglich langfristig gesichert und freigehalten werden. Bei Nutzungsänderungen, die eine spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, soll der Rohstoffsicherung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Eine Inanspruchnahme der Vorbehaltsgebiete ist während der Laufzeit des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar nicht vorgesehen. Die „Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung“ sind in der Raumnutzungskarte und im Anhang Nr. 4 festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	-	95	G	3.1.1.1	3.1.1.1 Das Verkehrssystem soll in der Metropolregion Rhein-Neckar so gestaltet werden, dass es zur Stärkung und Weiterentwicklung der Region als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum beiträgt sowie die Einbindung in die europäischen Verkehrsnetze gestärkt wird. Dazu soll bzw. sollen ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	-	95	G	3.1.1.2	3.1.1.2 Die Metropolregion Rhein-Neckar als einheitlicher Lebens- und Wirtschaftsraum bedarf einer integrierten Verkehrs- und Siedlungsplanung, die verstärkt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Verkehrsarten und deren Zusammenwirken mit der Siedlungsentwicklung auch über die Regionsgrenze hinweg berücksichtigt (vgl. G 1.4.1.2). Voraussetzung dafür ist - die Bündelung und Konzentration des Verkehrswegeausbaus im Zuge der regionalen/großräumigen Entwicklungsachsen (vgl. N/Z/V 1.3.1 und Z 1.3.2), - die Siedlungsverdichtung um die Haltepunkte des Schienenpersonenverkehrs sowie die Schaffung neuer Schienenhaltepunkte bei entsprechend hohem Nachfragepotenzial und - die Verkehrsreduzierung und Verkehrsvermeidung durch kleinräumige Zuordnung der verschiedenen Raumnutzungen („Region der kurzen Wege“, vgl. G 1.4.1.3).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr, Straßenverkehr	95	G	3.1.1.3	3.1.1.3 Durch Vernetzung und Aufgabenteilung der Verkehrsträger soll die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems erhöht und eine Stärkung des Umweltverbundes (Fußgänger-, Fahrrad- und öffentlicher Verkehr) erreicht werden. Dabei soll das Verkehrssystem so weiterentwickelt werden, dass die Anteile der umweltfreundlichen Verkehrsträger am gesamten Personenverkehr sowie Güterverkehr weiter gesteigert werden. Dies gilt insbesondere für die Kombination bzw. Vernetzung ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr, Straßenverkehr	96	G	3.1.1.4	3.1.1.4 Der Erhalt und Ausbau des regionalen Schienenverkehrs soll gegenüber dem Straßenverkehr Vorrang haben, insbesondere: - in Verbindungen zwischen benachbarten Mittel- und Oberzentren sowie zwischen benachbarten Mittelzentren, - im Verlauf der Hauptverkehrsströme der auf die Oberzentren der Region zuführenden regionalen/ großräumigen Entwicklungsachsen und - im Stadtverkehr der engeren Verflechtungsräume der Oberzentren Heidelberg, Ludwigshafen am Rhein, Mannheim (und Karlsruhe). Das regionale Straßennetz soll in den Relationen und Teilräumen vorrangig und umweltverträglich ausgebaut werden, in denen ein konkurrenzfähiger Schienenverkehr nicht angeboten werden kann.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	-	96	G	3.1.1.5	3.1.1.5 Beim Bau von Verkehrsinfrastruktur sollen die naturschutzfachlichen Belange und die Erfordernisse des Immissionsschutzes berücksichtigt werden. Insbesondere soll bzw. sollen ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	-	96	G	3.1.1.6	3.1.1.6 Im Zuge der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in der Metropolregion Rhein-Neckar soll den spezifischen Mobilitätsanforderungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in ihrer Vielfalt Rechnung getragen werden. Hierbei sollen spezielle Mobilitätsanforderungen und Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Männern, Kindern, Familien mit Kindern und Personengruppen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, besonders berücksichtigt werden. Aufgrund des demografischen Wandels gilt dieses zunehmend auch für ältere Menschen. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und Mobilitätskosten ist die Sicherung der Mobilität von Personen mit geringem Einkommen zukünftig verstärkt von Bedeutung.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	97	G	3.1.2.1	3.1.2.1 Das regionale Straßennetz soll so ausgebaut werden, dass Kapazitätsengpässe und Erreichbarkeitsdefizite im System der Zentralen Orte beseitigt bzw. stark gemindert werden. Das für die Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar bedeutsame Straßennetz ist in der Raumnutzungskarte sowie der Karte 3 „Funktionales Straßennetz“ dargestellt. Es gliedert sich in drei Kategorien mit unterschiedlichen Funktionen: - „großräumige Straßenverbindungen“ (Kategorie I), - „überregionale Straßenverbindungen“ (Kategorie II) und - „regionale Straßenverbindungen“ (Kategorie III). Unterhaltung und Ausbau des regionalen Straßennetzes sollen unabhängig von der Straßenbaulast so erfolgen, dass die Straßen ihre Verbindungs- und Versorgungsaufgaben im System der Zentralen Orte erfüllen können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	97	N	3.1.2.2	N 3.1.2.2 Zur Erfüllung ihrer Funktionen im Netz der „großräumigen Straßenverbindungen“ sollen funktionsgerecht aus- bzw. neugebaut werden: - A 5 (Seeheim-Jugenheim) – Heidelberg – (Karlsruhe), - A 6 (Kaiserslautern) – Grünstadt – Viernheimer Dreieck, zwischen den Autobahnkreuzen Mannheim und Walldorf, zwischen den Autobahnanschlüssen Wiesloch/Rauenberg und Sinsheim, - A 6/ A 659, Ausbau des Viernheimer Kreuzes, - A 6/B 44, Ausbau des Knotens zu einem Vollkleeblatt, - A 61 (Autobahnanschluss Bad Kreuznach) – Frankenthal (Pfalz) – Autobahndreieck Hockenheim, - A 65/ B 9 – Grenzübergang Scheibhardt/Lauterbourg, - A 67 (Autobahnkreuz Darmstadt-Nord) – Autobahnanschluss Lorsch, - B 10 (Pirmasens) – Hinterweidenthal – Landau in der Pfalz und - A 65/ B 272, neue Richtungsfahrbahn Neustadt a.d.Wstr. – Speyer beim Autobahnanschluss Landau-Nord.	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Straßen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	n. a.	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	97	G	3.1.2.3	3.1.2.3 Zur Erfüllung ihrer Funktionen im Netz der „überregionalen Straßenverbindungen“ sollen funktionsgerecht aus- bzw. neugebaut werden: - A 656 Mannheim – Heidelberg, - B 9, 4-spüriger Ausbau Worms-Nord, - 2. Rheinbrücke Wörth am Rhein – Karlsruhe mit Anschluss an die B 9 nördlich Wörth am Rhein, - B 27, abschnittsweiser dreistreifiger Ausbau zwischen Mosbach – Buchen (Odenwald), Ortsdurchfahrt Mosbach, Bauabschnitt II/1 und Ortsumgehungen Neckarburken und Hardheim, - B 37, Ortsumgehung Neckarsteinach, - B 37, 4-spüriger Ausbau zwischen der A 650 und der Ortsumgehung Bad Dürkheim, - B 38 Landau in der Pfalz – (Wissembourg) mit den Ortsumgehungen Impflingen, Ingenheim und Oberotterbach-Schweigen, - B 38, Ortsumgehungen Mörlenbach, Rimbach und Fürth, - B 44, Westtangente Mannheim, - B 44, Erneuerung der Hochstraßen in Ludwigshafen, - B 47, 4-spüriger Ausbau zwischen den Autobahnanschlüssen Worms an der A 61 und Lorsch an der A 67 unter Einbeziehung der bereits ausgebauten 2. Wormser Rheinbrücke, - B 48, Ortsumgehung Klingenmünster, - B 48, Ortsumgehung Waldrohrbach, - B 271-neu zwischen Bad Dürkheim und Grünstadt sowie die Ortsumgehung von Bockenheim a.d.Wstr., - B 292 als drei- bzw. vierstreifiger Autobahnzubringer zwischen Mosbach und der A 6 bei Sinsheim, - B 427, ortsdurchfahrtsfreier Ausbau von Hinterweidenthal (B 10) nach Kandel (A 65) mit den Ortsumgehungen Lauterschwan- Birkenhördt, Bad Bergzabern und Oberhausen – Hergersweiler – Winden – Minderslachen, ...	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Straßen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	n. a.	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	98	N	3.1.2.4	N 3.1.2.4 Als Straßen für den regionalen Verkehr sollen funktionsgerecht aus- bzw. neugebaut werden: - B 39, Verlegung in Neustadt a. d. Wstr., - L 395, Ortsumgehung Grünstadt-Nord, - L 509, Ortsumgehungen Bellheim, Knittelsheim und Ottersheim bei Landau, - L 523, Westrandstraße Bobenheim-Roxheim, - L 532, Ortsumgehung Iggelheim - L 541/L 631, Südumgehung Heddesheim, - L 547/L 612, Südumgehung Wiesloch, - L 600, Ortsumgehungen Gaiberg und Lingental, - L 612 als Autobahnzubringer zu einer neuen Anschlussstelle „Dielheim“ an die A 6, - K 2, Ergänzung äußerer Ring bei Worms, - K 3972-neu, Transversale Eberstadt – Adelsheim und - K 4229, Kreisverbindungsstraße Weinheim – Laudenbach.	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Straßen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	n. a.	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	98	G	3.1.2.5	3.1.2.5 Zur Leistungssteigerung und temporären Engpassbeseitigung des vorhandenen Straßennetzes, insbesondere der hochbelasteten Autobahnen A 5, A 6, A 61 und A 67, sollen bei parallel laufenden Autobahnen der Einsatz von Wechselwegweisungsanlagen oder temporäre Seitenstreifenfreigaben geprüft werden. Dies gilt auch für den Bau zusätzlicher Anschlussstellen an die Bundesautobahnen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienenverkehr	99	G	3.1.3.1	3.1.3.1 Das Leistungsangebot und die Infrastruktur des funktionalen Schienennetzes sollen durch geeignete Betriebskonzepte wie die Entmischung und Harmonisierung der Verkehre sowie durch Beseitigung infrastruktureller Engpässe so gestaltet werden, dass alle für die Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar bedeutsamen Verbindungs- und Erschließungsfunktionen erfüllt werden können. Das funktionale Schienennetz ist in der Raumnutzungskarte sowie der Karte 4 „Funktionales Schienennetz“ dargestellt. Es gliedert sich in drei Kategorien mit unterschiedlichen Funktionen: - „großräumige Schienenverbindungen“ (Kategorie I), - „überregionale Schienenverbindungen“ (Kategorie II) und - „regionale Schienenverbindungen“ (Kategorie III).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr	99	Z/N	3.1.3.2	<p>Z 3.1.3.2 Die „großräumigen Schienenverbindungen“ (Kategorie I) zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar und den Agglomerationen Mitteleuropas sollen leistungsfähig und grundsätzlich für hohe Geschwindigkeiten ausgebaut werden. Für die Metropolregion Rhein-Neckar wichtige Maßnahmen sind:</p> <p>- Die <i>Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar als Lückenschluss im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz zwischen dem ICE-Knoten Mannheim Hbf. und dem Fernbahnhof Frankfurt/ Flughafen. Bis zur Festlegung des endgültigen Trassenverlaufs ist in der Raumnutzungskarte ein Untersuchungskorridor als Vorranggebiet festgelegt. In dem Vorranggebiet sind andere raumbedeutsame Planungen oder Maßnahmen, die einem späteren Schienenneubau entgegenstehen könnten oder mit der neuen Schienentrasse nicht vereinbar sind, nicht zulässig.</i></p> <p>- Der leistungsfähige Ausbau des ICE-Knotens Mannheim. Wichtige infrastrukturelle Maßnahmen sind dabei der dreigleisige Ausbau zwischen Mannheim Hbf. und Mannheim Friedrichsfeld, der kreuzungsarme Anschluss der Main-Neckar-Bahn in Richtung Mannheim Rbf. und Mannheim Hbf., der viergleisige Ausbau des Streckenabschnittes Heidelberg-Wieblingen – Heidelberg Hbf. (mit Anschluss an die Main-Neckar-Bahn) sowie der neue Bahnsteig im Mannheimer Hauptbahnhof.</p> <p>- Die infrastrukturelle Optimierung des nördlichen Streckenastes der Schienenschnellverkehrsverbindung Paris – Ostfrankreich – Südwestdeutschland (POS). Dazu sollen auf dem deutschen Abschnitt ((deutsch/französische Grenze – Saarbrücken – Kaiserslautern) – Neustadt a.d.Wstr. – Ludwigshafen am Rhein) die noch ausstehenden Linienverbesserungen baldmöglichst durchgeführt und die Fahrgeschwindigkeit durch Einführung des Zugleitsystems ETCS auf maximal 200 km/h erhöht werden.</p>	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird als Infrastruktureinrichtung im Kapitel "sonstige öffentliche und private Belange" berücksichtigt	Ja	n.a.
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr	100	N	3.1.3.3	<p>N 3.1.3.3 Die „überregionalen Schienenverbindungen“ (Kategorie II) mit benachbarten Oberzentren und Mittelzentren sollen die großräumigen Verbindungen ergänzen. Wichtige infrastrukturelle und betriebliche Maßnahmen sind dabei</p> <p>- die Elektrifizierung und der vollständige zweigleisige Ausbau der Strecke Neustadt a.d.Wstr. – Landau in der Pfalz – Wörth am Rhein- (Karlsruhe) und</p> <p>- der Einsatz von Regionalexpresszügen als schnelle, qualitativ hochwertige Züge, die nur ausgewählte Stationen bedienen und deren Bezeichnung ihre Bedeutung für den weiträumigen Verkehr verdeutlichen.</p>	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr	100	N	3.1.3.4	<p>N 3.1.3.4 Im Verlauf der Nahverkehrsachsen (regionale Entwicklungsachsen) gewährleisten „regionale Schienenverbindungen“ (Kategorie III) eine häufige, regelmäßige, schnelle, pünktliche, bequeme und preislich attraktive Beförderung. Nach dem Rhein-Neckar-Takt 2020 sind dazu folgende Aus- und Neubaumaßnahmen durchzuführen:</p> <p>- Heidelberg – (Bruchsal – Karlsruhe) mit den noch auszubauenden Stationen zwischen Heidelberg und Bruchsal für Dreifachtraktionen bis spätestens Dezember 2015,</p> <p>- Mannheim – Schwetzingen – (Graben-Neudorf – Karlsruhe); Ausbau der bestehenden und Bau von zusätzlichen, neuen Stationen für Schwetzingen-Hirschacker und Schwetzingen-Nord,</p> <p>- Ludwigshafen am Rhein – Worms – (Mainz) mit Bau der neuen Stationen in Frankenthal (Pfalz)-Süd und Worms-Süd,</p> <p>- Mannheim/ Heidelberg – Weinheim – Bensheim – (Darmstadt); der Bau von neuen Stationen für Edingen-Neckarhausen, Weinheim-Süd und Weinheim-Sulzbach,</p> <p>- Mannheim – Lampertheim – Biblis – Groß-Rohrheim – (Frankfurt); Ausbau über westliche und östliche Einführung der Riedbahn mit neuer Station Mannheim-Neuostheim</p> <p>- S-Bahn-Anbindung BASF mit Elektrifizierung des Streckengleises Ludwigshafen am Rhein Hbf....</p> <p>- die Regionalstrecken im linksrheinischen Teilraum der Metropolregion Rhein-Neckar mit den Verbindungen...</p> <p>- die Regionalstrecken im rechtsrheinischen Teilraum der Metropolregion Rhein-Neckar...</p>	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Schienenwege können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	n. a.	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienerverkehr	101	Z	3.1.3.5	<p>Z 3.1.3.5 Die folgenden stillgelegten Strecken sind in der Raumnutzungskarte als „Freihaltetrasse für den Schienenverkehr (Sicherung)“ festgelegt. Sie sind in ihrer Widmung als Eisenbahnstrecke zu erhalten, so dass eine Reaktivierung möglich bleibt:</p> <p>- Landau in der Pfalz – Germersheim,</p> <p>- Landau in der Pfalz – Herxheim bei Landau/Pfalz und</p> <p>- Mörlenbach – Wald-Michelbach – Wahlen.</p> <p>Für die Anlage eines zusätzlichen Gleises sind im Verlauf der nachgenannten Strecken bzw. in den Abschnitten Freihaltetrassen für den Schienenverkehr vorzusehen. Die Trassen sind in der Raumnutzungskarte als „Freihaltetrasse für den Schienenverkehr (Ausbau)“ festgelegt:</p> <p>- Heidelberg – (Bruchsal) und</p> <p>- Winden – Wörth am Rhein.</p> <p>Für eine Verbesserung der Verkehrsbedienung und des Betriebsablaufes sowie eine Kapazitätserhöhung sind folgende Trassen für den Neubau einer Verbindungskurve planerisch zu sichern. Diese Trassen sind in der Raumnutzungskarte als „Freihaltetrasse für den Schienenverkehr (Neubau)“ festgelegt.</p> <p>- „Flomersheimer Kurve“ (Relation Grünstadt – Mannheim) und</p> <p>- „Studernheimer Kurve“ (Relation Edigheim/Oppau - Frankenthal).</p> <p><i>Für alle im Plansatz genannten Schienenstrecken sind in der Raumnutzungskarte Korridore bzw. Bereiche entlang der bestehenden und geplanten Schienenstrecken als Vorranggebiet festgelegt. In dem Vorranggebiet sind andere raumbedeutsamen Nutzungen oder Maßnahmen, die einer späteren Reaktivierung der Schienentrasse bzw. dem Aus- oder Neubau entgegenstehen können oder mit diesen Planungen nicht vereinbar sind, nicht zulässig.</i></p>	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Schienenwege können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	n. a.	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienenverkehr	102	G	3.1.3.6	3.1.3.6 Aufgrund der unbefriedigenden Verbindungsqualität im öffentlichen Verkehr mit gleichzeitig hohem Verkehrsaufkommen auf der Achse Speyer – Schwetzingen soll die Weiterführung der geplanten Stadtbahn von Heidelberg/ Eppelheim nach Schwetzingen von Ketsch bis nach Speyer sowie eine Stadtbahnverlängerung zwischen Speyer und Ludwigshafen geprüft werden.	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Schienenwege können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbau-verbotzonen der Infrastruktureinrich-tungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3) Zudem sind die Achsen inf der Raumnutzungskarte nicht verortet und der Prüfauftrag damit nicht hinreichend konkretisiert um sie in die RVS aufzunehmen.	n. a.	-
		Verkehr	Schienenverkehr		G	3.1.3.7	3.1.3.7 Die Bahnhöfe und Haltestellen des Netzes des öffentlichen Verkehrs sollen in den Siedlungen bzw. den Aufkommensschwerpunkten des Verkehrs so angelegt werden, dass sie zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem PKW gut erreichbar sind. Für ausreichende und geschützte Abstellmöglichkeiten soll gesorgt werden. Die Bahnhöfe und Haltepunkte sind grundsätzlich barrierefrei auszubauen. An den Umsteigepunkten ist auf eine enge räumliche und zeitliche Verknüpfung der Leistungsangebote des Fern- und Nahverkehrs zu achten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schienenverkehr	102	G	3.1.4.1	3.1.4.1 Die gute Erreichbarkeit der internationalen Flughäfen Frankfurt am Main und Stuttgart soll durch den Ausbau der Schienenfernverkehrsverbindungen auf den Relationen Mannheim – Frankfurt/ Flughafen und Mannheim – Stuttgart/Flughafen weiter optimiert werden. Für die in den Nachbarregionen gelegenen Flughäfen Frankfurt- Hahn, Baden-Airpark (Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden), Zweibrücken und Saarbrücken soll auch weiterhin eine gute Anbindung gewährleistet oder geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	102	G	3.1.4.2	3.1.4.2 In der Metropolregion Rhein-Neckar ist den erhöhten Anforderungen der Business-Aviation Rechnung zu tragen. Dazu soll der Verkehrslandeplatz Mannheim-Neuostheim in seiner Funktionsfähigkeit erhalten und nach Möglichkeit entwickelt werden.	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen auf Flughäfen/Flugplätze durch das geplante Vorhaben sind nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sicher auszuschließen, da die neu zu errichtenden Masten die maßgebliche Höhe von 100 m über Grund unterschreiten (vgl. §§ 12 Abs. 3, 14 Abs. 1 und 2 ; LuftVG). (vgl. Kap. 7.3)	n. a.	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	102	G	3.1.4.3	3.1.4.3 Der Flugplatz Speyer soll als leistungsfähiger Verkehrslandeplatz unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Geschäftsreiseverkehrs (Business-Aviation) erhalten und technisch optimiert werden. Die weiteren Verkehrslandeplätze Bad Dürkheim, Lachen- Speyerdorf, Mosbach-Lohrbach, Walldürn und Worms sowie die Sonderlandeplätze in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen den Bedürfnissen der Allgemeinen Luftfahrt entsprechend erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit gesichert werden.	Ja	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	Auswirkungen auf Flughäfen/Flugplätze durch das geplante Vorhaben sind nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand sicher auszuschließen, da die neu zu errichtenden Masten die maßgebliche Höhe von 100 m über Grund unterschreiten (vgl. §§ 12 Abs. 3, 14 Abs. 1 und 2 ; LuftVG). (vgl. Kap. 7.3)	n. a.	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	102	G	3.1.4.4	3.1.4.4 Für die Verkehrslandeplätze Mannheim-Neuostheim, Speyer und Worms soll eine gemeinsame Betreibergesellschaft geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Transport und Logistik-Zentren	102	G	3.1.5.1	3.1.5.1 Der Wirtschaftsstandort Metropolregion Rhein-Neckar soll durch eine raum- und siedlungsverträgliche Weiterentwicklung des Güterverkehrssystems gestärkt und gefördert werden. Dazu soll bzw. sollen - die Teilsysteme Straße, Schiene und Binnenwasserstraße und ihre Schnittstellen so ausgebaut und aufeinander abgestimmt werden, dass sie den künftigen Bedarfsanforderungen gerecht, - möglichst hohe Anteile des Straßengüterverkehrs auf die Schiene und die Hauptschifffahrtswege von Rhein und Neckar verlagert, - die Akzeptanz des Schienengüterverkehrs durch aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen erhöht und - die logistische Infrastruktur durch Informations- und Kommunikationsnetzwerke unterstützt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Transport und Logistik- Zentren	103	G	3.1.5.2	3.1.5.2 Das dezentrale Logistikzentrum Rhein-Neckar soll entsprechend den Erfordernissen des modernen Gütertransports langfristig gesichert und weiter ausgebaut werden. Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen sollte den logistikaffinen Nutzungen der dafür notwendige Raum beigemessen werden. Neue Umschlagstellen und regionale Logistikzentren sollen vorrangig unter Berücksichtigung der Schienenschließung und der Anbindung an die Binnenwasserstraßen eingerichtet werden. Komponenten des dezentralen Logistikzentrums sind - die Hafenstandorte Mannheim, Ludwigshafen am Rhein, Worms, Speyer, Germersheim und Wörth am Rhein, - die KV-Terminals auf dem Gelände der BASF in Ludwigshafen (KTL), im Kaiserwörthhafen und im Mannheimer Handelshafen (DUSS), - der Rangierbahnhof Mannheim und - die neuen Logistikzentren und Logistikparks in unmittelbarer Nähe zu den Hafen- und KV-Standorten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Transport und Logistik- Zentren	103	G	3.1.5.3	3.1.5.3 Für einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr sollen ausreichende Kapazitäten vorgehalten werden. Dazu soll bzw. sollen ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	103	G	3.1.5.4	3.1.5.4 Hafenstandorte sind Mannheim, Ludwigshafen am Rhein, Worms, Speyer, Germersheim und Wörth am Rhein. Der Schifffahrtsweg des Rheins sowie die Häfen in der Metropolregion Rhein-Neckar sollen den Erfordernissen der Binnenschifffahrt entsprechend instand gehalten und ausgebaut werden. Die Belange des Gewässer- und Hochwasserschutzes sind zu beachten. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Binnenwasserstraße Neckar, zur Entlastung des Fernstraßennetzes vom Lkw-Verkehr und zur besseren wasserseitigen Erschließung des Ostteils der Region über den Heilbronner Neckarhafen sollen die insgesamt 27 Neckarschleusen für das „135 m-Schiff“ unter Berücksichtigung der Gewässerökologie ausgebaut werden. Zur weiteren Stärkung des Hafenstandortes Rhein-Neckar sollen die bereits vorhandene Kooperation der Häfen Mannheim und Ludwigshafen am Rhein im Rahmen der gebotenen Möglichkeiten weiterentwickelt sowie ein Zusammenschluss der Häfen geprüft werden. Zudem sollen die Möglichkeiten einer Kooperation der Häfen Wörth am Rhein, Karlsruhe und Straßburg/ Lauterbourg geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	104	G	3.1.6.1	3.1.6.1 Der Fahrradverkehr soll neben den Systemen des motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs als gleichwertiges Verkehrssystem gefördert und weiterentwickelt werden, mit dem Ziel der - langfristigen Mobilitätssicherung im Nah- und Kurzstreckenverkehr, - Erweiterung der potenziellen Haltestelleneinzugsbereiche im öffentlichen Verkehr im Zusammenwirken mit dem System Fahrrad, - Reduzierung des motorisierten Individualverkehrsaufkommens und der damit einhergehenden Minderung der Luftschadstoff- Emissionen, - Anbindung von gewerblichen Flächen an kommunale Radwegenetze und deren Erschließung mit Radwegen und - verstärkten Nutzung des Fahrrads im Freizeitverkehr und Tourismus.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.1	Verkehrswesen	Verkehr	Straßenverkehr	104	G	3.1.6.2	3.1.6.2 Das regionalbedeutsame Radwegenetz der Metropolregion Rhein- Neckar (vgl. Karte 5 „Regionalbedeutsames Radwegenetz“) soll vorrangig ausgebaut und mit einer einheitlichen, netzorientierten Wegweisung versehen werden. Die Verknüpfung soll an den Regions- und Ländergrenzen sichergestellt werden. Das regionalbedeutsame Radwegenetz gliedert sich in die Kategorien „großräumige Verbindungen“ und „regionale Verbindungen“. Die weitere Verdichtung und Beschilderung des Netzes im lokalen Maßstab soll in der Verantwortung der kommunalen Gebietskörperschaften liegen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg- ung, Erneuerbare Energie	-	129	G	3.2.1.1	3.2.1.1 In allen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar sollen die Voraussetzungen für eine sichere, preisgünstige sowie umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung geschaffen werden. Dabei soll die Nutzung regional verfügbarer Energiequellen, insbesondere der erneuerbaren Energien, verstärkt ausgebaut werden. Dagegen soll der Verbrauch konventioneller Energieträger (Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran) verringert werden. Angestrebt werden soll eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien, soweit möglich aus regionalen Quellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg- ung, Erneuerbare Energie	-	129	G	3.2.1.2	3.2.1.2 Die Kommunen sollen gesamtheitliche und übergreifende Energie und Klimaschutzkonzepte für ihre Gebiete erstellen. Für Neubaugebiete sollen die Kommunen konkrete Energieversorgungskonzepte erarbeiten, die die Nutzungsmöglichkeiten für erneuerbare Energien und die effiziente Energienutzung thematisieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg- ung	-	129	G	3.2.2.1	3.2.2.1 Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung sollen in allen Bereichen angestrebt werden, um den Energieverbrauch zu reduzieren. Dies umfasst u.a. ...	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Raum- und Siedlungs- struktur	Siedlungsentwicklung	129	G	3.2.2.2	3.2.2.2 Die Entwicklung der Siedlungsstruktur soll so erfolgen, dass der Energieverbrauch so gering wie möglich gehalten wird. Dies bedeutet, dass eine weitergehende Zersiedelung vermieden und der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung eingeräumt wird (vgl. Z 1.4.1.4). Die weitere Siedlungsentwicklung ist insbesondere auf die festgelegten Siedlungsbereiche vorzugsweise mit Haltestellen des regionalbedeutsamen ÖPNV zu konzentrieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Erneuerbare Energie	Windenergie, Solarenergie	130	G	3.2.3.1	3.2.3.1 Die Energieerzeugung soll zunehmend auf die Nutzung erneuerbarer Energien umgestellt werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Metropolregion Rhein-Neckar soll alle Formen umfassen: Bioenergie, Geothermie, Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg- ung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	130	G	3.2.3.2	3.2.3.2 Aufgrund der Begrenztheit der konventionellen Energieträger Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran sollen diese sparsam und effizient genutzt werden. Bei Kraftwerken sollen möglichst hohe Effizienzgrade gewährleistet werden. Gaskraftwerke sollen unter Berücksichtigung der geringeren CO2-Emissionen entsprechend den jeweils aktuellen politischen, wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten gegenüber Kohlekraftwerken und anderen konventionellen Kraftwerkstechnologien immer als Alternative betrachtet und bewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.2	Energie	Energieversorg ung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	130	G	3.2.3.3	3.2.3.3 Neue Kraftwerke auf der Basis sowohl konventioneller als auch erneuerbarer Energieträger sollen – soweit technisch machbar und wirtschaftlich darstellbar – mit Kraft-Wärme-Kopplung ausgestattet und betrieben werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	130	G	3.2.3.4	3.2.3.4 Im Sinne einer effizienten Energienutzung und der Nähe von Energieerzeugung und Energieverbrauch sollen neue Erzeugungsanlagen und Energiespeicher, soweit möglich und sinnvoll, dezentral errichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie, Windenergie	130	G	3.2.4.1	3.2.4.1 Die Kommunen sollen - in der Bauleitplanung die Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien bei geplanten Gebäuden berücksichtigen, - beim Verkauf kommunaler und kreiseigener Grundstücke Festlegungen zur Nutzung erneuerbarer Energien treffen, - die Energieversorgung (Strom, Wärme) der kommunalen und kreiseigenen Liegenschaften auf erneuerbare Energieträger umstellen, - Dachflächen kommunaler und kreiseigener Gebäude für die Solarenergienutzung bereitstellen und - Konzentrationszonen für die Windenergienutzung im Flächennutzungsplan festlegen (baden-württembergischer und rheinland- pfälzischer Teilraum).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	130	G	3.2.4.2	3.2.4.2 Bei der Standortwahl von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sollen die Auswirkungen auf Bevölkerung, Ökologie und Landschaftsbild berücksichtigt werden. Hinsichtlich der verschiedenen erneuerbaren Energieformen gelten aus regionalplanerischer Sicht folgende Grundsätze: - Bioenergieanlagen sollen vorrangig in Industrie- und Gewerbegebieten oder an Standorten, die in räumlich-funktionalem Zusammenhang mit land- bzw. forstwirtschaftlichen Betrieben stehen, errichtet werden. Die Standorte sollen so gewählt werden, dass eine Wärmenutzung möglich ist. - Anlagen zur Nutzung der Tiefengeothermie sollen vorrangig in Industrie- und Gewerbegebieten errichtet werden. In den Fällen, in denen eine Kraftwerkserrichtung in einem Industrie- und Gewerbegebiet nicht möglich ist, soll eine Bündelung von Anlagen zur Nutzung der Tiefengeothermie mit sonstigen baulichen oder mit Infrastruktureinrichtungen angestrebt werden. Grundsätzlich sollen Standorte gewählt werden, die eine Wärmenutzung ermöglichen. - Solaranlagen in Form von Photovoltaikanlagen oder solarthermischen Anlagen sollen vorrangig an oder auf baulichen Anlagen errichtet werden. Bei Freiflächenanlagen sollen die Standorte bevorzugt werden, von denen keine gravierenden Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes ausgehen, die bereits Vorbelastungen aufweisen, eine geringe ökologische Wertigkeit haben und keine regionalplanerischen Konflikte aufweisen. Vorrangig sollen bei Freiflächenanlagen bereits versiegelte Flächen, gewerbliche und militärische Konversionsflächen sowie Deponien genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	Hochspannungsleitungen , Rohrleitungen, Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	131	G	3.2.5.1	3.2.5.1 Vor dem Neubau von Energieleitungen (Strom, Gas, Öl, Wärme) soll geprüft werden, ob bestehende Leitungen mitbenutzt werden können. Neue Energieleitungen sind flächensparend zu bauen und falls möglich mit bestehenden Energie- und Verkehrstrassen zu bündeln. Eine Zerschneidung von Freiräumen soll vermieden werden. Bei der Planung von Leitungstrassen sollen die Belange der Siedlungsentwicklung, des Städtebaus, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Landwirtschaft sowie der Rohstoffsicherung berücksichtigt werden. Beim Neubau von Hochspannungsfreileitungen sollen Siedlungen und landschaftlich hochwertige Räume freigehalten und die Leitungen ggf. unterirdisch verlegt werden, soweit dies technisch möglich ist. Bestehende Energieleitungen (Strom, Gas, Öl, Wärme) und Energiespeicher (Gasspeicher etc.) sollen in ihrem Bestand gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird. Eine Erdverkabelung ist für das Vorhaben gem. BBPlG nicht vorgesehen (vgl. Kapitel 3.1.4).	Ja	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	-	131	G	3.2.5.2	3.2.5.2 Insbesondere in Gebieten mit einer hohen Wohnbaudichte sollen im Sinne einer effizienten Energienutzung Wärmeleitungen auf bzw. ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	131	G	3.2.5.3	3.2.5.3 Neue Umspannwerke sollen mit Infrastruktureinrichtungen gebündelt und landschaftsschonend eingebunden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	131	G	3.2.5.4	3.2.5.4 Anlagen und Verfahren zur Energiespeicherung sollen infolge des Zubaus der erneuerbaren Energieträger als Bindeglied zwischen Energieerzeugung und Energieverbrauch entwickelt und ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Energie	Energieversorg ung	Hochspannungsleitungen , Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgung (bspw. Kraftwerke)	131	N	3.2.5.5	N 3.2.5.5 Das Hoch- und Höchstspannungsstromleitungsnetz (110 bis 380 kV), die Umspannwerke und große Energiespeicher sind in der Raumnutzungskarte nachrichtlich dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Hier handelt es sich um eine nachrichtliche Information und nicht um eine Erfordernis der Raumordnung. Dennoch wird das bestehende Hoch- und Höchstspannungsleitungsnetz als Grundlage für das "Bündelungsgebot" in die Karten mit aufgenommen.	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Wasser- wirtschaft	Grundwasserschutz	136	G	3.3.1.1	3.3.1.1 Die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit mengen- und gütemäßig ausreichendem Trink- und Brauchwasser soll langfristig gesichert werden. Im Sinne einer nachhaltigen Grundwasserbewirtschaftung ist eine Übernutzung der vorhandenen Grundwasserreserven zu vermeiden. Die Höhe der Grundwasserentnahmen soll sich nicht nur am Bedarf, sondern auch an den vertretbaren Grundwasserständen unter Berücksichtigung der Grundwasserneubildungsraten ausrichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Wasserwirtschaft	Wasser- wirtschaft	Grundwasserschutz	136	G	3.3.1.2	3.3.1.2 In der Oberrheinebene sollen die Möglichkeiten einer Verlagerung der Grundwasserentnahmen aus den tieferen Grundwasserleitern in den oberen Grundwasserleiter ausgeschöpft werden. Die Nutzung von Grundwasser aus den tieferen Grundwasserleitern soll der öffentlichen Wasserversorgung und solchen Betrieben vorbehalten bleiben, die auf Grundwasser mit Lebensmittelqualität angewiesen sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Wasser- wirtschaft	Trinkwasser-gewinnung	136	G	3.3.1.3	3.3.1.3 Der Trinkwasserbedarf soll vor der Inanspruchnahme verbrauchsferner Grundwasserreserven durch technische und organisatorische Maßnahmen im Umfeld der Verbrauchsschwerpunkte gedeckt werden. Das regionseigene Dargebotspotenzial soll weitgehend für den Eigenbedarf reserviert werden. In den an eine Gruppen- bzw. Fernwasserversorgung angeschlossenen Versorgungsbereichen sollen die bisherigen Entnahmestellen für die Trinkwasserversorgung, u.a. zur Deckung des Spitzenwasserbedarfs, möglichst betriebsbereit gehalten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Wasser- wirtschaft	-	136	G	3.3.1.4	3.3.1.4 Brauchwasser soll vorrangig nicht aus dem für die Trinkwasserversorgung geeigneten Grundwasser, sondern aus den Oberflächengewässern oder als Uferfiltrat entnommen werden. Die Möglichkeiten einer Mehrfachnutzung sollen ausgeschöpft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Land- und Forst- wirtschaft	Landwirtschaft	136	G	3.3.1.5	3.3.1.5 Der Wasserbedarf der Landwirtschaft soll durch eine wirtschaftliche und sparsame Beregnung der Kulturen im Rahmen von Beregnungsverbänden gedeckt werden. Hierbei soll möglichst auf Oberflächenwasser zurückgegriffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Entsorgung	Abwasser-wirtschaft	136	G	3.3.2.1	3.3.2.1 Zum Schutz und zur weiteren Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer soll die Abwasserbeseitigung weiter optimiert werden. Dazu soll bzw. sollen - die Verringerung oder Vermeidung des Abwasseranfalls angestrebt, - die wirtschaftliche und verfahrenstechnische Optimierung der bestehenden Abwasserreinigungsanlagen, wo noch erforderlich und vertretbar, weitergeführt, - bei Neuplanungen zukünftige Entwicklungen, insbesondere die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimawandels berücksichtigt, - die Komplettierung der Erstausrüstung mit Abwasseranlagen fortgesetzt, - in Gehöften des Außenbereichs die Anwendung naturnaher Verfahren geprüft, - die wirtschaftliche und verfahrenstechnische Optimierung der bestehenden Mischwasserbehandlungsanlagen und Mischwasserentlastungsanlagen, wo noch erforderlich und vertretbar, weitergeführt, - Regenwasserbehandlungsanlagen soweit erforderlich gebaut, - die Sanierung vorhandener Abwasseranlagen soweit erforderlich durchgeführt, - die Weiterbehandlung des anfallenden Klärschlammes und die Sicherstellung einer geordneten Entsorgung beim Betrieb von Kläranlagen gewährleistet und - eine Zusammenarbeit der Betreiber von Abwasseranlagen im technisch-organisatorischen Bereich angestrebt werden. In der Raumnutzungskarte sind die Kläranlagen nachrichtlich dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Wasserwirtschaft	Entsorgung	Abwasser-wirtschaft	137	G	3.3.2.2	3.3.2.2 Der natürliche Wasserkreislauf soll inner- und außerhalb der Siedlungsgebiete so weit wie möglich erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Dazu soll der Abfluss nicht behandlungsbedürftiger Niederschlagswasser verringert werden. Zur Verringerung des Abwasseranfalls dienen - die naturnahe Regenwasserrückhaltung und Versickerung in der Fläche oder in natürlichen Geländeformen, - die Begrenzung des Versiegelungsgrades in Baugebieten, die Rückhaltung bzw. Versickerung des Regenwassers in Mulden oder Teichen und die Dachbegrünung sowie - die Regenwassernutzung in Garten, Haushalt und Industrie. Dazu sollen in der kommunalen Bauleitplanung und in den Ortssatzungen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	140	G	3.4.1	3.4.1 In der Metropolregion Rhein-Neckar soll sich die Abfallentsorgung an den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft ausrichten und die Entsorgungssicherheit langfristig gewährleistet werden. Die vorhandenen Entsorgungsstrukturen sind nach Möglichkeit so weiterzuentwickeln, dass ein möglichst hohes Maß an Ressourcen- und Energieeffizienz erzielt und das Niveau der stofflichen und energetischen Abfallverwertung weiter optimiert wird. Soweit erforderlich sollen hierzu Stoffstrommanagementsysteme aufgebaut werden. Soweit rechtlich zulässig, soll es weiterhin regionale Kooperationen bzw. Verbundlösungen geben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	140	G	3.4.2	3.4.2 Biogene Abfälle sollen getrennt gesammelt und stofflich verwertet werden. Im Hinblick auf die Nutzung des Energiegehalts der Abfälle ist zu prüfen, wie die Biomasse möglichst effizient - ggf. im Rahmen von regionalen Kooperationen - genutzt werden kann.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	140	G	3.4.3	3.4.3 Das Aufkommen von Bauabfällen soll durch geeignete Verwertungs- und Aufbereitungsmaßnahmen möglichst weiter minimiert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.4	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	140	G	3.4.4	3.4.4 Die Anlagen für eine schadlose und wirtschaftliche Behandlung und Verwertung der Abfälle sind so zu planen, zu erweitern und zu betreiben, dass Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich gehalten werden und eine größtmögliche Auslastung erreicht wird. In der Raumnutzungskarte sind die bedeutsamen Abfallentsorgungsanlagen sowie Deponien nachrichtlich dargestellt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.5	Kommunikations- und Informationstechnologien, Postwesen	Kommuni- kation	Richtfunk	142	G	3.5.1	3.5.1 In der Metropolregion Rhein-Neckar soll die moderne Telekommunikationsinfrastruktur zum schnellen Daten- und Wissensaustausch flächendeckend mit gleichwertigen Leistungsangeboten ausgebaut werden. In allen Teilräumen der Region, insbesondere im ländlichen Raum, ist die Anbindung an leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze sicherzustellen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.5	Kommunikations- und Informationstechnologien, Postwesen	Kommuni- kation	Richtfunk	142	G	3.5.2	3.5.2 Beim Ausbau der Telekommunikationsnetze sind nach Möglichkeit vorhandene Einrichtungen und Infrastrukturen mitzunutzen und Kooperationen mit anderen Infrastrukturbetreibern einzugehen. Soweit möglich sollen die Infrastruktureinrichtungen von mehreren Betreibern genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.5	Kommunikations- und Informationstechnologien, Postwesen	Kommuni- kation	Richtfunk	142	G	3.5.3	3.5.3 Bestehende und geplante Richtfunkstrecken sollen von Bebauung freigehalten werden. Antennenträger für Richtfunkstrecken sollen möglichst von mehreren Betreibern genutzt werden.	Ja	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Richtfunkstrecken und sonstige Telekommunikationsstrukturen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da Gleichtaktdrosseln (Filter) zur Reduzierung von Störung eingesetzt werden können, mit dem Ergebnis, dass der weitere sachgerechte Betrieb sichergestellt wird (vgl. Kapitel 7.4).	n.a.	-
3.5	Kommunikations- und Informationstechnologien, Postwesen	Kommuni- kation	Punktuelle Anlagen für die Kommunikation	142	G	3.5.4	3.5.4 Eine flächendeckend angemessene und ausreichende Versorgung mit Postdienstleistungen soll sichergestellt werden. Die Filialnetzstruktur mit stationären Einrichtungen soll sich am System der Zentralen Orte orientieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
Teilregionalplan Windenergie Entwurf - Dezember 2015															
	Windenergie	Erneuerbare Energie	Windenergie	3	Z	3.2.4.3	Z 3.2.4.3 Für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen sind Vorranggebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung gebietsscharf festgelegt. In diesen Vorranggebieten sind alle raumbedeutsamen Vorhaben und Maßnahmen ausgeschlossen, die der Windenergienutzung entgegenstehen. Die Vorranggebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung sind in den Kartenauszügen der Raumnutzungskarte des Einheitlichen Regionalplans dargestellt. Die Kartenauszüge sind Teil der rechtsverbindlichen Raumnutzungskarte. In den Teilflächen von Regionalen Grünzügen (Plansatz 2.1.1 des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar), Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege (Plansatz 2.2.1.2), Vorranggebieten für die Landwirtschaft (Plansatz 2.3.1.2) und Vorranggebieten für Wald und Forstwirtschaft (Plansatz 2.3.2.2), die sich mit Vorranggebieten für die regionalbedeutsame Windenergienutzung überlagern, ist die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zulässig.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein
	Windenergie	Erneuerbare Energie	Windenergie	3	Z	3.2.4.4	Z 3.2.4.4 Im hessischen Teilraum der Region Rhein-Neckar ist die Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb der Vorranggebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung ausgeschlossen. Im rheinland-pfälzischen Teilraum der Region Rhein-Neckar sind Ausschlussgebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung festgelegt. Diese sind in der Karte „Ausschlussgebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung im rheinland-pfälzischen Teilraum der Region Rhein-Neckar“ dargestellt und Teil der rechtsverbindlichen Raumnutzungskarte des Einheitlichen Regionalplans.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
	Windenergie	Erneuerbare Energie	Windenergie	4	G	3.2.4.5	G 3.2.4.5 Im baden-württembergischen Teilraum soll außerhalb der Vorranggebiete und im rheinlandpfälzischen Teilraum außerhalb der Vorrang- und Ausschlussgebiete eine Steuerung der Windenergienutzung im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen. In Orientierung an den regionalplanerischen Leitlinien zur Steuerung der Windenergienutzung soll auch auf kommunaler Ebene eine Konzentration von Windenergieanlagen an geeigneten Standorten angestrebt werden. Dabei sollen die Träger der Flächennutzungsplanung auch interkommunale Lösungen und die Möglichkeiten eines zukünftigen Repowerings von Windenergieanlagen prüfen. Festlegungen zur Begrenzung der Bauhöhe von Windenergieanlagen sollen nur in Einzelfällen vorgenommen werden, wenn sie aufgrund der konkreten Situation notwendig und unter städtebaulichen Aspekten begründet sind. Die unter Plansatz 3.2.4.3 aufgeführte Vereinbarkeit von Vorranggebieten für die regionalbedeutsame Windenergienutzung mit anderen regionalplanerischen Festlegungen gilt grundsätzlich auch für die Ausweisung von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung auf kommunaler Ebene, sofern die Verträglichkeit mit den Funktionen und Nutzungen der Vorranggebiete nachgewiesen wird. Dies bedeutet insbesondere in Bezug auf die Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege die Notwendigkeit zur Durchführung einer ergänzenden naturschutzfachlichen Prüfung.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-

C.1.1.3 REGIONALPLAN MITTLERER OBERRHEIN

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.1	Allgemeine Zielsetzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	-	21	G	1.1.1	1.1 G (1) Die Region Mittlerer Oberrhein ist in ihrer räumlichen Struktur so zu ordnen und zu entwickeln, dass bestmögliche Bedingungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft gewährleistet sind. Hierbei ist darauf zu achten, dass sowohl die Voraussetzungen gesichert sind, die ein erfolgreiches Zusammenwirken mit benachbarten Regionen und Ländern im großräumigen Zusammenhang erfordert, als auch der individuelle Charakter der Region Mittlerer Oberrhein gepflegt und erhalten wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Allgemeine Zielsetzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	-	21	G	1.1.2	G (2) Die Entwicklung der Region soll nachhaltig und ressourcenschonend erfolgen. Sie soll den sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen an den Raum gerecht werden wie auch die Ausübung seiner ökologischen Funktionen ermöglichen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.1	Allgemeine Zielsetzungen	Raum- und Siedlungsstruktur	-	21	G	1.1.3	G (3) Die Zielsetzungen und Maßnahmen zur Entwicklung der Region sind den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Veränderungen anzupassen. Die Möglichkeit, auf sich verändernde Anforderungen an den Raum durch eine entsprechende Gestaltung der Raumnutzungen zu reagieren, ist offenzuhalten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Aufgaben im größeren Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	22	G	1.2.1	1.2.1 G Um die Region stärker auf die Anforderungen und Chancen des europäischen Integrationsprozesses auszurichten, sollen die durch die Länder- und Staatsgrenzen verursachten Hemmnisse durch Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und durch die Verbesserung der räumlichen Erreichbarkeit über die Grenzen hinweg weiter abgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Aufgaben im größeren Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	22	G	1.2.2.1	1.2.2 G (1) Die Voraussetzungen für die Erfüllung der großräumigen Funktion der Region als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum im Oberrheingebiet sowie als wichtiges Bindeglied in den europäischen Nord-Süd- bzw. Ost-West-Verkehrsbeziehungen müssen gesichert und weiter verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Aufgaben im größeren Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	23	G	1.2.2.2	G (2) Die Entwicklung der Region soll zur Verwirklichung der nach den Beschlüssen der Oberrheinkonferenz gemeinsam für das Oberrheingebiet verfolgten Zielsetzungen beitragen. Hierzu ist insbesondere – auf einen haushälterischen Umgang mit dem natürlichen Potential des Oberrheingebietes, – auf den Ausbau des im Ansatz vorhandenen mehrpoligen Städternetzes und eine dezentrale Siedlungspolitik, – auf eine Beschleunigung des erforderlichen wirtschaftlichen Strukturwandels, – auf die Verbesserung sowohl des Anschlusses an den internationalen Verkehr als auch der inneren Verkehrserschließung und der stärkeren Verknüpfung der Nahverkehrsnetze, – auf die Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit, bessere Kenntnisse der Sprache des Nachbarn und die Vorbereitung auf eine kulturell vielgestaltige Gesellschaft hinzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.2	Aufgaben im größeren Raum	Raum- und Siedlungsstruktur	-	23	G	1.2.2.3	G (3) Im Rahmen der Zielsetzungen für das gesamte Oberrheingebiet soll die Entwicklung der Region insbesondere auch dazu beitragen, dass – die Teilräume des badisch-südpfälzisch-nordelsässischen PAMINA- Raums zu einem einheitlichen Funktionsraum zusammenwachsen, – die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Chancen für die Bevölkerung des PAMINA-Raums angeglichen werden und – die Entwicklungschancen des PAMINA-Raums durch verstärkte Kooperation und Abstimmung zwischen den Teilräumen verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	26	G	1.3.1.1	1.3.1 G (1) Die Entwicklung der Region soll so gefördert werden, dass ihre vielfältigen Eignungen als Wirtschaftsraum, Wissenschaftsstandort und als Erholungslandschaft genutzt werden können.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	26	G	1.3.1.2	G (2) Der Leistungsaustausch innerhalb der Region soll verstärkt werden. Die Entwicklung der einzelnen Teilräume ist so aufeinander abzustimmen, dass ihr Zusammenwirken als Funktionsräume, die sich gegenseitig ergänzen, gesichert und weiter verbessert wird. Das Gefälle zwischen den leistungsstarken und leistungsschwachen Teilen der Region ist zu verringern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	26	G	1.3.1.3	G (3) Bei der Entwicklung des Freiraumes, der Siedlungs- und der Infrastruktur sind die wechselseitigen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu berücksichtigen. Raumbeeinflussende Maßnahmen sollen so aufeinander ausgerichtet werden, dass sowohl die Lebensqualität in den Siedlungen für die Menschen vor Ort als auch die ökologische Qualität der Freiräume gesichert und verbessert werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert.	Nein	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	26	G	1.3.2.1	1.3.2 G (1) Der Verdichtungsraum Karlsruhe (s. Strukturkarte) soll in seiner räumlichen Struktur so entwickelt werden, dass er seine übergeordneten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen kann. Die weitere Entwicklung der Siedlungs- und Freiraumnutzungen muss gewährleisten, dass gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen und eine ausgewogene Wirtschafts- und Sozialstruktur sichergestellt werden können. Auftretenden Verdichtungsschäden ist entgegenzuwirken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	26	G	1.3.2.2	G (2) Um die ökologische Stabilität des Verdichtungsraumes zu erhalten, sollen die vorhandenen naturnahen Freiflächen in besonderem Maße gesichert und in ihrer Funktionsfähigkeit verbessert werden. Eingriffe in Freiflächen sollen nur in unvermeidbaren Fällen vorgenommen und angemessen ausgeglichen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die naturnahen Freiflächen sind nicht hinreichend räumlich verortet. Jedoch wird die Thematik über die schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege mit aufgegriffen	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	27	G	1.3.2.3	G (3) In der Randzone um den Verdichtungsraum (s. Strukturkarte) soll zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Verdichtungsraum wie auch im angrenzenden ländlichen Raum die Schaffung neuer Wohnund Arbeitsstätten fortgesetzt werden. Die durch die Nähe zum Verdichtungsraum günstigen Standortvoraussetzungen sind weiter zu verbessern, um insbesondere die Entlastungsfunktion der Randzone für den Verdichtungsraum zu stärken. Der Verdichtungsprozess in der Randzone ist maßvoll zu halten und so zu lenken, dass die allgemeinen Lebensbedingungen sich nicht verschlechtern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	27	G	1.3.2.4	G (4) Die ökologische Stabilität der Randzone ist als Voraussetzung ihrer Wohlfahrtswirkungen für den Verdichtungsraum und ihrer Bedeutung für die verschiedenen Freiraumfunktionen zu sichern und weiter zu entwickeln.	Ja	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	Nein	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	27	G	1.3.2.5	G (5) Im Ländlichen Raum (s. Strukturkarte) sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Hierzu sollen die Erwerbsgrundlagen nachhaltig gesichert und vermehrt, die Leistungskraft und Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte verbessert sowie der Leistungsaustausch mit dem Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum verstärkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.3	Grundsätze zur Entwicklung der Region	Raum- und Siedlungsstruktur	-	27	G	1.3.2.6	G (6) Die ökologische Stabilität des ländlichen Raums, die ihn prägende land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung sowie die Bedeutung für die Erholung sind zu sichern und weiter zu entwickeln.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert.	Nein	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	30	Z	1.4.1	1.4 Z (1) Die Siedlungsstruktur der Region ist als punktachsiale Siedlungsstruktur zu sichern und weiter zu entwickeln. Hierzu ist die großräumige Siedlungsentwicklung auf Schwerpunkte (Siedlungsbereiche) und auf ein Netz von Entwicklungsachsen auszurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	30	G	1.4.2	G (2) Als prägendes Element der regionalen Siedlungsstruktur ist das System der Zentralen Orte zu erhalten und weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	30	G	1.4.3	G (3) Die Ausweisung neuer Bauflächen innerhalb der Gemeinden bzw. Ortsteile soll den jeweiligen großräumigen Funktionen entsprechen. Der Umfang der Ausweisungen ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die Lage neuer Bauflächen soll so gewählt werden, dass eine bestmögliche Zuordnung zu den vorhandenen Versorgungseinrichtungen und zum öffentlichen Schienennahverkehr erreicht wird. Wohngebiete und Erholungseinrichtungen sollen möglichst außerhalb von Immissions- und Lärmzonen liegen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	31	G	1.4.4	G (4) Vor der Neuausweisung von Bauflächen soll der Bedarf durch Verbesserung des vorhandenen Siedlungsbestandes oder die Ausschöpfung noch bestehender Nutzungsmöglichkeiten innerhalb der bestehenden Baugebiete gedeckt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	31	G	1.4.5	G (5) Die bestehende Bebauung soll - soweit erforderlich - saniert und modernisiert werden. Funktion, Maßstab und historischem Wert der bestehenden Bebauung soll hierbei Rechnung getragen werden. In den vorhandenen Wohngebieten sollen Maßnahmen getroffen werden, die die Belastungen durch Lärm und Immissionen auf ein Minimum reduzieren. <i>Der Schutz und die Pflege von Kulturdenkmälern und Bodendenkmälern soll gewährleistet werden.</i>	Ja	Ja	Nein	-	-	Die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Kultur- und Sachgüter aufgegriffen	Nein	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	31	G	1.4.6	G (6) Die Zersiedlung der Landschaft ist zu verhindern. Hierzu sollen – die Siedlungsflächen konzentriert und bauliche Anlagen zusammengefasst werden, – zwischen den Siedlungskörpern möglichst große, zusammenhängende Freiräume erhalten und das Entstehen bandartiger Siedlungsstrukturen verhindert werden, – Neubebauungen an die bestehende Ortsbebauung angeschlossen und an das Erscheinungsbild und die besondere Eigenart sowohl des Ortes selbst als auch der umliegenden Landschaft angepasst werden, – die Ortsränder geordnet gestaltet und durch geeignete Maßnahmen in die Landschaft eingebunden werden, – die Errichtung einzelner Gebäude und Anlagen in der freien Landschaft verhindert werden, – ökologisch bedeutende und bioklimatisch wirksame Klein- und Vernetzungsstrukturen innerhalb der Siedlungsräume erhalten und entwickelt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht hinreichend räumlich verortet	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	31	Z	1.4.7	Z (7) Als Schutzbedürftige Bereiche (Vorranggebiete) für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Kapitel 3.3.5.2) ausgewiesene vorhandene und potentielle Überschwemmungsflächen, d. h. Bachauen und Niederungen, ausgewiesene Überschwemmungsgebiete sowie bestehende und geplante raumbedeutsame Rückhalteräume/Hochwasserrückhaltebecken dürfen nicht bebaut werden.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	31	G	1.4.8	G (8) In Gebieten mit geringem Grundwasserflurabstand soll die Ausweisung von Bauflächen vermieden werden. In den Grundwasserzustrombereichen zu den Wasserentnahmestellen sollen Bauflächenerweiterungen begrenzt werden, wenn die Grundwasserneubildung beeinträchtigt wird oder Risiken für die Grundwasserqualität zu befürchten sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.4	Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	32	G	1.4.9	G (9) Um die zur Verbesserung des Klimas wichtigen Kaltluftabflüsse nicht zu behindern, soll die Besiedlung der in Frage kommenden Tal- und Hangbereiche künftig ausgeschlossen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	33	G	1.5.1	1.5 G (1) Die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft ist so zu fördern, dass ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird, sie zur Verwirklichung eines möglichst ausgewogenen Wirtschaftswachstums im gesamten Land sowie im PAMINA-Raum beiträgt und für die Bevölkerung der Region ausreichende, vielseitige und krisenfeste Erwerbsgrundlagen erhalten oder geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	33	G	1.5.2	G (2) Die in weiten Teilen der Region günstige sektorale Struktur ist zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern. Hierzu sollen die vorhandenen Erwerbsstellen gesichert und sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor neue Erwerbsstellen geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	34	G	1.5.3	G (3) In Räumen mit einseitiger Wirtschaftsstruktur ist eine größere Vielfalt der Betriebsgrößen und Branchen und ein ausgewogeneres Verhältnis der Wirtschaftsstrukturen anzustreben. Entwicklungen, die das Entstehen einseitiger Wirtschaftsstrukturen begünstigen, sollen verhindert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	34	G	1.5.4	G (4) Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sollen Forschungsintensität, Innovation und Technologietransfer in der Region gefördert werden. Hierzu ist unter Beachtung der zentralörtlichen Gliederung das Netz der Technologie- und Gründerzentren bedarfsgerecht auszubauen und die Leistungsfähigkeit der Forschungseinrichtungen sowie der Technologieberatung und -vermittlung zu sichern und bei Bedarf zu verstärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	34	G	1.5.5	G (5) Zur Stabilisierung des regionalen Arbeitsmarktes sind – Entscheidungen und Maßnahmen der Regional-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik weitgehend und wirkungsvoll aufeinander abzustimmen, – ausreichende Qualifizierungsangebote zu schaffen, um den von Arbeitslosigkeit Bedrohten oder bereits Betroffenen mehr Chancen zum Erhalt bzw. zur Wiedererlangung einer Beschäftigung zu geben, – Maßnahmen der Integration und des Überganges besonders benachteiligter Beschäftigungsgruppen in den ersten Arbeitsmarkt besonders zu fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.5	Grundsätze zur Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	34	V	1.5.6	V (6) Angesichts der engen Kooperation über die Grenzen am Oberrhein sollen die Möglichkeiten einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden Wirtschaftsförderung insbesondere im PAMINA-Raum geprüft werden. Hierfür sind die besonderen raumstrukturellen Gegebenheiten zu berücksichtigen und alle berührten Stellen und Organisationen, insbesondere der Wirtschaft, mit einzubeziehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft	36	G	1.6.1.1	1.6.1 G (1) Die Landschaft soll als Grundlage für alle Raumnutzungen so entwickelt und geschützt werden, dass die Stabilität und die Wohlfahrtswirkungen des Naturhaushalts erhalten und nachhaltig gesichert werden. Hierzu sollen – möglichst große zusammenhängende Freiräume gesichert und entwickelt werden, – zusammenhängende Freiräume erhalten und vorhandene Durchschneidungen - wenn möglich - beseitigt werden, – die verschiedenen Funktionen der Naturgüter als Bestandteile des Naturhaushaltes gesichert und ihre Beeinträchtigung so gering wie möglich gehalten werden, – die biologische Regulations- und Regenerationsfähigkeit erhalten und verbessert werden, – die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter und die Vielfalt der Naturlandschaft erhalten und soweit erforderlich wieder hergestellt werden, – die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft bewahrt und soweit erforderlich wieder hergestellt werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert.	Nein	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft	36	G	1.6.1.2	G (2) Wertvolle Biotop und andere landschaftstypische Ökosysteme sollen geschützt und durch aktive Sanierungsmaßnahmen weiterentwickelt werden. Die Extensivierung der Freiraumnutzungen ist zu fördern.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert.	Nein	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Landschaftsschutz, Kulturlandschaft	36	G	1.6.1.3	G (3) Eingriffe, die den Naturhaushalt schädigen, sollen vermieden, nicht vermeidbare Eingriffe so gering wie möglich gehalten werden. Bereits bestehende Belastungen sind zu verringern. Vor allem sind weitere qualitative und quantitative Belastungen des Bodens, des Wassers, des Klimas und der Luft sowie der Tier- und Pflanzenwelt sowie die Beeinträchtigung der Wechselwirkungen zu unterlassen.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht hinreichend inhaltlich konkretisiert	-	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Bodenschutz	36	G	1.6.2.4	1.6.2 G (4) Der Boden soll in seinem Ausmaß bewahrt und pfleglich genutzt werden. Dazu sollen insbesondere – die Flächeninanspruchnahme durch Besiedlung, infrastrukturelle Einrichtungen und oberflächennahe Rohstoffgewinnung auf das unbedingt notwendige Mindestmaß begrenzt, – diese Nutzungsansprüche auf vorbelastete, weniger bedeutsame und weniger empfindliche Böden gelenkt, – Böden mit hoher natürlicher Fruchtbarkeit von anderen Nutzungen freigehalten, – der Bodenaushub sparsam und schonend durchgeführt und sinnvoll verwertet, – die Erosion verringert und – die Bodenrohstoffe in größtmöglichem Umfang durch Recyclingprodukte substituiert werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Böden sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Böden sind auszuschließen. Eine Berücksichtigung der Bodenbelange erfolgt indirekt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Bodenschutz	37	G	1.6.2.5	G (5) Der Boden soll in seinen natürlichen Eigenschaften erhalten werden. Diese sind bei der Nutzung zu berücksichtigen. Dazu sollen insbesondere – Bodenverdichtungen, Veränderungen des Bodenaufbaus und Veränderungen der Standorteigenschaften durch Bodenentwässerung vermieden, – der emissions- und nutzungsbedingte Eintrag von Schadstoffen und der übermäßige Nährstoffeintrag soweit wie möglich verringert werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Böden sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Böden sind auszuschließen. Eine Berücksichtigung der Bodenbelange erfolgt indirekt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft	Nein	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Bodenschutz	37	G	1.6.2.6	G (6) Bestehende Beeinträchtigungen des Bodens sollen abgebaut werden, soweit dies keine anderweitigen Schäden mit sich bringt. Dazu sollen – nicht mehr genutzte, versiegelte Flächen rückgebaut und rekultiviert, – Vollversiegelungen durch wasserdurchlässige Beläge ersetzt, sofern es die Nutzungsart zulässt, – schadstoffbelastete Böden saniert oder zumindest gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Wasserwirtschaft	Grundwasserschutz	37	G	1.6.2.7	1.6.3 G (7) Zur Gewährleistung einer hohen Qualität und ausreichenden Menge des Grundwassers sollen – die Infiltration des Niederschlags in den Untergrund erhalten bzw. wieder hergestellt, – Drainagen feuchter Gebiete unterlassen, – der Eintrag von Stoffen in das Grundwasser, die dessen Eigenschaften nachteilig verändern können, verhindert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Gewässerschutz	38	G	1.6.2.8	G (8) Die Qualität der fließenden und stehenden Gewässer soll gesichert und entwickelt werden; die Abflussmengen der Fließgewässer sollen die jeweilige Mindestwasserführung nicht unterschreiten. Hierzu sollen insbesondere – die Gewässer und ihre natürlichen Ausdehnungsräume als Lebensräume erhalten bzw. wieder hergestellt, – durchgängige Gewässerrandstreifen angelegt, – der Eintrag von Fremdstoffen in die Oberflächengewässer verhindert werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	Nein	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	-	38	G	1.6.4.9	1.6.4 G (9) Belastungen von Luft und Klima sollen gering gehalten werden. Hierzu sollen – Emissionen aus Quellen innerhalb und außerhalb der Region vermieden, – natürliche Belüftungs- und Ausgleichssysteme funktionsfähig erhalten werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Naturschutz	38	G	1.6.5.10	1.6.5 G (10) Die heimische und standorttypische Tier- und Pflanzenwelt soll in ihren natürlichen Lebensräumen erhalten werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert.	Nein	-
1.6	Grundsätze zum Schutz und zur Entwicklung der Landschaft	Freiraumschutz	Naturschutz	38	G	1.6.5.11	G (11) Wo notwendig, sollen geeignete Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschaffen und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Grundsätze zur Entwicklung der Infrastruktur	Verkehr, Entsorgung, Energieversorgung	-	41	G	1.7.1	1.7 G (1) Die Entwicklung der Infrastruktur ist auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft und auf die großräumigen Aufgaben und Funktionen der Region auszurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Grundsätze zur Entwicklung der Infrastruktur	Verkehr, Entsorgung, Energieversorgung	-	41	G	1.7.2	G (2) Infrastruktureinrichtungen, die regionale Bedeutung oder Bedeutung für größere Teilräume der Region haben, sind ihrem Maßstab entsprechend in enger regionaler Kooperation zu planen und zu verwirklichen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
1.7	Grundsätze zur Entwicklung der Infrastruktur	Verkehr, Entsorgung, Energieversorgung	-	41	G	1.7.3	G (3) Trassen und Standorte der Infrastruktureinrichtungen sind auf die Siedlungs- und Freiraumentwicklung abzustimmen. Die Errichtung neuer Anlagen und die Wahl der technischen Verfahren sollen so erfolgen, dass die Belastungen des Raums und der Verbrauch zusätzlicher Flächen möglichst gering gehalten werden. Die Zerschneidung der Freiräume soll durch die Bündelung der Trassen und Standorte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") der verbal-argumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	N	2.1.1.1	2.1.1 N (1) Zentrale Orte sind das im Landesentwicklungsplan festgelegte Oberzentrum, die ebenfalls im Landesentwicklungsplan ausgewiesenen Mittelzentren sowie die Unter- und Kleinzentren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	N	2.1.1.2	N (2) Die Zentralen Orte der einzelnen Stufen sollen so ausgestattet sein, dass die überörtliche Versorgung der Bevölkerung aller Teile der Region mit Gütern und Dienstleistungen jeglicher Art gewährleistet ist. Die hierfür benötigten Einrichtungen sollen bevorzugt im Versorgungskern der Zentralen Orte errichtet und ausgebaut werden. Sie sollen unter möglichst geringem Zeit- und Kostenaufwand für die Bevölkerung des Verflechtungsbereiches erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	N	2.1.2.1	2.1.2 N (1) Oberzentrum der Region ist die Stadt Karlsruhe.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	Z	2.1.2.2	2.1.2 Z (2) Die zentralörtliche Ausstattung des Oberzentrums für – die Deckung des Grund- und gehobenen Bedarfs des Stadtgebietes und des ihm zugeordneten Mittelbereiches, – die Versorgung der gesamten Region und der mit ihr verflochtenen Räume diesseits und jenseits der Landes- und Staatsgrenze mit hochqualifizierten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, – die Erfüllung weiterer überregionaler, nationaler und europäischer Funktionen ist zu sichern und weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	N	2.1.3.1	2.1.3 N (1) Mittelzentren sind die Städte Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Gaggenau/Gernsbach und Rastatt	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	45	Z	2.1.2.3	2.1.3 Z (2) Die zentralörtliche Ausstattung der Mittelzentren für – die Deckung des Grundbedarfs ihrer Nahbereiche, – die Deckung des gehobenen Bedarfs der ihnen zugeordneten Mittelbereiche ist zu sichern und weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	46	Z	2.1.4.1	2.1.4 Z (1) Unterzentren sind die Städte und Gemeinden Bad Schönborn/Östringen, Karlsbad, Philippsburg, Rheinmünster/Lichtenau, Stutensee und Waghäusel.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	46	Z	2.1.4.2	Z (2) Die zentralörtliche Ausstattung der Unterzentren für – die Deckung des Grundbedarfs ihrer Nahbereiche, – die Versorgung der eigenen wie benachbarter Nahbereiche mit Teilleistungen zur Deckung des gehobenen Bedarfs ist zu sichern und weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	46	Z	2.1.5.1	2.1.5 Z (1) Kleinzentren sind die Städte und Gemeinden Bühlertal, Durmersheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Forbach, Graben-Neudorf, Kuppenheim, Kraichtal, Linkenheim- Hochstetten, Malsch, Oberderdingen, Pfintzal, Rheinstetten, Sinzheim, Sulzfeld, Ubstadt-Weiher und Waldbronn.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.1	Zentrale Orte	Raum- und Siedlungsstruktur	Zentrale Orte	46	Z	2.1.5.2	Z (2) Die zentralörtliche Ausstattung der Kleinzentren ist für die Deckung des Grundbedarfs ihrer Nahbereiche zu sichern und weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	49	N	2.2.1.1	2.2.1 N Entwicklungssachsen dienen der Konzentration und geordneten Entwicklung der Siedlungsstruktur sowie der Verkehrs- und Versorgungsstränge für den großräumigen Leistungsaustausch. Das Netz der Entwicklungssachsen besteht aus den Entwicklungssachsen des Landesentwicklungsplanes und den Regionalen Entwicklungssachsen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	49	N	2.2.1.2	2.2.2 N Entwicklungssachsen des Landesentwicklungsplanes sind die Entwicklungssachsen – (Mannheim) - Waghäusel - Graben-Neudorf - Linkenheim-Hochstetten - Eggenstein-Leopoldshafen - Karlsruhe - Rheinstetten - Durmersheim - Rastatt - Sinzheim - Bühl - (Offenburg), – (Heidelberg) - Bad Schönborn - Ubstadt-Weiher - Bruchsal - Karlsruhe, – Bruchsal - Bretten - (Mühlacker), – (Wörth) - Karlsruhe - Pfintzal - (Pforzheim), – Karlsruhe - Pfintzal - Bretten - Sulzfeld - (Heilbronn), – Rastatt - Kuppenheim - Gaggenau/Gernsbach - Forbach - (Freudenstadt).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	49	Z	2.2.3	2.2.3 Z In Ergänzung der Entwicklungssachsen des Landesentwicklungsplanes – verknüpft die Regionale Entwicklungssachse Karlsruhe - Ettlingen - Malsch - Rastatt in Parallellage zur Entwicklungsachse des Landesentwicklungsplanes über Rheinstetten - Durmersheim das Oberzentrum mit dem Rastatter Raum, – verbindet die Regionale Entwicklungssachse (Germersheim) - Philippsburg - Graben-Neudorf - Bruchsal als Verlängerung der Achse des Landesentwicklungsplanes Bruchsal - Bretten - (Mühlacker) die nördliche Region mit dem südpfälzischen Raum, – stellt die Regionale Entwicklungssachse Philippsburg - Waghäusel – Bad Schönborn - Östringen - (Sinsheim) im Norden der Region eine weitere Verbindung mit dem Raum Südpfalz her, – verknüpft die Regionale Entwicklungssachse Rastatt - (Beinheim/ Roppenheim) die Achsen des Rhein- und des Murgtales mit wichtigen Verkehrslinien und Entwicklungsschwerpunkten des nördlichen Elsass, – verbessert die Regionale Entwicklungssachse Bühl - Rheinmünster/ Lichtenau - (Haguenau/Bischwiller) die Anbindung des Bühler Raumes an das linksrheinische Gebiet um Haguenau und Bischwiller, – unterstützt die Regionale Entwicklungssachse Rastatt - Rheinmünster/Lichtenau den Ausbau des Baden-Airparks und seines Umfeldes.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.2	Entwicklungssachsen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklungsachsen	50	G	2.2.4	2.2.4 G Das Netz der Entwicklungssachsen ist in seiner inneren Struktur so auszubilden und weiter auszubauen, dass die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf Schwerpunkte und die Bündelung der Infrastruktur unterstützt und der Leistungsaustausch zwischen den Siedlungsschwerpunkten der Region und den Schwerpunkten benachbarter Räume verbessert wird. Hierzu soll – die Schaffung zusätzlicher Wohn- und Arbeitsstätten vorrangig auf die Siedlungsbereiche innerhalb der Entwicklungsachsen konzentriert werden, – die Gliederung der Entwicklungsachsen durch Freiräume zwischen den einzelnen Siedlungen im Verlauf der Achsen erhalten und das Entstehen von ungegliederten Siedlungsbändern verhindert werden, – die für den Leistungsaustausch, insbesondere auch für den Öffentlichen Personennahverkehr, bedeutsame Infrastruktur der Entwicklungsachsen gesichert, bei Bedarf weiter ausgebaut und hierbei nach Möglichkeit räumlich zusammengefasst werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	53	N	2.3.1	2.3.1 N Siedlungsbereiche sind Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung. Sie dienen der räumlichen Konzentration der Eigenentwicklung sowie der über die Eigenentwicklung hinausgehenden Siedlungstätigkeit.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	53	Z	2.3.2	2.3.2 Z Siedlungsbereiche innerhalb der Entwicklungsachsen sind die in der folgenden Tabelle aufgeführten Gemeinden, Stadt- oder Ortsteile	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs-entwicklung	54	Z	2.3.3	2.3.3 Z Zur Wahrung des regionalen Siedlungsgefüges werden die Siedlungsbereiche der Entwicklungsachsen durch zusätzliche, außerhalb der Entwicklungsachsen gelegene Siedlungsbereiche ergänzt. Siedlungsbereiche außerhalb der Entwicklungsachsen sind die in der folgenden Tabelle aufgeführten Stadt- und Ortsteile: (...)	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	54	G	2.3.4.1	2.3.4 G (1) Die Entwicklung in den Siedlungsbereichen soll vorausschauend und unter Berücksichtigung der regionalen und überregionalen Funktionen und der natürlichen Gegebenheiten geplant werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	54	G	2.3.4.2	G (2) Die Funktion der Siedlungsbereiche als Schwerpunkte der künftigen Siedlungsentwicklung soll durch andere Funktionen und Nutzungen nicht beeinträchtigt werden. Die Entwicklung der einzelnen Siedlungsbereiche soll aufeinander abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	55	G	2.3.4.3	G (3) Die Siedlungsbereiche Bühl – Oberweier, Ettlingen – Kernstadt, – Spessart, Karlsruhe – Wettersbach Lichtenau – Ulm, sollen gemäß Spalte 3 der Tabelle auf Seite 34 vorrangig als Schwerpunkte für Wohnen entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.3	Siedlungsbereiche	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	55	G	2.3.4.4	G (4) Bei der Entwicklung der Stadt Karlsruhe kann aufgrund ihrer besonderen Struktur und Funktion die Bereitstellung von Flächen für spezifische Einrichtungen des tertiären Sektors mit regionaler und überregionaler Bedeutung auch außerhalb der als Siedlungsbereiche ausgewiesenen Stadtteile erforderlich werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	56	G	2.4.2.1	2.4.2 G (1) Die Ermittlung des Bauflächenbedarfs orientiert sich an der in Plansatz 2.3. zugewiesenen überörtlichen Funktion und den raumordnerischen Zielsetzungen für die Freiraumstruktur.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	Z	2.4.2.2	Z (2) In den Siedlungsbereichen (Kapitel 2.3) ist die Ausweisung von Bauflächen zur Errichtung neuer Wohn- und Arbeitsstätten für den aus der Eigenentwicklung und den aus Wanderungsgewinnen sich ergebenden Bedarf vorzusehen. In den Schwerpunkten für Wohnen gemäß Kapitel 2.3.4 ist die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen auf den Eigenbedarf zu beschränken.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Diesbzgl. wird auf die Erläuterungen zu den Erfassungskriterien in Kapitel 6.2.6 verweisen	Ja	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	G	2.4.2.3	G (3) In den Schwerpunkten für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen (Kapitel 2.5) sollen die für die gewerbliche Entwicklung benötigten Flächen bereitgestellt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	G	2.4.2.4	G (4) In den Gemeinden und Ortsteilen ohne Schwerpunktfunktion sollen bei der Flächenermittlung keine Wanderungsgewinne berücksichtigt werden. Die Ausweisung von Bauflächen für Wohn- und Arbeitsstätten soll sich an dem aus der Eigenentwicklung resultierenden inneren Bedarf orientieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	G	2.4.2.5	G (5) In allen Gemeinden der Region soll bei Bedarf vor der Ausweisung und Bebauung neuer Flächen auf die im Siedlungsbestand nutzbaren Potenziale sowie die bereits planungsrechtlich gesicherten Flächenreserven zurückgegriffen werden. Insbesondere sollen militärische und gewerbliche („Gewerbebrachen“) Konversionsflächen verstärkt reaktiviert und die Möglichkeiten zu einer angemessenen Nachverdichtung des Bestandes genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	G	2.4.2.6	G (6) Zur Sicherung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung sollen bei der Berechnung von Wohnbauflächen in Flächennutzungsplänen angemessene Siedlungsdichten zugrunde gelegt werden. In Abstimmung mit der jeweiligen Funktion innerhalb des regionalen Siedlungsgefüges sollen für – Siedlungsbereiche in Mittelzentren 80 EW – Siedlungsbereiche in Mittelzentren 80 EW/ha – Sonstige Siedlungsbereiche 60 EW/ha – Sonstige Gemeinden und Ortsteile 50 EW/ha angestrebt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	N	2.4.2.7	N (7) Für den Bereich des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe gelten die Orientierungswerte des im Flächennutzungsplan dargelegten Dichtemodells.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.4	Grundlagen zur Ermittlung des Bauflächenbedarfs und zur Verortung von Siedlungserweiterungsf lächen	Raum- und Siedlungsstruktur	Siedlungs- entwicklung	57	V	2.4.2.8	V (8) Die Ausweisung von Wohn- und Gewerbebauflächen außerhalb des Siedlungsbestandes soll innerhalb der in der Raumnutzungskarte dargestellten, regionalplanerisch abgestimmten Bereiche für Siedlungserweiterungen erfolgen.	Ja	n.a.	n.a.	n.a.	-	Bei diesem Vorschlag handelt es sich nicht um eine Erforderniss der Raumordnung. Die Thematik wird daher im Kapitel "sonstige öffentliche und private Belange" berücksichtigt.	n.a.	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	61	G	2.5.1.1	2.5.1 G (1) Die Ausweisung von Schwerpunkten für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen dient der Sicherstellung geeigneter Standorte für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbebetrieben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	61	G	2.5.1.2	G (2) Zusätzliche Bauflächen sollen in den Schwerpunkten für Industrie und von Dienstleistungseinrichtungen nur im Anschluss an bestehende Siedlungsflächen vorgesehen und dort ausgewiesen werden, wo unter Berücksichtigung infrastruktureller Gegebenheiten und unter Beachtung ökologischer Belange günstige Ansiedlungsbedingungen vorhanden sind. Größere Flächen sollen als interkommunale Schwerpunkte entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	61	Z	2.5.2.1	2.5.2 Z (1) Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen sind die in der folgenden Tabelle aufgeführten Gemeinden, Stadt- und Ortsteile: (...)	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	62	G	2.5.2.2	G (2) In den Schwerpunkten sollen frühzeitig die Voraussetzungen für eine schnelle Deckung des Flächenbedarfs geschaffen werden. Für übergemeindliche Gewerbestandorte sind geeignete Organisations- und Kooperationsformen zu entwickeln.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	62	G	2.5.2.3	G (3) Als entwicklungspolitisch für die Region besonders bedeutsame Standorte sollen – Malsch, Philippsburg und Waghäusel-Wiesental wegen ihrer großen Flächenreserven für größere Einzelvorhaben oder für die Ansiedlung mehrerer Unternehmen in einem Industrie- oder Gewerbepark, – Oberderdingen-Flehingen als gemeinsamer Gewerbestandort für die Verwaltungsgemeinschaften Oberderdingen/Kürnbach und Sulzfeld/Zaisenhausen, – Rheinmünster/Hügelsheim (Baden-Airpark) als Standort für gewerbliche Nutzungen und Dienstleistungsnutzungen, die dem ursprünglichen Konversionsziel dienen (besondere Eignung für flugaffines Gewerbe und innovative High- Tech-Betriebe), – Rheinstetten-Forchheim als Standort für die Neue Messe Karlsruhe in Verbindung mit einem großflächigen Gewerbegebiet vorsorglich gesichert und in ihrer Entwicklung besonders gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	62	Z	2.5.3.1	2.5.3 Z (1) Gewährleistung einer ausgewogenen Einzelhandelsstruktur Die Ausweisung, Errichtung oder Erweiterung von regionalbedeutsamen Einkaufszentren, großflächigen Einzelhandelsbetrieben und sonstigen großflächigen Handelsbetrieben für Endverbraucher (Einzelhandelsgroßprojekte) ist so zu lenken, dass sie sich in das Siedlungsgefüge und das zentralörtliche Versorgungssystem der Region sowie benachbarter Räume einfügen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	63	Z	2.5.3.2	Z (2) Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte sind nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren zulässig. Ausnahmsweise kommen auch Standorte in Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion in Betracht, wenn dies zur Sicherung der Grundversorgung geboten ist. Hersteller-Direktverkaufszentren sind nur in Oberzentren zulässig. Bei einer Geschossfläche von weniger als 5.000 qm können ausnahmsweise auch Standorte in Mittelzentren in Betracht kommen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	63	Z	2.5.3.3	Z (3) Beeinträchtigungsverbot und Kongruenzgebot Einzelhandelsgroßprojekte dürfen die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortskerne sowie die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich nicht wesentlich beeinträchtigen. Ihre Verkaufsfläche ist auf die Einwohnerzahl des zentralen Ortes und dessen Verflechtungsbereich abzustimmen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	63	Z	2.5.3.4	Z (4) Einzelhandelsgroßprojekte sind in den in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen Vorranggebieten (Integrierten Lagen) anzusiedeln. Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevanten Sortimenten dürfen nur in diesen Standorten ausgewiesen, errichtet und erweitert werden. Ihre Ausweisung und Errichtung außerhalb der Integrierten Lagen ist ausgeschlossen (Ausschlussgebiet). Ausnahmsweise sind bestandsorientierte Erweiterungen zulässig, sofern sie entsprechend der Z (1) bis Z (3) regionalplanerisch verträglich sind. Zentrenrelevante Randsortimente sind außerhalb der Vorranggebiete zulässig, sofern sie entsprechend der Z (1) bis Z (3) regionalplanerisch verträglich sind.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	63	Z	2.5.3.5	Z (5) Vorbehaltsgebiete für Einzelhandelsgroßprojekte (Ergänzungsstandorte) Einzelhandelsgroßprojekte mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten sollen in den Integrierten Lagen angesiedelt werden. Falls dort keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, sind städtebauliche Randlagen zulässig. Für die Ausweisung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten geeignete Standortlagen werden in der Raumnutzungskarte als Vorbehaltsgebiete (Ergänzungsstandorte) festgelegt. Ausnahmsweise ist die Ausweisung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten außerhalb der Integrierten Standorte und der Ergänzungsstandorte zulässig, wenn dort keine geeigneten Flächen verfügbar sind, eine regionalplanerisch abgestimmte Standortsuche durchgeführt und die regionalplanerische Verträglichkeit entsprechend der Z (1) bis Z (3) nachgewiesen wird.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	63	Z	2.5.3.6	Z (6) Für Einzelhandelsgroßprojekte mit nahversorgungsrelevanten Hauptsortimenten gelten das Konzentrationsgebot, das Integrationsgebot, das Beeinträchtigungsverbot und das Kongruenzgebot. Die Verträglichkeit der Einzelhandelsgroßprojekte ist nachzuweisen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	V	2.5.3.7	V (7) Bebauungspläne mit Festsetzung GE oder GI, denen die BauNVO 1962 oder 1968 zugrunde liegt, sollen auf die aktuelle BauNVO umgestellt werden. Raumordnerisch und städtebaulich nicht vertretbare Entwicklungen durch die Ausweisung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten, vor allem mit zentrenrelevanten Sortimenten, sind zu vermeiden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	G	2.5.3.8	G (8) Im Rahmen der Bauleitplanung sind die innerörtlichen zentral und günstig zu Wohngebieten gelegenen Einzelhandelsstandorte zu fördern. Neue Standorte sollen für den Fußgänger- und Radverkehr gut erschlossen und mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	G	2.5.3.9	G (9) Zur Ordnung und Standortentwicklung von Einzelhandelsgroßprojekten sowie zur Sicherung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung sollen die Gemeinden kommunale oder interkommunale Entwicklungskonzepte erarbeiten, die mit dem regionalen Einzelhandelskonzept abgestimmt sind.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
2.5	Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen	Raum- und Siedlungsstruktur	Entwicklung von Gewerbe und Industrie	64	Z	2.5.3.10	Z (10) Einzelhandelsbetriebe, die aufgrund ihres räumlichen und funktionalen Zusammenhangs (Agglomeration) negative raumordnerische und städtebauliche Folgeeffekte auslösen können, sind wie ein einheitliches Vorhaben zu beurteilen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	G	3.2.1	3.2.1 G Zur Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen besiedelten Räumen und Freiräumen sollen die Freiräume in den dicht besiedelten Räumen als Regionale Grünzüge sowie die Freiräume zwischen dicht benachbarten Siedlungsgebieten als Grünzäsuren geschützt werden.	Ja	Ja	Ja	Reg. Grünzug	-	-	Ja	Ja
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	Z	3.2.2.1	3.2.2 Z (1) Die Regionalen Grünzüge (s. Raumnutzungskarte) nehmen Ausgleichsfunktionen für die besiedelten Flächen wahr. Sie sind als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Die bauliche Nutzung der Regionalen Grünzüge über die in G (2) genannten Ausnahmen hinaus ist ausgeschlossen.	Ja	Ja	Ja	Reg. Grünzug	-	-	Ja	Ja
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	G	3.2.2.2	G (2) Die Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Bei der Durchführung unvermeidbarer Maßnahmen ist dem Schutz ökologisch sensibler Bereiche eine besondere Bedeutung beizumessen.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	G	3.2.2.3	G (3) Die weitere Ausformung der Regionalen Grünzüge hinsichtlich ihrer Funktionen, Nutzungen und Abgrenzungen erfolgt im Rahmen konkretisierender Planungen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	Z	3.2.3.1	3.2.3 Z (1) Freiräume, die insbesondere zu Verhinderung bandartiger Siedlungsentwicklungen beitragen, sind als Grünzäsuren (s. Raumnutzungskarte) zu erhalten. Die Freihaltung der Grünzäsuren trägt zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Die bauliche Nutzung der Grünzäsuren über die in G (2) genannten Ausnahmen hinaus ist ausgeschlossen.	Ja	Ja	Ja	Grünzäsur	-	-	Ja	Ja
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	84	G	3.2.3.2	G (2) Die Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Eine möglichst weitgehende Reduzierung der Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist anzustreben.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	84	G	3.2.3.3	G (3) In den Grünzäsuren sollen vor allem Funktionen des ökologischen Austauschs, der Verbesserung des Klimas, der Sicherung wertvoller landschaftlicher Gegebenheiten und der Verringerung von Belastungen erfüllt sowie siedlungsnah Freiraumnutzungen gewährleistet werden.	Ja	Ja	Ja	Grünzäsur	-	-	Ja	Ja
3.2	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	85	G	3.2.3.4	G (4) Die weitere Ausformung der Grünzäsuren hinsichtlich ihrer Funktionen, Nutzungen und Abgrenzungen erfolgt im Rahmen konkretisierender Planungen.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe ohne Vorhabensbezug	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.1	3.3.1.1 G (1) Das natürliche Leistungsvermögen der Landschaft und ihre Empfindlichkeit gegenüber Eingriffen soll bei der Entwicklung der Region als grundlegende Voraussetzung beachtet werden.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert. Die Thematik wird jedoch im Entwurf zum Umweltbericht aufgegriffen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.2	G (2) Vorhandene Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen sind zu verringern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.3	G (3) In den Freiräumen ist ein den natürlichen Standortbedingungen möglichst entsprechendes Landschaftsbild zu erhalten oder zu entwickeln. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze sind in den in Karte 1 dargestellten natürlichen Raumeinheiten folgende Zielsetzungen zu verwirklichen.	Ja	Ja	Nein	-	-	Nicht relevant, da die allgemeine Formulierung keinen konkretisierten Bewertungsmaßstab zur Konformitätsprüfung liefert. Die Thematik wird jedoch im Entwurf zum Umweltbericht "Schutzgut Landschaft" aufgegriffen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.4	G (4) In der Rheinniederung sollen die Vielfalt der Oberflächen- und Grundwasserverhältnisse, die geringen, vor allem in Rheinnähe schwankenden Grundwasserflurabstände, die Überflutungsdynamik, die gute Versorgung der Vegetation mit Wasser und der teilweise noch vorhandene Artenreichtum der Wälder und Wiesen auf Dauer gesichert werden. Drainagen sollen unterbleiben. Intakte Grünlandbereiche sollen erhalten bleiben. Möglichkeiten zur Wiederherstellung und Regeneration von Überflutungszonen, Stillwasserbereichen, Altrheinen, Flachmooren und naturnahen Waldgesellschaften und Grünlandbereichen sollen genutzt werden. Die Bereiche von Feuchtwiesen, Aue- und Bruchwäldern, Flachmooren, Altrheinen und sonstigen Stillwasserzonen sind schutzwürdig und sollen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Innerhalb der Rheinniederung sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.5	G (5) Auf der Niederterrasse sollen die Trockengebiete, insbesondere die Dünen und Flugsandfelder, erhalten und regeneriert werden. Auf den naturnahen Aufbau der Wälder ist hinzuwirken. Die Bereiche der zusammenhängenden Wälder und der Dünen sind schutzwürdig und sollen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht hinreichend räumlich verortet	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	95	G	3.3.1.1.6	G (6) In der Kinzig-Murg-Rinne soll die Vielfalt der Naturausstattung, insbesondere im Hinblick auf die hohen Grundwasserstände und auf die Funktion für die Retention des Oberflächenwassers, erhalten und entwickelt werden. Die Bereiche der Feuchtwiesen, Bruchwälder und Niedermoor sind schutzwürdig und sollen gesichert werden. Die ehemaligen Wässerungswiesen sollen bei sich bietenden Gelegenheiten reaktiviert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb der Kinzig-Murg-Rinne sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	96	G	3.3.1.1.7	G (7) In der Bühler Rheinebene soll die landschaftliche Vielfalt, die wesentlich durch den kleinräumigen Wechsel von Wald, Grünland und Acker bestimmt wird, erhalten bleiben. Möglichkeiten, als Acker genutzte ehemalige Grünlandflächen wieder in Wiesen und Weiden umzuwandeln, sollen genutzt werden. Die Niederungsanteile sollen als natürliche Ausbreitungsräume des Wassers erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden. Die Bereiche der Feuchtwiesen, Bruchwälder und Dünen sind schutzwürdig und sollen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb der Bühler Rheinebene sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	96	G	3.3.1.1.8	G (8) In der Vorbergzone ist die ökologische Vielfalt, insbesondere der Gebiete zwischen Ettlingen-Malsch-Bischweiler sowie südlich von Baden-Baden, zu erhalten bzw. zu verbessern. Vorhandene Grünlandbereiche sollen erhalten werden. In den Bereichen der Hanglagen, insbesondere wenn eine geschlossene dauerhafte Vegetationsdecke fehlt, sollen Maßnahmen zur Verringerung der Erosionsgefahr ergriffen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb der Vorbergzone sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts- schutz	96	G	3.3.1.1.9	G (9) Im Kraichgau sollen die Wälder im Bereich des westlichen Kraichgaurandes, im Inneren des Kraichgaus, im Bereich des Pfingstplateaus nördlich und südlich des Pfingsttales sowie auf den übrigen Kuppen gesichert werden. Die Talauen sollen als natürliche Ausbreitungs- und Regenerationsräume, vor allem für das Wasser und für die Tier- und Pflanzenwelt, erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden. Ökologisch reich strukturierte Gebiete am westlichen Rand des Kraichgaus sollen erhalten bzw. wiederhergestellt werden. In den Bereichen der Hanglagen, insbesondere wenn sie großflächig ackerbaulich genutzt werden und wenn eine geschlossene dauerhafte Vegetationsdecke fehlt, sollen Maßnahmen zur Verringerung der Erosionsgefahr ergriffen werden. Die Bereiche des westlichen Kraichgaurandes mit seinen z. T. tief eingeschnittenen Tälern, die Bereiche der morphologischen Besonderheiten wie Hohlwege und Stufenraine, die Bereiche der Quellsäume, feuchten Mulden und Bachniederungen, der Flurgehölze, Streuobstflächen, Trockenrasen, Sukzessionsflächen und anderer wertvoller Biotope sind schutzwürdig und sollen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb des Kraichgaus sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	96	G	3.3.1.1.1 0	G (10) Im Tal- und Grindenschwarzwald sollen die günstigen Wirkungen der Vegetation auf Wasser und Klima erhalten werden. Die Wiesen und Weiden der Täler sollen erhalten und gepflegt werden. Soweit notwendig sollen Einpflanzungen und natürlicher Bewuchs in den Wiesen und Weiden der Tälern entfernt bzw. ausgestockt werden. Der Gefahr der Erosion soll vor allem in den Bereichen der steileren Hanglagen begegnet werden. Dazu sollen geeignete Bewirtschaftungsformen eingeführt werden. Die Bereiche von Felsen, Schutt- und Blockhalden, Karen, Schluchtwäldern, Hochmooren, Missen und Quellsäumen sind schutzwürdig und sollen gesichert werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb des Tal- und Grindenschwarzwald sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	97	G	3.3.1.1.1 1	G (11) Im Albgau sollen die günstigen Wirkungen der Vegetation auf Wasser und Klima erhalten werden. Das Albtal und seine Seitentäler, insbesondere das Moosalbtal und das Maisenbachtal, sollen von weiterer Bebauung freigehalten, die Geschlossenheit der Freiräume westlich und östlich der Alb soll gesichert werden. Der Gefahr der Erosion soll vor allem in den Bereichen der steileren Hanglagen begegnet werden. Dazu sollen insbesondere geeignete Bewirtschaftungsformen eingeführt werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb des Albgau sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	97	G	3.3.1.1.1 2	G (12) Die natürlichen Erscheinungsformen der Landschaft sollen erhalten und wiederhergestellt werden. Hierzu sollen – in der Rheinniederung und in der Kinzig-Murg-Rinne die Vielfalt der natürlichen Vegetationsbestände, der Gewässer und des Mikroreliefs gesichert und die vorhandenen Wiesen und Weiden erhalten und erweitert werden, – auf der Niederterrasse abwechslungsreiche Waldbilder geschaffen, die Dünen und Flugsandfelder optisch wirksam erhalten werden, der Gestadebruch in seinen unbebauten Abschnitten in ausreichender Breite geschützt, möglichst vollständig in die öffentlichen Freiflächen der Gemeinden einbezogen und dort, wo er Schäden, insbesondere durch Abgrabungen, aufweist, landschaftsgerecht wieder hergestellt werden, – in der Vorbergzone und im Kraichgau ... – im Tal- und Grindenschwarzwald ... – im Albgau ...	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Innerhalb der genannten Räume sind die einzelnen Aspekte nicht hinreichend räumlich verortet.	-	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	97	G	3.3.1.1.1 3	G (13) Die bioklimatisch wichtigen Bereiche (Karte 2) sollen zur Sicherung und Verbesserung der bioklimatischen Wohlfahrtswirkungen des Naturhaushaltes erhalten oder wieder hergestellt werden. Für die Funktion, Frischluft an Siedlungsflächen heranzuführen, sollen die zu den Siedlungsflächen führenden Luftaustauschbahnen in den Seitentälern des Rheingrabens und des Murgtals sowie die zum Rheingraben gerichteten Hangzonen südlich des Murgtals als Kaltluftentstehungsgebiete und die Lüftungsschneisen im Bereich der Siedlungen gesichert und entwickelt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	98	G	3.3.1.1.1 4	G (14) Die Luftaustauschbahnen und Lüftungsschneisen sollen - vor allem wenn ihr Gefälle gering ist - von Hindernissen wie riegelartigen baulichen Anlagen, Baumstreifen, Dämmen und dergleichen freigehalten werden. Abgase, Abwärme und Stäube sind von den Luftaustauschbahnen, Lüftungsschneisen und Hangzonen fernzuhalten. Es ist anzustreben, in bereits überbauten Talausgängen Maßnahmen zur Reaktivierung und Verstärkung des Luftaustausches zu treffen. Dies gilt insbesondere für die Talausgänge der Alb, der Murg, der Pfinz und des Saalbachs.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	98	G	3.3.1.1.1 5	G (15) Vor Nutzungsänderungen in den bioklimatisch wichtigen Bereichen ist der Nachweis ihrer bioklimatischen Unbedenklichkeit zu erbringen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	98	G	3.3.1.1.1 6	G (16) Die Wälder der Rheinebene, insbesondere der Niederungen, sollen wegen ihrer günstigen Wirkungen auf das Bioklima erhalten werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird in Form von Schutzbedürftigen Bereichen für Forstwirtschaft aufgegriffen	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	Z	3.3.1.2. 1	3.3.1.2 Z (1) Die vorhandenen wertvollen Biotope sind als Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege (s. Raumnutzungskarte) zu sichern und gemäß den natürlichen Gegebenheiten ihrer Standorte nachhaltig zu entwickeln. Die vorhandenen wertvollen Biotope sind in den Randbereichen, in denen sie bereits Schäden aufweisen, wieder zu renaturieren.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	Z	3.3.1.2.2	Z (2) Biotope von geringer Größe, die in den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege nicht erfasst sind, sind wie die Schutzbedürftigen Bereiche zu behandeln.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nicht hinreichend räumlich verortet	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	G	3.3.1.2.3	G (3) In den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege sollen nur solche Nutzungen zugelassen werden, die die ökologischen Qualitäten nicht beeinträchtigen oder zu ihrer Sicherung beitragen. Ihre Nutzung für Verkehrsanlagen und Leitungen soll vermieden werden. Art und Intensität der Nutzung sollen so festgelegt werden, dass die charakterisierenden natürlichen Qualitäten der Schutzbedürftigen Bereiche nicht beeinträchtigt werden. Das gilt auch für Nutzungen außerhalb der Schutzbedürftigen Bereiche, wenn diese sich nachteilig auf die Schutzbedürftigen Bereiche auswirken können.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	Z	3.3.1.2.4	Z (4) Andere als in G (3) genannte bauliche Nutzungen sind ausgeschlossen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	G	3.3.1.2.5	G (5) Die einzelnen Schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege sollen durch linienhafte naturnahe Biotope oder kleinflächige, aufeinander folgende naturnahe Biotope miteinander verbunden werden. Hierzu sollen die vorhandenen, zur Vernetzung geeigneten Biotope wie Bachläufe, Gräben, Stufenraine, Hecken, Buschreihen, Hohlwege und dergleichen bzw. die vorhandenen Tümpel, Teiche, Gebüsch- und Baumgruppen, Dünen, Trockenhänge, feuchten Mulden und andere samt den ihnen zuzuordnenden, ausreichend breiten Rand- und Begleitstreifen herangezogen werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Naturnahe Biotope sowie zur Vernetzung geeignete Biotope sind nicht hinreichend räumlich verortet	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Naturschutz, Landschafts-schutz	99	V	3.3.1.2.6	V (6) Die in der Regel kleinflächigen Vernetzungsbiotope sollen auf der Ebene der konkretisierenden Planungen festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Bauleitplanung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	105	G	3.3.2.1.1	3.3.2.1 G (1) Die Landwirtschaft ist so zu erhalten und zu fördern, dass sie ihre Funktionen <ul style="list-style-type: none"> – Sicherung der Ernährungsbasis, – Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen und – Gestaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft nachhaltig erfüllen kann. Dazu sollen Betriebs- und Flurstrukturen erhalten oder geschaffen werden, die langfristig eine rationelle, funktionsgerechte und umweltverträgliche Landbewirtschaftung erlauben.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch über die Schutzbedürftigen Bereiche für Landwirtschaft und Erholung aufgegriffen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.1.2	G (2) Die landwirtschaftliche Bodennutzung soll standortgemäß erfolgen und an den ökologischen Erfordernissen ausgerichtet werden. Hierzu sollen <ul style="list-style-type: none"> – Eingriffe in schützenswerte Biotope und die Schädigung wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tierarten vermieden und unvermeidbare Eingriffe durch Neuanlage von Biotopen ausgeglichen werden, – die Biotopvernetzung gefördert werden, – Flächen zur Gewässerentwicklung bereitgestellt und die Nutzung der Randstreifen extensiviert werden, – Wege so naturnah wie möglich trassiert und ausgebaut werden. 	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung dieser Vorgabe für die Landwirtschaft	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.1.3	G (3) Die Maßnahmen zur Verbesserung von Flurstruktur und Produktionsgrundlagen sind unter Beachtung der unter G (2) genannten Grundsätze zu verstärken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.1.4	G (4) In den in der Karte 3 dargestellten Bereichen mit ausgeräumten Fluren sollen Biotope in einem angemessenen Flächenanteil neu angelegt werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass sich ein sinnfälliges Biotop-Verbundsystem ergibt. Die Flächen und die auf ihnen zu ergreifenden Maßnahmen sollen im Rahmen der Bauleitplanung, der Landschaftsplanung und der Fachplanungen festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.1.5	G (5) In Gebieten mit hohem Waldanteil sollen ausreichende Flächen als Fluren (Mindestfluren) bewirtschaftet und gepflegt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	Z	3.3.2.2.1	3.3.2.2 Z (1) Die Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I (s. Raumnutzungskarte) sind für die landwirtschaftliche Nutzung zu sichern.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.2.2	G (2) Die Inanspruchnahme der Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn keine Alternativen mit geringerer Belastung der Landwirtschaft zur Verfügung stehen.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	Z	3.3.2.2.3	Z (3) Andere als in G (2) genannte bauliche Nutzungen sind ausgeschlossen	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.2.4	G (4) Die Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe II (s. Raumnutzungskarte) sollen nur dann für andere Nutzungen und nur in dem unbedingt erforderlichen Umfang in Anspruch genommen werden, wenn agrarstrukturelle Belange nicht wesentlich berührt werden.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Landwirtschaft	106	G	3.3.2.2.5	G (5) In den Schutzbedürftigen Bereichen beider Stufen sollen mit der Landwirtschaft verträgliche Nutzungen zugelassen werden. Ebenso sollen Umnutzungen durchgeführt werden können, sofern eine Rückführung in die landwirtschaftliche Nutzung kurzfristig und ohne hohen Aufwand möglich ist. Unvermeidbare Inanspruchnahmen sind durch Maßnahmen zur Bewirtschaftungsverbesserung an anderer Stelle auszugleichen.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	109	G	3.3.3.1.1	3.3.3.1 G (1) Die Wälder sind so zu erhalten und zu bewirtschaften, dass sie <ul style="list-style-type: none"> – ihren Beitrag zur Rohstoffversorgung, – ihre Leistungen für den Naturhaushalt, – ihre Funktion als Lebensraum für Flora und Fauna und – ihre Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig erfüllen können. 	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Die Thematik wird jedoch im Umweltbericht - Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt - aufgegriffen.	Nein	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	109	G	3.3.3.1.2	G (2) Die Waldbewirtschaftung ist so durchzuführen, dass – standortgerechte, artenreiche und - soweit standörtlich möglich - stufige Wälder erhalten oder begründet werden, – durch eine intensive Bestandspflege dazu beigetragen wird, vitale und ökologisch stabile Wälder zu erhalten oder zu schaffen und die Schutz- und Erholungsfunktionen durch diese Maßnahmen zu sichern, – Wildschäden durch eine systematische Hege und Wildbestandsregulierung auf ein vertretbares Maß reduziert und ein artenreicher, gesunder und ökologisch angepasster Wildbestand geschaffen wird, – der Wald naturschonend erschlossen wird und bei der Holzernte Rückeschäden am Bestand und am Boden durch Verbesserung der Feinerschließung und der Anwendung bestands- und bodenschonender Techniken vermieden werden, – die Bodenfruchtbarkeit durch geeignete Maßnahmen erhalten und – soweit anthropogene Störungen vorliegen - wiederhergestellt wird, – Düngemittel nur in dem erforderlichen Umfang eingesetzt und Maßnahmen des Forstschutzes nach den Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes durchgeführt werden, – artenreiche und ökologisch wirksame Waldränder erhalten oder aufgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	G	3.3.3.1.3	G (3) Für die Region typische Waldformen und historische Nutzungen sollen als Bann- und Schonwälder gesichert werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe für die Fachbehörden.	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	G	3.3.3.1.4	G (4) Durch die Bildung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen soll die Ertragsfähigkeit und die ökologische Stabilität im kleinen Privatwald verbessert werden. Soweit erforderlich, ist die Wegeerschließung zu ergänzen und zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	G	3.3.3.1.5	G (5) Zur Verhinderung weiterer immissionsbedingter Waldschäden sind die Anstrengungen zur Reduzierung und Vermeidung schädlicher Emissionen fortzusetzen und zu intensivieren. Soweit durch waldbauliche Maßnahmen und Meliorationskalkungen Immissionsschäden begrenzt und gemildert werden können, sollen diese Möglichkeiten genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	G	3.3.3.1.6	G (6) Aufforstungen zur Vermehrung der Wälder, vor allem im Kraichgau und in der Rheinebene, sowie zum Ausgleich von Waldverlusten sollen auf landwirtschaftliche Problemflächen im Anschluss an bereits bestehende Wälder mit standortgerechten und heimischen Baumarten beschränkt werden. Aufforstungen sollen jedoch nur dort vorgenommen werden, wo die klimatischen, ökologischen, landschaftspflegerischen und erholungswirksamen Funktionen der Fluren durch die Aufforstungen nicht beeinträchtigt werden. Waldbestände, die auf Flächen mit den genannten Funktionen begründet wurden, sollten wieder ausgestockt werden, sofern dadurch gewährleistet wird, dass die ursprünglichen Funktionen wiederhergestellt werden können. Bei sich bietenden Anlässen sollen vorhandene Wälder qualitativ aufgewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	Z	3.3.3.2.1	3.3.3.2 Z (1) Die Schutzbedürftigen Bereiche für die Forstwirtschaft (s. Raumnutzungskarte) sind für die waldbauliche Nutzung sowie für die Erfüllung von Schutz- und Erholungsfunktionen zu sichern.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	G	3.3.3.2.2	G (2) Die Inanspruchnahme der Schutzbedürftigen Bereiche für die Forstwirtschaft für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn keine Alternativen mit geringerer Belastung der Forstwirtschaft zur Verfügung stehen.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Land- und Forstwirtschaft	Forstwirtschaft	110	Z	3.3.3.2.3	Z (3) Andere als in G (2) genannte bauliche Nutzungen sind ausgeschlossen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Erholung und Tourismus	Freiraumge- stützte Erholung	113	G	3.3.4.1.1	3.3.4.1 G (1) Die vielfältige Eignung der Region für die Erholung ist zu erhalten. Hierzu sind insbesondere die Räume mit günstigen natürlichen Voraussetzungen für die Erholung zu sichern und so zu entwickeln, dass sie ihre unterschiedlichen Funktionen erfüllen. Räume mit günstigen Voraussetzungen für die Erholung sind – der Schwarzwald, – der Kraichgau, – die Vorbergzone, – Teile der Rheinniederung und der Niederterrasse.	Ja	Ja	Ja	Nein	-	Nicht hinreichend räumlich verortet	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Erholung und Tourismus	Freiraumge- stützte Erholung	113	G	3.3.4.1.2	G (2) Die Kurorte und Erholungsorte in der Region sind als wirtschaftliche Schwerpunkte des Fremdenverkehrs zu stärken. Im Rahmen der Siedlungsentwicklung und der Entwicklung der Verkehrs- und anderer Infrastruktureinrichtungen sollen die besonderen Aufgaben der Kur- und Erholungsorte berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Planungsvorgabe		-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Erholung und Tourismus	Freiraumge- stützte Erholung	114	Z	3.3.4.2.1	3.3.4.2 Z (1) In den Schutzbedürftigen Bereichen für die Erholung (s. Raumnutzungskarte) sind die besonders geeigneten Freiräume mit günstiger verkehrlicher Erschließung als Erholungsgebiete für die Funktionen – Spazieren gehen, Besichtigen, Lagern, Spiel, Sport und die besonders geeigneten Anlagen als Erholungsschwerpunkte für die Funktionen – Baden, Surfen, Bootfahren, – Ski-Abfahrtslauf in ihrem Bestand zu sichern und qualitativ zu verbessern.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Erholung und Tourismus	Freiraumge- stützte Erholung	114	G	3.3.4.2.2	G (2) Soweit die Schutzbedürftigen Bereiche für die Erholung mit zusätzlichen Erholungseinrichtungen ausgestattet werden, ist zu gewährleisten, dass die natürlichen Qualitäten der Landschaft nicht beeinträchtigt werden. Areale mit hohen Randeffekten sollen erhalten bleiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	117	G	3.3.5.1.1	3.3.5.1 G (1) Die vorhandenen Wasservorkommen sollen vor Beeinträchtigungen aller Art geschützt werden. Dies gilt in besonderem Maße für den Grundwasserleiter der Rheinebene, der für die Wasserversorgung der Region von Bedeutung ist. Zum Schutz der für die öffentliche Wasserversorgung genutzten Wasservorkommen sollen Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete für Thermal- und Mineralwässer ausgewiesen werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen. Wasser-/Heilquellenschutzgebiete werden jedoch im Entwurf zum Umweltbericht - Schutzgut Wasser - aufgegriffen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	117	G	3.3.5.1.2	G (2) Vorhandene Wasservorkommen sollen sorgfältig und sparsam genutzt werden. Zur nachhaltigen Sicherstellung der Wasserversorgung soll ihre Nutzung nur im Umfang der Neubildung erfolgen. Schäden als Folge von Wasserentnahmen sollen vermieden werden. Am Rhein sollen die Möglichkeiten zur Gewinnung von Rheinuferfiltrat erhalten und, soweit erforderlich, verbessert werden. Für die örtliche Wasserversorgung sollen vorrangig die lokalen Wasservorkommen genutzt werden. Dies gilt vor allem für den Kraichgau und für den Schwarzwald. Tiefe Grundwasserleiter sollen besonders geschont werden. Von einer Nutzung ist möglichst abzusehen. Der Wasserbedarf von Industrie und Gewerbe soll durch betriebliche Wassersparmaßnahmen reduziert und möglichst aus oberirdischen Gewässern gedeckt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	117	G	3.3.5.1.3	G (3) In den bestehenden, fachtechnisch abgegrenzten und im Verfahren befindlichen Wasserschutzgebieten sowie in Heilquellenschutzgebieten (Karte 4) sollen alle Nutzungen ausgeschlossen werden, die die Wasserversorgung der Bevölkerung beeinträchtigen können. Dies gilt insbesondere für – Bodeneingriffe wie der Abbau von Rohstoffen, die Erweiterung von Tunnel und Stollenbauten etc., die die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung wesentlich mindern, – die Neuanlage von Siedlungen, Friedhöfen, Bahnhöfen, Flugplätzen, – Rohrleitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe, Abwasserbehandlungsanlagen, Abfallbehandlungsanlagen, kerntechnische Anlagen, – die Verwendung wassergefährdender Materialien bei Baumaßnahmen und Aufschüttungen, das Versickern und Versenken von Abwasser. Böden und Deckschichten sollen in ihrer Art und Mächtigkeit erhalten, entfernte Deckschichten durch geeignetes Material möglichst wiederhergestellt werden. Aufschüttungen und Auffüllungen sollen nur mit unbelasteten Materialien durchgeführt werden. Eine grundwasserschonende Landwirtschaft soll vor allem in der Kinzig-Murg-Rinne, auf der Niederterrasse und in der Bühler Rheinebene durchgeführt werden. Ein permanenter Bodenbewuchs durch Zwischenfrüchte oder andere Begrünung soll angestrebt werden. Wald und Grünland sollen erhalten werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen. Wasser-/Heilquellenschutzgebiete werden jedoch im Entwurf zum Umweltbericht - Schutzgut Wasser - aufgegriffen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	118	G	3.3.5.1.4	G (4) Menschen, Tiere und Sachgüter sollen vor Gefährdungen und Schäden durch Hochwässer geschützt werden. Schutzmaßnahmen sollen rechtzeitig und vorsorglich getroffen werden. Anzustreben ist ein abgestuftes System von Maßnahmen zur Flächen-, Bau- und Risikoversorge.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	118	G	3.3.5.1.5	G (5) Bei der Hochwasserretention soll insbesondere in der Rheinniederung darauf hingewirkt werden, dass in vorhandenen und geplanten Siedlungsgebieten keine nachteiligen Auswirkungen durch erhöhte Grundwasserstände (z. B. durch vermehrten Druckwasseranfall) auftreten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	118	G	3.3.5.1.6	G (6) Zur Verzögerung des Abflusses sollen Maßnahmen getroffen werden, um Niederschläge solange wie möglich in der Fläche zu halten. Das Retentionsvermögen von Boden und Vegetation ist nach Möglichkeit zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	118	V	3.3.5.1.7	V (7) Hierzu sollen in landwirtschaftlich genutzten Bereichen geeignete Vorsorgemaßnahmen erfolgen, durch – standortgerechte, abflussmindernde Bodenbearbeitungen, Extensivierungen der Bodenbewirtschaftung und Dauerbegrünung der Böden, – Vermeidung von Oberflächenverschlammungen und Bodenerosionen. Auf Entwässerungsmaßnahmen soll verzichtet werden. Die Wiedervernässung ehemaliger Feuchtfelder soll gefördert werden. Flurbereinigungen sollen so durchgeführt werden, dass Hochwasserspitzenabflüsse im Flurbereinigungsgebiet auf ein natürliches Maß verringert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	V	3.3.5.1.8	V (8) Die Fähigkeit forstwirtschaftlich genutzter Bereiche zur Aufnahme von Niederschlagswasser soll durch einen standortgerechten Waldbau und durch die Vermeidung großflächiger Waldrodungen gefördert werden. Die Aufforstung landwirtschaftlich nicht nutzbarer Flächen soll auch unter Gesichtspunkten des Hochwasserschutzes geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	G	3.3.5.1.9	G (9) In baulich genutzten Bereichen sollen – Bodenversiegelungen und damit Vergrößerungen des Oberflächenwasserabflusses z. B. durch flächensparendes Bauen vermieden werden, – die Versickerung von Niederschlägen z. B. durch Flächenentsiegelung und andere geeignete Maßnahmen gefördert werden, – bauliche Maßnahmen auf die hydrologischen und hydraulischen Gegebenheiten des jeweiligen Gewässereinzugsgebietes ausgerichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	G	3.3.5.1.10	G (10) An den Fließgewässern sollen im Außenbereich – die vorhandenen, noch funktionsfähigen Überschwemmungsbereiche der Gewässer funktionsfähig und für die Retention von Hochwässern nutzbar gehalten werden, – ehemalige, nicht mehr funktionsfähige Überschwemmungsbereiche der Gewässer wieder in die natürliche Abflussdynamik der Gewässer einbezogen und damit für die Retention von Hochwässern reaktiviert werden, – <i>in vorhandenen und ehemaligen Überschwemmungsbereichen alle Nutzungen vermieden werden, die einer Retention von Hochwässern entgegenstehen.</i> <i>Dazu gehören vor allem bauliche Nutzungen aller Art sowie Aufschüttungen.</i> Soweit solche Nutzungen bereits bestehen, sollen sie soweit wie möglich rückgängig gemacht werden.	Ja	Nein	-	-	-	Bauzeitliche Vorhabenswirkungen auf Überschwemmungsgebiete sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nur punktuell und temporär. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete sind i.d.R. auszuschließen. Eine Berücksichtigung erfolgt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz sowie der Hochwasserrückhaltebecken	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	G	3.3.5.1.11	G (11) Soweit im Innenbereich Freiflächen an bestehenden Fließgewässern vorhanden sind, sollen diese beiderseits des Gewässers für den Hochwasserschutz, für die Gewässerentwicklung und ggf. zugleich für die örtliche Naherholung in ausreichendem Maße von Bebauungen freigehalten werden.	Ja	Nein	-	-	-	Bauzeitliche Vorhabenswirkungen auf Überschwemmungsgebiete sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nur punktuell und temporär. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete sind i.d.R. auszuschließen. Eine Berücksichtigung erfolgt in Form der Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz sowie der Hochwasserrückhaltebecken	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	V	3.3.5.1.12	V (12) Die innerörtlichen Überschwemmungsbereiche sollten erfasst sowie die Bevölkerung über geeignete Maßnahmen zum Hochwasserschutz informiert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	119	G	3.3.5.1.13	G (13) Für den Fall nicht beherrschbarer Katastrophenhochwässer soll in den gefährdeten Gebieten – insbesondere in Räumen, die durch technische Hochwasserschutzeinrichtungen geschützt sind – Vorsorge getroffen werden, indem die Anpassung der Nutzungen an das Überflutungsrisiko gefördert wird. Dies gilt insbesondere für die Festlegungen der Bauleitplanung.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	V	3.3.5.1.14	V (14) Darüber hinaus soll in den bei Katastrophenhochwasser gefährdeten Gebieten Vorsorge getroffen werden, indem – die Bevölkerung über notwendige Maßnahmen zur Eigenvorsorge und über das Verhalten im Hochwasserfall informiert wird und insbesondere für die Lagerung wassergefährdender Stoffe Vorsorge betrieben wird, – Alarm- und Einsatzpläne sowie Katastrophenpläne regelmäßig aktualisiert, auf ihre Praktikabilität hin überprüft und entsprechende Übungen durchgeführt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	V	3.3.5.1.15	V (15) Die Bemühungen, die Vorwarnzeiten beim Auftreten von Hochwässern zu verlängern, sollen fortgesetzt und verstärkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	V	3.3.5.1.16	V (16) Am Rhein ist eine Hochwassersicherheit wiederherzustellen, die mindestens derjenigen vor dem Rheinausbau seit 1955 entspricht. Alle im „Rahmenkonzept des Landes Baden-Württemberg zur Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms“ enthaltenen Zielsetzungen sollen deshalb zügig sowohl in der Region als auch in Räumen außerhalb des Verbandsgebietes verwirklicht werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	N	3.3.5.1.17	N (17) In der Region Mittlerer Oberrhein sind die Rückhalteräume/Polder Söllingen/ Greffern, Bellenkopf/ Rappenwört, Elisabethenwört und Rheinschatzinsel geplant bzw. im Bau.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	G	3.3.5.1.18	G (18) In der gesamten Rheinniederung (rezente Aue und Altaue) sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass – noch funktionsfähige Auenbiotope und -Lebensgemeinschaften erhalten und geschützt werden, – ökologisch nicht mehr funktionsfähige Räume wieder naturnah entwickelt werden, – dabei der Renaturierung sowohl durch Extensivierung als auch durch Nutzungsänderung Vorrang eingeräumt wird, – die Vernetzung vorhandener und sich neu entwickelnder Lebensräume gefördert wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	V	3.3.5.1.19	V (19) Der Betrieb von Poldern am Rhein soll in technisch und ökologisch vertretbarer Weise und an die natürlichen Abflussverhältnisse angenähert erfolgen. Hierzu sollen auch ökologische Flutungen durchgeführt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutz	120	V	3.3.5.1.20	V (20) Der Tiefenerosion des Rheins soll entgegengewirkt werden. Hierzu soll die Geschiebezugabe, die die derzeit einzig akzeptable Maßnahme darstellt, solange beibehalten werden, bis eine gleichwertige oder bessere Lösung (z. B. naturnahe Sohlabpflasterung durch Grobgeschiebezugabe) gefunden ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschut- z	120	V	3.3.5.1.2 1	V (21) Auf den Bau weiterer Staustufen soll verzichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschut- z	120	V	3.3.5.1.2 2	V (22) Hochwasserschutzmaßnahmen am Rhein und deren Steuerung sollen rhein und grenzübergreifend abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 3	G (23) Fließgewässer und ihre Auen sollen unter Berücksichtigung ihrer ökologischen Funktionen und ihrer Bedeutung für Landschaft, Naturhaushalt und Hochwasserschutz gesichert und naturnah entwickelt werden.	Ja	Nein	-	-	-	Punktueller Vorhabenswirkungen auf Gewässer sind nicht auszuschließen. Diese sind jedoch nicht raumbedeutsam. Raumbedeutsame Auswirkungen auf Gewässer sind auszuschließen.	Nein	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 4	G (24) Naturnahe Gewässerabschnitte und Gewässerauen sollen erhalten und geschützt werden. Weniger naturnahe oder ökologisch verarmte Gewässerabschnitte und Gewässerauen sollen zu größerer Naturnähe entwickelt werden. Dabei ist die eigendynamische Entwicklungsfähigkeit der Gewässer, soweit sie nicht mehr vorhanden ist, zu fördern. Die an die Gewässer angrenzenden Flächen, insbesondere die Auen, sollen innerhalb eines Entwicklungskorridors von ausreichender Breite so entwickelt werden, dass sie zur Verbesserung sowohl der Wasserqualität und der gewässernahen Biotopie als auch zu naturgemäßerem und somit ausgeglicheneren Abflussverhältnissen beitragen. Sie sollen zudem als morphologischer Entwicklungsraum für den Gewässerlauf gesichert werden. Um innerhalb des potentiellen Entwicklungskorridors die Voraussetzungen für die künftige Laufentwicklung der Gewässer zu schaffen, soll dieser von Infrastruktureinrichtungen möglichst freigehalten werden. Bei bereits vorhandenen Infrastruktureinrichtungen soll auf einen Rückbau oder eine Verlegung hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 5	G (25) Fließgewässer als Lebensraum und Wanderungstrassen von Tier- und Pflanzenarten sowie als gliedernde Elemente der Landschaft sollen durchgängig erhalten oder - wo die Durchgängigkeit unterbrochen ist - diese wiederhergestellt werden. Dazu sollen vorhandene Verdolungen und andere Unterbrechungen aufgehoben und neue künftig vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 6	G (26) In den Gewässern soll eine für die ökologischen Funktionen ausreichende Mindestwasserführung gewährleistet werden. Wasserkraft- und andere gewerblichindustrielle Nutzungen sollen an der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer und den Zielsetzungen der naturnahen Gewässerentwicklung ausgerichtet werden. Beim Neubau und bei der zulassungspflichtigen Erweiterung von Wasserkraftanlagen sollen Mindestabfluss und ökologische Durchgängigkeit sicher gestellt und ausdrücklich festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 7	G (27) Gewässer- und auenverträgliche Bodennutzungen sollen erhalten oder - wo nicht mehr vorhanden - wieder entwickelt werden. Entwässerungsmaßnahmen sollen soweit wie möglich rückgängig gemacht werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Gewässerschutz	121	G	3.3.5.1.2 8	G (28) Als Handlungsrahmen für die Durchführung ökologischer und wasserwirtschaftlicher Maßnahmen sowie anderer Maßnahmen an Fließgewässern sollen für Gewässerbereiche mit zu erhaltendem Naturpotential und für Bereiche mit wesentlichen ökologischen und wasserwirtschaftlichen Defiziten Gewässerentwicklungskonzepte und darauf aufbauend Gewässerentwicklungspläne erarbeitet werden. Sie sollen die regionalplanerischen Zielsetzungen konkretisieren und ergänzen. Die Entwicklungsziele der Gewässerentwicklungskonzepte und der Gewässerentwicklungspläne sollen in den Fachplanungen und in der Bauleitplanung berücksichtigt und umgesetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Entsorgung	Abwasserwirtsc- haft	122	G	3.3.5.1.2 9	G (29) Zur weiteren Verbesserung des Gütezustandes der Gewässer sollen die Maßnahmen zur Vermeidung und zur Reinigung von Abwässern konsequent fortgesetzt werden. Vor allem sollen – vorhandene Klärkapazitäten soweit erforderlich erweitert werden, – in den Gemeindeteilen, die noch nicht an kommunale Kläranlagen angeschlossen sind, die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung geschaffen werden, z. B. durch Erweiterung der öffentlichen Kanalisation, – in den Bereichen, in denen ein Anschluss an kommunale Kläranlagen wasserwirtschaftlich nicht geboten und wirtschaftlich nicht vertretbar ist, dezentrale Anlagen der Abwasserbeseitigung bzw. -behandlung geschaffen und dafür entsprechende Konzepte erarbeitet werden, – weitere Regenwasserbehandlungsanlagen gebaut werden, – Maßnahmen zur dezentralen Versickerung von Niederschlägen und zur Verringerung der Bodenversiegelung durchgeführt werden, – undichte Kanalnetze saniert oder erneuert werden, – im industriellen Bereich Brauchwasser vorgereinigt und in Kreisläufen genutzt werden, – Kiesseen, die als Erholungs- und Freizeitseen genutzt werden, mit den erforderlichen sanitären Einrichtungen ausgestattet werden, – bei Anlage, Betrieb und Unterhaltung von Verkehrswegen, insbesondere Straßen, Vorkehrungen getroffen werden, dass keine wesentliche Beeinträchtigung des Grundwassers und der Gewässer erfolgt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	122	Z	3.3.5.2.1	3.3.5.2 Z (1) Die Schutzbedürftigen Bereichen für den vorbeugenden Hochwasserschutz (s. Raumnutzungskarte) sind für natürliche Überflutungen und die Retention von Hochwässern sowie für Maßnahmen der Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung zu sichern. In diesen Bereichen haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang vor anderen Nutzungen. Insbesondere sind sie von weiterer Bebauung freizuhalten. Zwingende Vorhaben und Maßnahmen im öffentlichen Interesse sind nur dann möglich, wenn – eine Erhöhung des Schadenpotentials nicht zu befürchten ist, – kein Verlust an Retentionsraum erfolgt bzw. ein gleichwertiger Ausgleich dafür geschaffen wird, – keine Verlagerung des Gefahrenpotentials erfolgt.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	122	Z	3.3.5.2.2	Z (2) Die bauliche Nutzung über die in Z (1) genannten Ausnahmen hinaus ist ausgeschlossen.	Nein	-	-	-	-	Das Vorhaben ist eine Ausnahme, da es zwingend im öffentlichen Interesse (§ 1 NABEG) und keine Erhöhung des Schadenpotenzials dadurch zu befürchten ist.	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	123	G	3.3.5.2.3	G (3) Bei Umnutzungen soll dem vorbeugenden Hochwasserschutz, der Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung Priorität eingeräumt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	123	G	3.3.5.3.1	3.3.5.3 G (1) In den überschwemmungsgefährdeten Bereichen bei Katastrophenhochwasser (s. Raumnutzungskarte) sollen vorhandene und künftige Nutzungen an das Risiko angepasst werden. Hierzu sollen Einzelbestimmungen zur Schadensminimierung in den gemeindlichen Planungen festgelegt werden. Nicht anpassbare Nutzungen sollen ausgeschlossen werden.	Ja	Ja	Ja	Überschwemmungs gefährdete Bereiche bei Katastrophenhochwasser	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	123	G	3.3.5.3.2	G (2) Hochwasserverträgliche Nutzungen sollen gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Freiraumschutz	Hochwasserschutzz	123	V	3.3.5.4	V (1) In überschwemmungsgefährdeten Ortslagen (s. Raumnutzungskarte) sollen die Nutzungen in den betroffenen Flächen entlang der Gewässer an die Hochwassergefahr angepasst werden. Insbesondere ist für die Lagerung wassergefährdender Stoffe (Öllagerung) Vorsorge zu betreiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Wasserwirtschaft	Trinkwassergewinnung	123	G	3.3.5.5.1	3.3.5.5 G (1) Zur langfristigen Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser sollen die Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen (s. Raumnutzungskarte) so geschützt und entwickelt werden, dass die Möglichkeit der Gewinnung von Wasser in einwandfreier Qualität und in maximaler, ökologisch verträglicher Menge dauerhaft gewährleistet ist. Hierzu sollen alle Nutzungen ausgeschlossen werden, die diesem Vorsorgeschutz entgegenstehen. Insbesondere soll die Eröffnung neuer Kiesgruben und Abbaustellen anderer Bodenbestandteile vermieden werden. Begrenzte Flächenerweiterungen bestehender Abbaustellen können im Einzelfall zugelassen werden, wenn hydrologische Gegebenheiten und wasserwirtschaftliche Belange dem nicht entgegenstehen. Maßnahmen zur Trinkwassergewinnung sollen grenzüberschreitend dahingehend abgestimmt werden, dass keine gegenseitige Beeinträchtigung erfolgt.	Ja	Ja	Ja	Bereich zur Sicherung von Wasservorkommen	-	-	Ja	Ja
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	V	3.3.6.1.1	V (1) Der Abbau von mineralischen Rohstoffen soll so sparsam wie möglich erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	V	3.3.6.1.2	V (2) Um die Sand- und Kieslagerstätten der Region zu schonen, sollten in größtmöglichen Umfang geeignete, umweltverträgliche „Ersatzstoffe“ an Stelle von Sand und Kies verwendet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	G	3.3.6.1.3	3.3.6.1 G (3) Für den Abbau von Sand und Kies sowie von Festgestein sollen zunächst vorhandene Reserven in bestehenden Konzessionen ausgeschöpft und die Möglichkeit, vorhandene oder stillgelegte Standorte in die Tiefe zu erweitern, genutzt werden. Werden darüber hinaus weitere Abbauflächen benötigt, sollen vorrangig Flächen innerhalb der Schutzbedürftigen Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Plansatz 3.3.6.2) bzw. innerhalb der Gebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Festgestein) (VRG) (Plansatz 3.3.6.5) herangezogen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	V	3.3.6.1.3	V Ausnahmen sollen sich insbesondere auf wasserwirtschaftliche, limnologische, ökologische und gestalterische Erfordernisse beschränken.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	G	3.3.6.1.4	G (4) Abbauflächen sollen soweit wie möglich und vertretbar ausgeschöpft werden. Hierzu soll eine geometrisch günstige Form der Abbauflächen festgelegt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	V	3.3.6.1.5	V (5) Soweit hydraulisch wirksame Zwischenhorizonte auch im weiteren Umfeld der Kiesgruben vorhanden sind, sollen diese beim Abbau in die Tiefe zum Schutz darunter befindlicher Grundwasserleiter nicht durchstoßen werden. Dies gilt vor allem für den Oberen Zwischenhorizont (OZH). Das Anschneiden salzhaltiger Tiefenwässer soll vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	V	3.3.6.1.6	V (6) Auf der Niederterrasse sollen großflächige Trockenbaggerungen wegen der verhältnismäßig geringen Materialmengen, die hierbei gewonnen werden können, nicht vorgenommen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	G	3.3.6.1.7	G (7) Eingriffe in die Natur und die Landschaft durch den Abbau von Sand und Kies sollen auf das unbedingt erforderliche Maß begrenzt werden. Die Eingriffe sind auszugleichen. Ausgleichsmaßnahmen sollen soweit wie möglich am Ort des Eingriffes durchgeführt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	G	3.3.6.1.8	G (8) Abgebaute Flächen sollen wieder in die Landschaft und den Naturhaushalt integriert werden. Dabei soll der Renaturierung Vorrang vor anderen Maßnahmen gegeben werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	135	G	3.3.6.1.9	G (9) Auf eine Nutzung der Betriebsanlagen und Regieflächen nach Beendigung des Abbaus für andere gewerbliche oder sonstige bauliche Nutzungen soll verzichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	V	3.3.6.1.10	V (10) Folgenutzungen sollen frühzeitig geklärt und in einem Nutzungs- und Gestaltungskonzept festgelegt werden. Hierbei soll angestrebt werden, dass – wenige Schwerpunktnutzungen bevorzugt werden, – der Abbaustandort in Fläche und Tiefe ökologisch und limnologisch vielfältig strukturiert wird, – euthrophierende Nutzungen in den Baggerseen eingeschränkt oder vermieden werden, – Nutzungen im Umfeld der Kiesgruben nötigenfalls zur Verringerung von Nährstoffeinträgen extensiviert werden, – der Biotopentwicklung in größtmöglichem Umfang Raum gegeben wird. Die Wiederauffüllung von Kiesseen soll aus wasserwirtschaftlichen Gründen vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	V	3.3.6.1.11	V (11) Bestehende Kiesseen sollen - soweit erforderlich - wasserwirtschaftlich, limnologisch, ökologisch und gestalterisch optimiert oder saniert werden. Dies soll auf der Grundlage einer fachplanerischen Konzeption erfolgen und kann auch kleinere Erweiterungen einschließen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	V	3.3.6.1.12	V (12) Kies- und Sandtransporte sollen umweltfreundlich durchgeführt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	Z	3.3.6.2.1	3.3.6.2 Z (1) Für die Sicherung des Sand- und Kiesabbaus werden Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	Z	3.3.6.2.2	Z (2) In den Schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe hat die Rohstoffgewinnung Vorrang vor anderweitigen Nutzungen. Maßnahmen, die einem Rohstoffabbau entgegenstehen oder ihn ausschließen, sind nicht zulässig.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	136	Z	3.3.6.3.1	3.3.6.3 Z (1) Für die langfristige Sicherung abbauwürdiger Lagerstätten für einen möglichen späteren Abbau werden Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	136	Z	3.3.6.3.2	Z (2) Die Bereiche zur Sicherung von Rohstoffvorkommen sind von Nutzungen und Funktionen freizuhalten, die einen späteren Rohstoffabbau ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	136	V	3.3.6.4	3.3.6.4 V Bestehende Bergbauberechtigungen sollen bei konkurrierenden raumbeanspruchenden Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Festsetzung neuer und die Änderung von bestehenden Bergbauberechtigungen ist mit den im Regionalplan ausgewiesenen Schutzbedürftigen Bereichen abzustimmen.	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Regionalplanung		-
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffabbau	137	Z	3.3.6.5	3.3.6.5 Z In den in der Raumnutzungskarte dargestellten Gebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Festgestein) (VRG) hat die Gewinnung von Festgestein Vorrang vor anderen Nutzungen. Maßnahmen und Nutzungen, die einem Abbau von Festgestein entgegen stehen oder ihn ausschließen, sind nicht zulässig.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
3.3	Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen	Rohstoffe	Rohstoffsicherung	137	Z	3.3.6.6	3.3.6.6 Z Die in der Raumnutzungskarte dargestellten Gebiete zur Sicherung von Rohstoffen (Festgestein) (VRG) dienen der langfristigen Sicherung von Rohstoffvorkommen für einen möglichen späteren Abbau. Maßnahmen und Nutzungen, die einen späteren Rohstoffabbau ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, sind nicht zulässig. Der vorzeitige Abbau von Rohstoffen ist grundsätzlich nicht möglich. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, wenn keine Alternativen in vorhandenen Gebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Festgestein) (VRG) bestehen, der Abbau unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.	Ja	Ja	Ja	SBB	-	-	Ja	Nein
4.1	Verkehr	Verkehr	-	147	G	4.1.1.1	4.1.1 G (1) Die Verkehrsinfrastruktur in der Region soll als Gesamtverkehrssystem so ausgestaltet werden, dass die angestrebte Entwicklung innerhalb der Region und über die Regionsgrenzen hinaus sichergestellt und die Einbindung in den europäischen Integrationsprozess gestärkt wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	-	147	G	4.1.1.2	G (2) Hierzu – soll die Erreichbarkeit der Arbeits- und Wohnstätten, der zentralen Infrastruktureinrichtungen sowie der Erholungsgebiete gewährleistet und weiter verbessert werden, – soll dem verstärkten Ausbau der West-Ost-Verbindungen als Folge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa unter Berücksichtigung der historischen Entwicklungen in der Region Rechnung getragen werden, – soll die grenzüberschreitende Kooperation in Verkehrsfragen mit dem Ziel der Beseitigung bestehender Verkehrslücken sowie des Ausbaus vorhandener grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen intensiviert werden. Zur Entlastung des rechtsrheinischen Verkehrsnetzes soll auf einen verstärkten Ausbau der linksrheinischen Verkehrsverbindungen und damit auf eine ausgewogenere Verkehrsverteilung hingewirkt werden, – sollen im Rahmen einer integrativen Verkehrsplanung verstärkt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Verkehrsarten und deren Zusammenwirken mit der Siedlungsentwicklung, auch über die Regionsgrenzen hinweg, berücksichtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	147	G	4.1.1.3	G (3) Die Region als Lebens- und Wirtschaftsraum erfordert eine abgestimmte und zusammenhängende Planung und Organisation des Verkehrs. Planungen für den Personen- und Gütertransport sollen nicht nur an den Mobilitätsbedürfnissen und Wirtschaftlichkeitserwägungen, sondern auch an Belangen des Klimaschutzes, des Freiraumschutzes und des Umweltschutzes ausgerichtet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	147	G	4.1.1.4	G (4) Hierzu – sollen ressourcen-, natur- und umweltschonende Verkehrssysteme gefördert werden, – soll beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im verkehrlich hoch belasteten Verdichtungsraum Verkehrsträgern mit hohen Kapazitäten im Personen- und Gütertransport Vorrang eingeräumt werden, – soll die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des vorhandenen Verkehrsnetzes Vorrang gegenüber dem Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur haben, – soll der flächensparende Ausbau der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur Vorrang gegenüber Neutrassierungen haben, – soll das Prinzip der Trassenbündelung beim Bau von Verkehrsinfrastruktureinrichtungen angewandt werden, – sollen entbehrliche Trassenabschnitte rückgebaut, rekultiviert oder renaturiert werden, – sollen die durch den Bau oder Ausbau von Verkehrseinrichtungen bedingten Eingriffsfolgen direkter und indirekter Art minimiert und die unvermeidbaren Eingriffe ausgeglichen werden, – sollen durch den Ausbau der Telekommunikation physische Transportvorgänge - wo möglich - ersetzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	148	G	4.1.1.5	G (5) Die verschiedenen Transportsysteme sollen so miteinander verbunden werden, dass zusammenhängende, leistungsfähige Transportketten und -netze entstehen, welche die Vorzüge der einzelnen Systeme ausnutzen und miteinander kombinieren.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	148	G	4.1.1.6	G (6) Hierzu – soll der Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöht werden, – soll dem Schienenverkehr im Verlauf starker Verkehrsströme und im Fernverkehr der Vorrang vor dem Straßenverkehr eingeräumt werden, – sollen der Schienenpersonennahverkehr und Schienengüterverkehr in der Fläche mit einem den Verkehrsströmen gerecht werdenden Angebot erhalten bzw. ausgebaut werden, – soll der Güterverkehr insbesondere für Massengut-, Müll- und Gefahrguttransporte verstärkt auf der Schiene und mit Binnenschiffen abgewickelt werden, – soll dem nicht motorisierten Verkehr (Fußgänger, Fahrradfahrer) verstärkte Bedeutung beigemessen werden, – soll neben dem fließenden Verkehr auch der ruhende Verkehr stärker in die Verkehrsplanungen einbezogen werden, – soll die Kooperation zwischen den Verkehrssystemen und Verkehrsträgern sowohl durch infrastrukturelle als auch durch organisatorische, logistische sowie informations- und kommunikations-technische Maßnahmen gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	148	G	4.1.1.7	G (7) Verkehrsmanagementsysteme und Mobilitätsmanagement sollen in der Region verstärkt gefördert werden. Insbesondere soll eine gezielte Verhaltens- und Bewusstseinsänderung der Verkehrsteilnehmer durch Mobilitätsberatung und Einrichtung von Mobilitätszentralen unterstützt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	151	G	4.1.1.2.1	4.1.2 G (1) Das für die Region bedeutsame Straßennetz soll nach der raumordnerischen Bedeutung der einzelnen Straßen unter Berücksichtigung der zentralörtlichen Gliederung weiter entwickelt werden. Es soll den vom Land Baden- Württemberg im Generalverkehrsplan 1986 vorgegebenen drei Kategorien entsprechend folgende Funktionen wahrnehmen: Kategorie I - Straße für den großräumigen Verkehr Kategorie II - Straße für den überregionalen Verkehr Kategorie III - Straße für den regionalen Verkehr.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	152	V	4.1.2.2	V (2) Folgende in der Raumnutzungskarte dargestellten Aus- und Neubaumaßnahmen sind im regional bedeutsamen Straßennetz mit höchster Priorität zu realisieren. (...)	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Fachplanung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	152	V	4.1.2.3	V (3) Folgende in der Raumnutzungskarte dargestellten Aus- und Neubaumaßnahmen sind im regional bedeutsamen Straßennetz mit hoher Priorität zu realisieren. (...)	Nein	-	-	-	-	Planungshinweis für die Umsetzung in der Fachplanung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	153	Z	4.1.2.4	Z (4) Für die Realisierung der in den beiden Tabellen in Spalte 1 mit ◯ markierten Straßenneubaumaßnahmen sind die in der Raumnutzungskarte eingezeichneten Trassen und Bereiche von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.	Ja	Nein	-	-	-	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Straßen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Baukörper und Anbauverbots-zonen der Infrastruktureinrichtungen errichtet werden können und die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 zwischen Leiterseilen und Infrastruktureinrichtungen eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.3)	Nein	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	153	G	4.1.2.5	G (5) Zur Erhaltung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit, für eine gleichmäßigere Auslastung, sowie zur Entlastung und allgemeinen Erhöhung der Verkehrssicherheit der regional bedeutsamen Straßen sollen über die Baumaßnahmen hinaus komplementäre Maßnahmen ergriffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßenverkehr	154	G	4.1.2.6	G (6) Hierzu – soll der Verkehrsaufwand durch Förderung einer Siedlungsstruktur der kurzen Wege reduziert werden (Kapitel 2), – sollen vorrangig vor dem Ausbau von Straßen geeignete Lenkungseinrichtungen (Verkehrsbeeinflussungsanlagen) eingesetzt werden, – sollen Park-and-Ride-Anlagen in unmittelbarer Nähe von Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs zur Erleichterung der Verknüpfung des Individualverkehrs mit dem öffentlichen Verkehr sowie Parkplätze in der Nähe von Autobahnanschlussstellen und von sonstigen wichtigen Knotenpunkten zur Unterstützung der Bildung von Fahrgemeinschaften geschaffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	G	4.1.3.1	G (1) Das für die Region bedeutsame Schienennetz soll in seiner Leistungsfähigkeit so weiterentwickelt werden, dass die Einbindung der Region in das innerdeutsche und europäische Schienennetz und die Befriedigung der Bedürfnisse des Regional- und Nahverkehrs gewährleistet sind. Insbesondere soll die schnelle Anbindung des Oberzentrums Karlsruhe und des Mittelzentrums Baden-Baden an das innerdeutsche und europäische Hochgeschwindigkeitsnetz sichergestellt und verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	G	4.1.3.2	(2) Zur Verbesserung der großräumigen Verbindungen des Schienenverkehrs sollen folgende Neu- und Ausbauplanungen realisiert werden:	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	N	4.1.3.2	N – 4-gleisige Ausbaustrecke/Neubaustrecke Karlsruhe-Basel, Abschnitt Karlsruhe-Baden-Baden mit Rastatter Tunnel (zwei Tunnelröhren),	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	N	4.1.3.2	N – Anbindung der Stadt Karlsruhe an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz TGV von Paris über Strasbourg-Kehl-Appenweier (POS-Süd) und Weiterführung im Zuge der „Magistrale für Europa“ (Schienenverbindung zwischen den Städten Paris, Strasbourg, Karlsruhe, Stuttgart, München, Salzburg, Wien und Budapest).	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	N	4.1.3.3	N (3) Zusätzlich ist auf der Strecke Karlsruhe-(Pforzheim-Stuttgart-Nürnberg- Dresden) eine zweite großräumige Zugverbindung über die elektrifizierte Murrbahn einzurichten.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	G	4.1.3.4	G (4) Für den überregionalen und regionalen Schienenverkehr sollen die Qualität der Zugverbindungen mit den Ober- und Mittelzentren der Nachbarregionen verbessert sowie attraktive Verbindungen zwischen den Zentralen Orten in der Region gesichert werden. Hierzu soll	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	V	4.1.3.4	V – ein grenzüberschreitender Schienenverkehr am Oberrhein gemäß dem Euro- Rhin-Konzept über die Strecke Karlsruhe-(Wörth-Lauterbourg bzw. Winden- Wissembourg-Haguenau) realisiert werden,	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	V	4.1.3.4	V – die grenzüberschreitende Schienenstrecke Rastatt-Wintersdorf nach Roeschwoog von Nutzungen, für eine spätere Reaktivierung vorgesehen werden,	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	V	4.1.3.4	V – ein Eisenbahnanschluss des Baden-Airparks an die DB-Rheintalbahn Rastatt- Baden-Baden-Bühl, insbesondere zur Abwicklung von Schienengüterverkehr, geprüft werden,	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	N	4.1.3.4	N – auf die Umsetzung des Integralen Taktfahrplanes Baden-Württemberg für den Nordraum des Landes hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	157	G	4.1.3.5	G (5) Zur Erhöhung der Sicherheit des Schienen- und des Straßenverkehrs sollen die vorhandenen schienengleichen Bahnübergänge auf DB-Strecken in der Region beseitigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	158	G	4.1.3.6	G (6) Zur Förderung des Schienenpersonenverkehrs in der Region sollen die bestehenden Bahnhöfe und Haltestellen erhalten, im Bedarfsfall kundenorientiert neustrukturiert und für die Reisenden zeitgemäß ausgestaltet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	158	G	4.1.3.7	G (7) Der Schienengüterverkehr in der Region soll erhalten und gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schienenverkehr	158	G	4.1.3.8	G (8) Hierzu sollen – die Hochgeschwindigkeitsstrecken auch für den Schienengüterfernverkehr genutzt, – der Anschluss der Region an den schnellen grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr verbessert, – Industriestammgleise und Privatgleise erhalten und ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	160	G	4.1.4.1	G (1) Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll sowohl innerhalb der Region als auch über die Regionsgrenzen hinweg attraktiver gestaltet und weiter ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	160	G	4.1.4.2	G (2) Hierzu soll – auf eine Integration des ÖPNV in das Gesamtverkehrssystem durch Förderung der Schnittstellen des ÖPNV mit den anderen Verkehrsträgern hingewirkt, – das Leistungsangebot, das Tarifsystem und die Koordination der Verkehrsträger zugunsten eines benutzerfreundlichen Verkehrs weiter verbessert, – der Schienenpersonennahverkehr mit den nachgeordneten Busverkehren weiter abgestimmt, – eine möglichst optimale Bedienung in der Fläche gewährleistet, – der Taktfahrplan des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Takt des Schienenpersonenfernverkehrs weiterhin abgestimmt, – für Wohn- und Gewerbeansiedlungen sowie für neue Infrastruktureinrichtungen vor allem solche Standorte gewählt werden, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr gut erreichbar sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	160	V	4.1.4.3	V (3) Die Schienenstrecke (Landau-Germersheim)-Philippsburg-Graben-Neudorf-Bruchsal-Bretten-(Mühlacker) soll als überregionale West-Ost-Verbindung, vor allem in den westlichen Teilabschnitten, aufgewertet werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	160	V	4.1.4.4	V (4) Auf eine Verlängerung der Rhein-Neckar-S-Bahn über Bruchsal hinaus bis nach Karlsruhe soll hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	G	4.1.4.5	G (5) An das Karlsruher Stadtbahnnetz sollen, soweit dies technisch möglich und finanzierbar ist, alle Zentralen Orte und Siedlungsschwerpunkte der Region angebunden werden. Gleichzeitig ist darauf hinzuwirken, dass der schienengebundene ÖPNV der benachbarten Regionen insbesondere zum Oberzentrum Karlsruhe ausgebaut wird.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	N	4.1.4.6	N (6) Hierzu soll das Stadtbahnnetz um folgende Verbindungen erweitert werden: – Bruchsal-Graben-Neudorf-Philippsburg (-Germersheim) – Blankenloch-Friedrichstal-Spöck – Rheinstetten-Durmersheim-Bahnhof – Ettlingen-Malsch-Muggensturm-Rastatt – Rastatt-Iffezheim-Hügelsheim-Baden-Airpark einschließlich Innenstadt Rastatt – Baden-Baden-Bühl-Ottersweier (-Achern) – Baden-Airpark-Stollhofen-Rheinmünster-Bühl	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	V	4.1.4.7	V (7) Zusätzlich soll die Erweiterung des Stadtbahnnetzes um folgende Verbindungen geprüft werden: – Spöck-Karlsdorf-Neuthard-Bruchsal – Odenheim-Tiefenbach-Eichelberg – Anbindung der Neuen Messe Karlsruhe in Rheinstetten – Durlach-Grötzingen-Weingarten – Wörth-Germersheim – Wörth-Winden-Landau – Wörth-Nordelsass – Rastatt-Wintersdorf-Nordelsass	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	V	4.1.4.8	V (8) Um eine reibungslose Abwicklung des Stadtbahn- und Straßenbahnverkehrs im Oberzentrum Karlsruhe zu gewährleisten, sollen zur Entlastung der Kaiserstraße alternative Trassen gesucht werden. Neben oberirdischen Varianten sind hierbei auch Tunnellösungen denkbar.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	V	4.1.4.9	V (9) Ergänzend soll der Neubau einer Trasse vom Mendelssohnplatz über die Kriegsstraße-Ost und Schlachthausstraße zur Durlacher Allee mit Option für einen Abzweig zum DB-Gleis nach Durlach geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Straßen-, Schienenverkehr	161	G	4.1.4.10	G (10) Zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs sollen geeignete komplementäre Maßnahmen betrieblicher, organisatorischer und infrastruktureller Art ergriffen werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Transport und Logistik-Zentren	164	G	4.1.5.1	G (1) Der Kombinierte Verkehr (KV) in der Region soll sowohl für den Güterfernverkehr als auch für den Güterverkehr in der Fläche gefördert und ausgebaut sowie mit den Nachbarregionen abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Transport und Logistik-Zentren	164	G	4.1.5.2	G (2) Hierzu – ist anzustreben, dass in der Region unter Einbeziehung aller Verkehrsträger ein Netz von KV-Umschlagplätzen geschaffen wird, – sollen die infrastrukturellen Schnittstellen zur Anwendung der in der Fläche im KV möglichen Umschlagtechniken geschaffen werden, – ist auf eine raumordnerisch koordinierte Entwicklung von Frachtzentren und logistischen Einrichtungen hinzuwirken, – ist die Verbesserung der Logistik und Vernetzung zu forcieren und die Schaffung eines virtuellen GVZ durch Förderung telematischer Einrichtungen zwischen den Verkehrsgewerbegebieten (Rheinhafen Karlsruhe, neues Umschlag- Terminal der DB AG) und den beteiligten Spediteuren, Transportunternehmen, Verladern und Schienenbetrieben anzustreben, – ist bezüglich des KV dem Ausbau bzw. dem Neubau von Einrichtungen für Schiene und Wasserstraße höchste Priorität einzuräumen, um deren Anteile im ‚modal split‘ zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Verkehr	Verkehr	Transport und Logistik-Zentren	164	V	4.1.5.3	V (3) Weiterhin ist die Errichtung eines Güterverkehrszentrums (GVZ) in der Region in Abstimmung mit dem PAMINA-Raum zu prüfen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	165	G	4.1.6.1	4.1.6 G (1) Die Binnenschifffahrt soll aus verkehrs-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Gründen zum Transport von Gütern verstärkt gefördert werden. Hierzu soll vor allem der Einsatz von Containern oder der Transport von beladenen Fahrzeugen auf RoRo-Schiffen sowie der Transport von Entsorgungsmaterialien, Gefahrgütern und Massengütern mit dem Binnenschiff intensiviert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	165	G	4.1.6.2	G (2) Der Rhein als Bundeswasserstraße sowie die an diesem Schifffahrtsweg gelegenen Häfen und Umschlagstellen sollen in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten werden. Hierzu soll für den Rhein durchgehend eine Fahrrinnentiefe von 2,10 Metern unter gleichwertigem Wasserstand (GIW 1982) gewährleistet sowie eine Fahrrinnenbreite unterhalb der Murg von 92 Metern bzw. oberhalb der Murg von V 88 Metern ermöglicht werden. Die Zulassung von 135-m-Containerschiffen bis Basel ist zu prüfen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	165	G	4.1.6.3	G (3) Der Karlsruher Rheinhafen ist als multimodale Drehscheibe des Güterverkehrs weiter auszubauen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	166	V	4.1.6.4	V (4) Zur Herstellung einer durchgehenden Verbindung von der Nordsee zum Mittelmeer soll auf einen Ausbau des Rhein-Rhône-Kanals hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Schiffsverkehr und Häfen	166	G	4.1.6.5	G (5) Die Fährverbindungen über den Rhein bei Leopoldshafen/Leimersheim, Neuburgweier/ Neuburg, Plittersdorf/Seltz und Greffern/Drusenheim sollen erhalten und verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	Z	4.1.7.1	4.1.7 Z (1) Der Anschluss der Region an das innerdeutsche und das internationale Luftverkehrsnetz ist weiter zu verbessern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	G	4.1.7.2	G (2) Hierzu soll – der Verkehrsflughafen Karlsruhe/Baden-Baden weiter entwickelt und gefördert und insbesondere das Angebot im Linienflugverkehr verbessert werden, – darüber hinaus auf eine gute Anbindung der Region an die Verkehrsflughäfen Frankfurt/Main, Stuttgart, Strasbourg, Basel-Mulhouse-Freiburg sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene hingewirkt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	Nein
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	G	4.1.7.3	G (3) Der Sonderlandeplatz Karlsruhe/Forchheim, der als Standort für die Neue Messe Karlsruhe vorgesehen ist (Kapitel 2.5.2), soll verlagert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	Z	4.1.7.4	Z (4) Als mögliche Ersatzstandorte für den Flugsport sind alternativ zwei Bereiche südlich der L 566 und nördlich der Schweinezuchtanstalt auf Gemarkung Rheinstetten (s. Raumnutzungskarte) von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten.	Ja	Ja	Ja	Ja	-	-	Ja	Nein
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	V	4.1.7.5	V (5) Die Sonderlandeplätze Bruchsal, Linkenheim und Baden-Oos sowie das Segelfluggelände in Rastatt sollen erhalten bleiben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	G	4.1.7.6	G (6) Die Umweltbeeinträchtigungen und Lärmbelästigungen durch den Luftverkehr sind zu begrenzen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	Luftverkehr und Flughäfen	167	G	4.1.7.7	G (7) Hierzu soll – auf die Planung neuer Wohngebiete im näheren Einwirkungsbereich um die Flugplätze verzichtet werden und insbesondere sollen die An- und Abflugsektoren von solchen Planungen freigehalten werden, – beim weiteren Ausbau oder bei einer Erweiterung des zugelassenen Betriebs der bestehenden Flugplätze darauf geachtet werden, dass die zusätzliche Umweltbeeinträchtigung so gering wie möglich gehalten wird, – die Ansiedlung luftverkehrsorientierter Betriebe in der Region nur auf oder in unmittelbarer Nachbarschaft zu den vorhandenen Flugplätzen erfolgen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Verkehr	-	169	G	4.1.8	4.1.8 G Der Fahrradverkehr in der Region soll unterstützt werden. Die Bedingungen für den innerörtlichen Fahrradverkehr sind zu verbessern. Zu den jeweiligen Nachbargemeinden sollen Radwegeverbindungen auf- bzw. ausgebaut werden. Diese Verbindungen sollen zu einem Netz zusammengefügt, fortentwickelt und weiter verdichtet werden. Das regionale Radwegenetz soll an den Regionsgrenzen an geeigneten Stellen mit denjenigen der Nachbarregionen verknüpft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Kommunikation	-	170	G	4.1.9.1	4.1.9 G (1) Der Nachrichtenverkehr mit Post- und Telekommunikationsdiensten soll aus Gründen der Daseinsvorsorge und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen der Region und über die Regionsgrenzen hinweg aufrechterhalten, weiterentwickelt und den Kommunikationsbedürfnissen kontinuierlich angepasst werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.1	Verkehr	Kommunikation	-	170	G	4.1.9.2	G (2) Hierzu soll – insbesondere unter den neuen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs auf dem Post- und Telekommunikationsmarkt flächendeckend eine qualitativ und quantitativ zufriedenstellende Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdiensten gewährleistet, – die Infrastruktur vor dem Hintergrund einer zufriedenstellenden Versorgung bedarfsgerecht unter Marktgesichtspunkten und unter Beachtung ökologischer Bedingungen ausgebaut, – eine uneingeschränkte Nutzung der zivilen und militärischen Richtfunkstrecken sowie der Standorte der Sendeanlagen sichergestellt werden.	Ja	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	Auswirkungen durch das geplante Vorhaben auf Richtfunkstrecken und sonstige Telekommunikationsstrukturen können nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand ausgeschlossen werden, da Gleichtaktrosseln (Filter) zur Reduzierung von Störung eingesetzt werden können, mit dem Ergebnis, dass der weitere sachgerechte Betrieb sichergestellt wird (vgl. Kapitel 7.4).	n.a.	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.2	Energie	Energieversorgung	-	171	G	4.2.1	4.2.1 G Die Region soll in allen ihren Teilen so mit Energie versorgt werden, dass – ein bedarfsgerechtes und möglichst preiswertes und vielfältiges Energieangebot sichergestellt ist, – die erforderliche Energie effizient bereitgestellt sowie rationell und sparsam genutzt wird, – die langfristigen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Energieversorgung möglichst gering sind, – Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen sowie das Klima nicht beeinträchtigt werden, – die Umwelt und die Ressourcen geschont werden.	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Sonstige punktuelle Einrichtungen der Energieversorgungsung	171	G	4.2.2.1	4.2.2 G (1) Zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung sollen in den bestehenden Kraftwerken bedarfsgerechte Kapazitätsanpassungen durch Erneuerungen und Erweiterungen erfolgen. Gleichzeitig soll die Elektrizitätserzeugung mit Blockheizkraftwerken, regenerativen Energien und ggf. mit Müllheizkraftwerken sowie die verstärkte Ausnutzung der Wasserkraft zur Stromproduktion gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Hochspannungsleitungen	171	G	4.2.2.2	G (2) Höchst- und Hochspannungsnetze sollen der Strombedarfsentwicklung in der Region und den Anforderungen des großräumigen Stromverbunds angepasst werden. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Dies ist ein für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz der verbalargumentativ aufgenommen wird.	Ja	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Hochspannungsleitungen	171	V	4.2.2.3	V (3) - Für die gemäß Fachplanung Höchstspannungstrassen des Landes Baden-Württemberg vorgesehene Leitung Nr. 4 Kuppenheim-Forbach (2 x 380 kVLeitung) ist die Entscheidung über die Notwendigkeit der neuen 380 kV172 Leitung sowie über die Notwendigkeit der Kapazitätserweiterung des Pumpspeicherwerks Forbach beschleunigt herbeizuführen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung		-
4.2	Energie	Energieversorgung	Hochspannungsleitungen	172	V	4.2.2.4	V (4) - Für die Leitung Nr. 5 Karlsruhe/Daxlanden-Eichstetten (4 x 380 kV-Leitung) ist eine Bündelung auf dem Gestänge der bereits bestehenden 380 kVDreifachleitung vorzusehen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung		-
4.2	Energie	Energieversorgung	Hochspannungsleitungen	172	V	4.2.2.5	V (5) - Die Notwendigkeit einer 110 kV-Leitung im Abschnitt Münzesheim-Oberderdingen soll geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung		-
4.2	Energie	Energieversorgung	Hochspannungsleitungen	172	G	4.2.2.6	G (6) Bei der Trassierung von Höchst- und Hochspannungsleitungen ist darauf hinzuwirken, dass – neue Stromleitungen nur dann errichtet werden, wenn vorhandene Gestänge - auch anderer Energieversorgungsunternehmen sowie der Deutschen Bahn AG - nicht mitgenutzt werden können, – zusätzlich erforderlich werdende Stromleitungen grundsätzlich im Zuge von Leitungsstraßen bzw. gebündelt mit großräumigen Verkehrstrassen geführt werden, – bei jedem Leitungsneubau geprüft wird, ob bestehende Leitungen abgebaut, ersetzt oder gebündelt werden können, – in landschaftlich besonders empfindlichen Gebieten sowie in Siedlungsbereichen die Leitungen erdverkabelt werden, soweit dies technisch und wirtschaftlich vertretbar ist.	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Die Anliegen der ersten drei Spiegelstriche werden über den für das Vorhaben relevanter Planungsgrundsatz ("Bündelungsgebot") verbalargumentativ aufgenommen. Eine Erdverkabelung ist für das Vorhaben gem. BBPlG nicht vorgesehen (vgl. Kapitel 3.1.4).	Ja	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Rohrleitungen	172	G	4.2.3.1	4.2.3 G (1) Die Gasversorgung soll weiter ausgebaut werden. Hierbei sollen verdichtete und stark immissionsbelastete Gebiete, Räume mit besonders wertvoller und empfindlicher Naturausstattung sowie überörtlich bedeutsame Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte vorrangig an das Versorgungsnetz angeschlossen werden. Der Ausbau des Erdgasnetzes soll auch im ländlichen Bereich gefördert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Rohrleitungen	172	V	4.2.3.2	N (2) Vorrangig soll die Verlegung einer Anschlussleitung von der Erdgashochdruckleitung Weisenbach-(Freudenstadt) nach Forbach verwirklicht werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	Rohrleitungen	172	G	4.2.3.3	G (3) Die Gasversorgung soll mit der Fernwärmeversorgung abgestimmt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	-	172	G	4.2.4.1	4.2.4 G (1) Für die Bereiche mit hoher Wärmebedarfsdichte ist eine möglichst weitgehende Versorgung mit Fernwärme anzustreben.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	-	172	V	4.2.4.2	N (2) Hierzu soll im Verdichtungsraum Karlsruhe die Fernwärmeversorgung weiter ausgebaut werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	-	172	V	4.2.4.3	V (3) In den sonstigen Teilen der Region, die eine hohe Wärmebedarfsdichte aufweisen oder erwarten lassen (z. B. größere Wohnanlagen), soll die Möglichkeit zur Errichtung von Fernwärmeversorgungsnetzen und Nahwärmeinseln geprüft werden. Dabei ist zu untersuchen, ob der Einsatz von Blockheizkraftwerken und Biomasseheizanlagen unter wirtschaftlichen Aspekten in Frage kommt.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	-	173	G	4.2.4.4	G (4) In Neubaugebieten ist ein Wärmedämmstandard anzustreben, der über die Vorgaben der aktuellen Wärmeschutzverordnung hinausgeht (z. B. Niedrigenergie-, Passivhaustechnik). Durch die Erstellung individueller Energiekonzepte soll eine umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung erreicht werden. Dabei sind insbesondere umweltschonende Techniken wie Brennwertkessel und Wärmepumpen zu fördern.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Energieversorgung	-	173	V	4.2.4.5	V (5) Die Möglichkeit der verstärkten Nutzung von Abwärme und Umweltwärme für die Wärmeversorgung soll geprüft werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.1.1	G (1) Die Nutzung regenerativer Energiequellen zur Energieversorgung in der Region soll gefördert werden. Hierzu sollen die Voraussetzungen für die Nutzung - der Windenergie, - der Solarenergie, - der Erdwärme, - der Biomasse und - der Wasserkraft geschaffen und verbessert werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.1.2	4.2.5.2G (2) Bei der Auswahl von Standorten zur Erzeugung erneuerbarer Energien sollen die Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse, die Erholung, die Siedlungsstruktur, das Landschaftsbild und die Ökologie berücksichtigt werden. Für die verschiedenen Energieformen gilt dabei: - Solarenergie: Die gute Eignung der Region für die Nutzung der Solarenergie wird durch den Ausbau der letzten Jahre bestätigt. Dabei wird die Nutzung bestehender Dächer und anderer bereits versiegelter Flächen der Neuinanspruchnahme von Freiflächenanlagen vorgezogen. Freiflächenanlagen sollen nur an besonders konfliktarmen Standorten errichtet werden. - Erdwärmepotenzial: Die Region bietet sehr gute Voraussetzungen für die tiefe Geothermie, sobald wirtschaftliche und sichere Technologien zu ihrer Nutzung bereit stehen. Geothermieranlagen sollen vorrangig in Gewerbe und Industriegebieten angesiedelt werden. Wenn die geologischen Verhältnisse dies nicht zulassen, kommen auch andere Standorte in Betracht, sofern eine bauliche Vorbelastung besteht. - Biomasse: Bioenergieanlagen sollen vorrangig in Industrie- und Gewerbegebieten oder in räumlich-funktionalem Zusammenhang zu Einrichtungen der Ver- und Entsorgung angesiedelt werden, sofern sie nicht als privilegierte Vorhaben (§ 35 I Nr. 6 BauGB) einem land-, gartenbau- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen. - Wasserkraft: Der weitere Ausbau der Wasserkraft bildet wegen der möglichen Grundlastfähigkeit einen wichtigen Baustein der Versorgung mit regenerativen Energien. Beim weiteren Ausbau der Wasserkraftnutzung sowohl am Rhein als auch in seinen Seitentälern sollen insbesondere ökologische Belange berücksichtigt und Synergien mit dem naturnahen Umbau der Gewässer gesucht werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.2.1	4.2.5.2 G (1) Im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Nutzung regenerativer Energien zur Verminderung der CO2- und anderer Schadstoffemissionen sowie weiterer Belastungen des Naturhaushalts soll in der Region Mittlerer Oberrhein die Windenergie verstärkt genutzt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	Z	4.2.5.2.2	4.2.5.2 Z (2) Die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen werden für die Errichtung und den Betrieb von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen gesichert. Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen sind die Gebiete: Nr. Name und Belegenheitskommune(n) 501 ... 504 Hasensprung/Kastenwäldle in Walzbachtal 505 Hinterer Heuberg/Heuberg in Walzbachtal/Weingarten 506 Kreuzelberg in Ettlingen 507 Birkenhau/Hagbuckel in Karlsbad 508 Hohlberg/Sulzberg/Birkenschlag in Malsch 509 Herrschaftsfeld in Bietigheim/Durmersheim 510 ... In den Vorranggebieten sind alle raumbedeutsamen Nutzungen ausgeschlossen, die mit der Errichtung und dem Betrieb von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Ausnahmsweise darf in einem Flächennutzungsplan innerhalb der Vorranggebiete für einen erweiterten Siedlungsabstand von bis zu 1.000 m von allgemeinen Wohngebieten sowie von entsprechenden Gebieten nach § 34 II BauGB auf die Darstellung von Konzentrationsflächen nach § 35 III 3 BauGB verzichtet werden, sofern - der regionalplanerische Standort im Flächennutzungsplan im Gegenzug gleichwertig erweitert wird und - der Regionalverband Mittlerer Oberrhein der Darstellung zustimmt.1 In den Teilflächen von Regionalen Grünzügen (PS 3.2.2) und Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege (PS 3.3.1.2), für die Forstwirtschaft (PS 3.3.3.2), für die Landwirtschaft Stufe I (PS 3.3.2.2) und für die Erholung (PS 3.3.4.2), die sich mit den festgelegten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen überlagern, ist die Errichtung und der Betrieb regional bedeutsamer Windenergieanlagen zulässig.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	Z	4.2.5.2.3	4.2.5.2 Z (3) Die Vorranggebiete bleiben langfristig für die Windenergienutzung gesichert. Eine mit dem Vorrangzweck unvereinbare raumbedeutsame Nachnutzung ist ausgeschlossen. Nach Beendigung der Windenergienutzung sind die baulichen Anlagen so zurückzubauen, dass die Wiederaufnahme der Windenergienutzung nicht erschwert wird.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Ja	Nein

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum	
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6		
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	Windenergie	173	V	4.2.5.3	V (3) Der Bau von Windenergieanlagen soll an raumordnerisch und technisch gut geeigneten Standorten konzentriert werden. Bereiche, in denen durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen erhebliche Konflikte mit anderen Raumnutzungen auftreten, sollen als Standorte für Windenergieanlagen vermieden werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	174	Z	4.2.5.3.1	4.2.5.3 Z (1) Die Vorbehaltsgebiete (s. Ergänzungen der Raumnutzungskarte des Regionalplans vom 13. März 2002 einschließlich der Teilkarten 1 - 8 im Anhang) sollen für die Errichtung und den Betrieb von regionalbedeutsamen Photovoltaikanlagen gesichert werden. Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen sind ... Gebiet 3: Ackerfläche südlich Oberhausen zwischen der K 3537 und der L 555 auf Gemarkung Oberhausen- Rheinhausen ... In den Vorbehaltsgebieten soll der Nutzung von regionalbedeutsamen Photovoltaikanlagen ein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen beigemessen werden.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Ja	Ja	
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	184	N	4.3.1	N (1) Soweit Abfälle nicht vermieden werden können, sollen sie stofflich verwertet oder zur Gewinnung von Energie genutzt werden. Vorrang hat die umweltverträglichere Verwertungsart. Die Verwertung soll Vorrang vor der Beseitigung der Abfälle haben. Der Vorrang der Verwertung von Abfällen entfällt, wenn deren Beseitigung die umweltverträglichere Lösung darstellt. Die in der Region für Verwertung und Beseitigung vorhandenen Einrichtungen (s. Raumnutzungskarte), insbesondere die Thermoselect-Anlage im Rheinhafen Karlsruhe als gemeinsame thermische Abfallbehandlungsanlage für die Region, sind zu sichern. Ausreichender geeigneter Deponieraum zur Aufnahme der verbleibenden Abfälle aus der Restabfallbehandlung soll vorgehalten werden, soweit sie nicht zu verwerten sind.	Ja	Nein	-	-	-	-	Hier handelt es sich um eine nachrichtliche Darstellung und damit nicht um ein Erfordernis der Raumordnung. Zudem sind nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand über den heutigen bekannten Rahmen der Drehstromfreileitungen hinausgehende Auswirkungen auf Entsorgungsanlagen nicht zu erwarten, da neu zu errichtende Masten außerhalb der Anlagen errichtet bzw. die erforderlichen Mindestabstände gem. DIN VDE 0210 bzw. EN 50341-1, DIN EN 60071-2 und DIN EN 60071-5 eingehalten werden können. (vgl. Kapitel 7.4)	Nein	-
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	184	N	4.3.2	N (2) Bei der Abfallbeseitigung und -verwertung dürfen die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht beeinträchtigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	184	N	4.3.3	N (3) Die Verwertung hat ordnungsgemäß, schadlos und so zu erfolgen, dass Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	185	N	4.3.4	N (4) Es ist zu gewährleisten, dass Abfälle, die nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft ausgeschlossen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	185	V	4.3.5	V (5) Aus regionalplanerischer Sicht kommen der Vermeidung sowie der Rückführung von Abfällen in den Stoffkreislauf prinzipiell Priorität zu. Hierzu sollen – Vermeidungsstrategien intensiviert werden. – Bodenaushub am Ort seiner Entstehung zum Massenausgleich und zu anderen geeigneten Zwecken genutzt werden. – Baustellenabfälle und Bauschutt am Ort ihres Anfalls getrennt werden, um die geeigneten Anteile zu verwerten. – geeignete alternative Vorbehandlungsverfahren eingesetzt werden, soweit die Abfälle nicht thermisch behandelt werden und sofern ökonomische und ökologische Voraussetzungen dafür sprechen.	Nein	-	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	185	V	4.3.6	V (6) Beim Transport der Abfälle ist zu prüfen, ob dem Transport per Schiene oder über Wasserstraßen unter ökologisch und ökonomischen Gesichtspunkten Vorrang gegenüber der Straße einzuräumen ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
4.3	Abfallwirtschaft	Entsorgung	Abfallwirtschaft	185	N	4.3.7	Maßnahmen zur Sanierung von Altlasten sind dort zu ergreifen, wo die Gesundheit der Bevölkerung und die Qualität der Umwelt, insbesondere des Grundwassers und der Oberflächengewässer, bedroht sind.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	-	-	
Teilfortschreibung Erneuerbare Energie/Photovoltaik (in Aufstellung befindlich) - Juli 2017															-	
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	-	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.1.2	4.2.5.2G (2) Bei der Auswahl von Standorten zur Erzeugung erneuerbarer Energien sollen die Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse, die Erholung, die Siedlungsstruktur, das Landschaftsbild und die Ökologie berücksichtigt werden. Für die verschiedenen Energieformen gilt dabei: – Solarenergie: Die gute Eignung der Region für die Nutzung der Solarenergie wird durch den Ausbau der letzten Jahre bestätigt. Dabei wird die Nutzung bestehender Dächer und anderer bereits versiegelter Flächen der Neuinanspruchnahme von Freiflächenanlagen vorgezogen. Freiflächenanlagen sollen nur an besonders konfliktarmen Standorten errichtet werden. - Erdwärmepotenzial: ... - Biomasse: ... - Wasserkraft: ...									
4.2	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.3.1	4.2.5.3 G (1) Das große Potenzial für die Nutzung von solarer Strahlungsenergie in der Region soll ausgenutzt werden. Dabei wird die Nutzung bestehender Dächer und anderer bereits versiegelter Flächen der Neuinanspruchnahme von Flächen für Freiflächenanlagen vorgezogen.									

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textlich herleitbar	Begründung	Relevant	In U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.3	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.3.2	4.2.5.3 G (2) Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaik-Freiflächenanlagen (VBG PV-FFA) werden zur Förderung der solaren Stromerzeugung festgelegt. In den VBG PV-FFA kommt der Errichtung und dem Betrieb von PV-FFA in der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen besonders Gewicht zu.								
4.4	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	Teilfortsc hreibung	Z	4.2.5.3.3	4.2.5.3 Z (3) In den Teilflächen von Regionalen Grünzügen und Schutzbedürftigen Bereichen für die Landwirtschaft Stufe I, die sich mit den festgelegten Vorbehaltsgebieten für regionalbedeutsame Photovoltaik-Freiflächenanlagen überlagern, sind die Errichtung und der Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen zulässig, sofern der Rückbau der baulichen Anlagen nach Aufgabe der Nutzung für PhotovoltaikFreiflächenanlagen gesichert ist.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	Nein	
4.5	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	Teilfortsc hreibung	G	4.2.5.3.4	4.2.5.3 G (4) Die Ausgestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen soll so freiraumschonend wie möglich erfolgen und eine Durchlässigkeit für wild lebende Tierarten ermöglichen.								
4.6	Energie	Erneuerbare Energie	Solarenergie	Teilfortsc hreibung	V	4.2.5.3.6	4.2.5.3 V (6) Wasserfläche zur Erprobung und den Betrieb schwimmender Photovoltaikanlagen.	Nein	-	-	-	-	Vorhaben hat keinen Einfluss auf die Umsetzung	Nein	

C.1.1.4 LANDESENTWICKLUNGS-PROGRAMM RHEINLAND-PFALZ

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	erweiterter U-Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6					vgl. Kap. 6.1.4.6	
4.1	Freiraumschutz	Freiraum-schutz, Erholung und Tourismus	Naturschutz, Gewässerschutz, Landschaftsschutz, Freiraumgestützte Erholung	108	G	85	G 85 Freiräume sollen als unverzichtbare Voraussetzung - für die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, - zur nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie - zur Bewahrung der Eigenart, des Erlebnis- und Erholungswertes der Landschaft erhalten und aufgewertet werden. See- und Flussufer sollen im Außenbereich von Bebauung freigehalten werden. Dies gilt ebenso für landschaftlich wertvolle Hänge und hangnahe Höhenlagen.	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	nicht hinreichend räumlich konkretisiert	Nein	-
4.1	Freiraumschutz	Freiraumschutz	Naturschutz	108	G	86	G 86 Unvermeidliche Inanspruchnahme von Freiraum soll flächensparend und umweltschonend erfolgen.	Ja	Ja	Nein			nicht hinreichend inhaltlich konkretisiert	Nein	-
4.2	Landschaftsstruktur	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	111	Z	91	Z 91 Die Landschaftstypen bilden die Grundlage für die Darstellung von Erholungs- und Erlebnisräumen (s. Karte 9: Erholungs- und Erlebnisräume und Tabelle im Anhang), in denen die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft vorrangig zu sichern und zu entwickeln sind.	Ja	Ja	Ja	Ja	-		Ja	Nein
4.2	Landschaftsstruktur	Freiraumschutz	Landschaftsschutz	114	Z	92	Z 92 Die landesweit bedeutsamen historischen Kulturlandschaften sind in ihrer Vielfältigkeit unter Bewahrung des Landschafts-Charakters, der historisch gewachsenen Siedlungs- und Ortsbilder, der schützenswerten Bausubstanz sowie des kulturellen Erbes zu erhalten und im Sinne der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln.	Ja	Ja	Ja	Ja	-		Ja	Nein

C.1.1.5 EINHEITLICHER REGIONALPLAN
RHEIN-NECKAR, TEILRAUM
RHEINLAND-PFALZ

Kapitel nr.	Kapitel	Sachthema	Belang	Seite	Status	Nr.	Ziele und Grundsätze	Maßgeblich	Auswirkung raumbedeutsam	inhaltlich konkretisiert	kartographisch abgrenzbar	textliche herleitbar	Begründung	Relevant	erweitert er U- Raum
								vgl. Kap. 6.1.4.5	vgl. Kap. 6.1.4.6						
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraum- schutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.1	Z 2.1.1 Die Regionalen Grünzüge dienen als großräumiges Freiraumsystem dem langfristigen Schutz und der Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie dem Schutz und der Entwicklung der Kulturlandschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar. Sie sichern die Freiraumfunktionen Boden, Wasser, Klima, Arten- und Biotopschutz sowie die landschaftsgebundene Erholung. Die Regionalen Grünzüge sind in der Raumnutzungskarte als Vorranggebiete festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Nein	-
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraum- schutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.2	Z 2.1.2 Die Grünzäsuren haben die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung und das Zusammenwachsen von Siedlungsgebieten zu verhindern. Sie stellen Verbindungen örtlicher Grünbereiche mit den Regionalen Grünzügen her und dienen als Klimaschneisen, Lebens- sowie Vernetzungsräume für Tiere und Pflanzen sowie als siedlungsnaher Erholungszonen. Die Grünzäsuren sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	Grünzäsur	-	-	Nein	-
2.1	Regionale Grünzüge/Grünzäsuren	Freiraum- schutz	Naturschutz, Landschaftsschutz	51	Z	2.1.3	Z 2.1.3 In den Regionalen Grünzügen und in den Grünzäsuren darf in der Regel nicht gesiedelt werden. In den Grünzügen sind technische Infrastrukturen und Verkehrsinfrastrukturen sowie privilegierte Vorhaben im Sinne von § 35 (1) BauGB zulässig, die die Funktionen der Grünzüge nicht beeinträchtigen, im überwiegenden öffentlichen Interesse notwendig sind oder aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können. Letzteres gilt auch für den Rohstoffabbau. In den Grünzäsuren sind raumbedeutsame Vorhaben im Sinne von § 29 BauGB unzulässig. Die Erweiterung standortgebundener technischer Infrastrukturen ist ausnahmsweise möglich.	Ja	Ja	Ja	Reg. Grünzug	-	-	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum- schutz	Naturschutz	55	Z	2.2.1.2	Z 2.2.1.2 In den „Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege“ haben die Ziele des Naturschutzes und Maßnahmen, die dem Aufbau, der Entwicklung und Gestaltung eines regionalen, räumlich und funktional zusammenhängenden Biotopverbundsystems dienen, Vorrang vor entgegenstehenden oder beeinträchtigenden Nutzungsansprüchen. Sie dienen der Erhaltung und Entwicklung heimischer Pflanzen- und freilebender Tierarten mit dem Ziel der Sicherung der Biodiversität. Die „Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VR	-	-	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Freiraum- schutz	Naturschutz	55	G	2.2.1.3	2.2.1.3 Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sollen als ergänzende Bestandteile eines regionalen Biotopverbundes gesichert und entwickelt werden. Den gebietsspezifischen Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes soll besonderes Gewicht gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen gegeben werden. Eine an die Ziele des Naturschutzes angepasste Nutzung, Bewirtschaftung und Pflege ist zu fördern. Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.	Ja	Ja	Ja	VB	-	-	Nein	-
2.2	Schutz und Sicherung von Freiraumressourcen	Erholung und Tourismus	Freiraumgestützte Erholung,Tourismus- schwerpunkte	59	G	2.2.7.1	2.2.7.1 Die landschaftlichen Potenziale der Metropolregion Rhein-Neckar sollen für die touristische Nutzung und für die Naherholung gesichert und weiterentwickelt werden. In der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt sind die für die landschaftsbezogene Erholung und für den Tourismus besonders bedeutenden Räume dargestellt.	Ja	Ja	Ja	Bereiche mit besonderer Bedeutung für (Fremdenverkehr und) Naherholung	-		Ja	Nein

C.1.2 ERFASSUNGSKRITERIEN

Erfassungskriterium	LEP Baden-Württemberg, 2002	Einheitlicher RP Rhein-Neckar (Teilregionen BW), 2014	Regionalplan Mittlerer Oberrhein, 2006
Siedlungsbereiche*	-	Siedlungsbereich Wohnen	Siedlungsfläche (überwiegend Wohn-/Mischnutzung), Bestand
Flächen für Industrie und Gewerbe*	-	Siedlungsbereich Gewerbe	Siedlungsfläche (überwiegend gewerbliche Nutzung), Bestand
		Vorranggebiet für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik	Vorranggebiet / Vorbehaltsgebiet für Einzelhandelsgroßprojekte (Integrierte Lagen)
Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	-	Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz	Bereich zur Sicherung von Wasservorkommen
Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	-	Vorranggebiet für den Rohstoffabbau	-
Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe	-	Vorbehaltsgebiet für die Rohstoffsicherung	-
Vorbehaltsgebiet Photovoltaik	-	-	Vorbehaltsgebiet für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen
Vorranggebiet Landwirtschaft	-	Vorranggebiet für die Landwirtschaft	Schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft, Stufe I
Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	-	Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft	Schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft, Stufe II
Vorranggebiet Forstwirtschaft	-	Vorranggebiet für Wald und Forstwirtschaft	-
Vorranggebiet Natur- und Landschaft	-	Vorranggebiet für Naturschutz- und Landschaftspflege	Schutzbedürftiger Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege
Vorbehaltsgebiet Natur- und Landschaft	-	Vorbehaltsgebiet für Naturschutz- und Landschaftspflege	-
Regionaler Grünzug	-	Regionaler Grünzug	Regionaler Grünzug
Grünzäsur	-	Grünzäsur	Grünzäsur
Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	-	Bereiche mit besonderer Bedeutung für (Fremdenverkehr und) Naherholung	-
Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	-	-
Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	-	Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	Schutzbedürftiger Bereich für vorbeugenden Hochwasserschutz
Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	-	Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz	Überschwemmungsgefährdeter Bereich bei Katastrophenhochwasser

* Sonderfall siehe RVS Kapitel 6.2.6 Erfassungskriterien

Anhang C.1.2

Dokumentation der Zuordnung der einzelnen planerischen Vorgaben der RO zu den einheitlichen Erfassungskriterien

C.1.3 KONFORMITÄTSEBEWERTUNG

Übersicht der folgenden Tabellen:

Nr.	Thema	Seiten- anzahl
1.3.1	Siedlungsbereiche	3
1.3.2	Flächen für Industrie und Gewerbe	3
1.3.3	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	4
1.3.4	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	2
1.3.5	Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe	1
1.3.6	Vorbehaltsgebiet Photovoltaik	1
1.3.7	Vorranggebiet Landwirtschaft	8
1.3.8	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	2
1.3.9	Vorranggebiet Forstwirtschaft	1
1.3.10	Vorranggebiet Natur und Landschaft	9
1.3.11	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2
1.3.12	Regionale Grünzüge	12
1.3.13	Grünzäsur	3
1.3.14	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	11
1.3.15	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	6
1.3.16	Vorranggebiet Hochwasserschutz	5
1.3.17	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	6
1.3.18	Konformitätsbewertung themenübergreifend nach Trassenkorridorsegmenten	3+

Erläuterung zu den Konformitätstabellen

Die kartographische Darstellung erfolgt in den sachthemenbezogenen Karten C.2.1 - C.2.4.

Trassenkorridorsegment

Abs.: / km:

Es erfolgt eine Unterteilung des Trassenkorridors in Trassenkorridorabschnitte und Trassenkorridorkilometer, die in ihrer Kombination als Trassenkorridorsegment bezeichnet werden.

Beispiel: Trassenkorridorsegment 02-001 = Abschnitt 02, Kilometer 001

Restriktionsniveau:

Die Einstufung des Restriktionsniveaus erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.4.8 und 6.3.1 anhand der folgenden Matrix

Restriktionsniveau	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konfliktrisiko:

Die Einstufung des Konfliktrisikos erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.4.9 anhand der folgenden Matrix

Konfliktrisiko	
4	sehr hoch
3	hoch
2	mittel
1	gering

Konformität/ Bewertung:

Die Bewertung der Konformität erfolgt gem. Methode Kap. 6.1.4.10 anhand folgender Matrix

Einstufung	Fall	Beschreibung
Konformität nicht gegeben	3	Betrifft die Querung von Flächen, die selbst unter Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen mit dem Erfordernis der Raumordnung nicht vereinbar sind. I.d.R. Ziele der RO mit klarem Verbot von baulichen Anlagen.
Konformität herstellbar	2 ^M	Betrifft Flächen, bei denen durch Querung vereinzelte Einschränkungen durch z.B. Flächenverlust aufgrund neuer Maststandorte oder Neuüber-spannung durch Schutzstreifenverbreiterung (ausschwingende Leiterseile) entstehen können. Mittels konfliktvermeidender Maßnahmen (^M) ist die Vereinbarkeit des Vorhabens mit dem Erfordernis der RO jedoch herstellbar.
	2 ^{ba}	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung unter bestimmten Bedingungen (^{ba} = bedingte Ausnahme) Infrastrukturmaßnahmen zulässt und für die somit ohne die Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie eine Vereinbarkeit herstellbar ist.
Konformität gegeben	1	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung keine Festlegung zu Infrastrukturmaßnahmen trifft und die der Verwirklichung von Infrastrukturmaßnahmen nicht entgegenstehen. Somit ist die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
	1 ^G	Betrifft Erfordernisse der RO, deren konkrete Formulierung Aussagen zu Infrastrukturmaßnahmen trifft, die aus gutachterlicher Sicht mit einer Verwirklichung des Vorhabens vereinbar sind oder einer Verwirklichung nicht entgegenstehen (^G = gutachterliche Einschätzung) und für die auch ohne Berücksichtigung von konfliktvermeidenden Maßnahmen und unabhängig von der Leitungskategorie die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung gegeben ist.

Abkürzungen:

LEP BW: Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg

RP RN BW: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar – Teilraum Baden-Württemberg

RO MOR: Regionalplan Mittlerer Oberrhein

C.1.3.1 SIEDLUNGSBEREICHE

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

RP RN BW: Z 1.4.2.2 Die Ausweisung zusätzlicher, über die Eigenentwicklung hinausgehender Wohnbauflächen ist im Einklang mit den übrigen Zielen der Regional- und Landesplanung in den als „Siedlungsbereich Wohnen“ festgelegten Gemeinden bzw. Gemeindeteilen und auf die Zentralen Orte, die überwiegend an Entwicklungsachsen liegen, zu konzentrieren. Damit soll insbesondere der Wohnbauflächenbedarf aus Wanderungsgewinnen gedeckt werden. Dabei sind die Ausweisungen vorrangig an den Haltestellen des regionalbedeutsamen öffentlichen Personennahverkehrs zu orientieren (vgl. G 1.4.1.2 und G 3.1.1.2). Diese Gemeinden bzw. Gemeindeteile sind im Anhang Nr. 1.2 aufgelistet und in der Raumnutzungskarte als „Siedlungsbereiche Wohnen“ festgelegt

RP MOR: Z (2) In den Siedlungsbereichen (Kapitel 2.3) ist die Ausweisung von Bauflächen zur Errichtung neuer Wohn- und Arbeitsstätten für den aus der Eigenentwicklung und den aus Wanderungsgewinnen sich ergebenden Bedarf vorzusehen. In den Schwerpunkten für Wohnen gemäß Kapitel 2.3.4 ist die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen auf den Eigenbedarf zu beschränken.

01	002	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	008	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	002	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	003	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	004	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	005	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	007	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	008	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	002	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau (LK 5) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	011	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	016	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	017	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	017	4	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
04	018	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	021	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.2 FLÄCHEN FÜR INDUSTRIE UND GEWERBE

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN BW: Z 1.5.2.2 In den „Siedlungsbereichen Gewerbe“ ist die Bestandssicherung und Weiterentwicklung vorhandener Betriebe vorrangige Aufgabe. Darüber hinaus sollen diese Standorte unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen angemessene Flächenreserven für ergänzende gewerbliche Neuansiedlungen vorhalten. Die Gemeinden bzw. Gemeindeteile mit verstärkter gewerblicher Siedlungsentwicklung sind als „Siedlungsbereich Gewerbe“ im Anhang Nr. 1.4 und in der Raumnutzungskarte festgelegt. RP MOR: Z (4) Einzelhandelsgroßprojekte sind in den in der Raumnutzungskarte ausgewiesenen Vorranggebieten (Integrierten Lagen) anzusiedeln. Einzelhandelsgroßprojekte mit zentrenrelevanten Sortimenten dürfen nur in diesen Standorten ausgewiesen, errichtet und erweitert werden. Ihre Ausweisung und Errichtung außerhalb der Integrierten Lagen ist ausgeschlossen (Ausschlussgebiet). Ausnahmsweise sind bestandsorientierte Erweiterungen zulässig, sofern sie entsprechend der Z (1) bis Z (3) regionalplanerisch verträglich sind. Zentrenrelevante Randsortimente sind außerhalb der Vorranggebiete zulässig, sofern sie entsprechend der Z (1) bis Z (3) regionalplanerisch verträglich sind.					
01	002	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	4	4	2 ^M	Das Gebiet liegt in dem Trassenband unter bestehenden Höchstspannungs-freileitungen. Somit ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt kein Konflikt mit der Nutzung besteht und die Konformität gegeben ist. Dieses Gebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallel-neubau (LK 5) gequert werden. Veränderungen gegenüber der bestehenden Situation können jedoch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte ; siehe Anhang C.1.4) minimiert werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	006	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	005	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	4	3	2 ^M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	017	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	018	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	019	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	020	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.3 VORBEHALTSGEBIET GRUNDWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: G2.2.3.3: In den „Vorbehaltsgebieten für den Grundwasserschutz“ sollen die Belange des Grundwasserschutzes bei der Abwägung mit Nutzungen, von denen gefährdende Wirkungen auf das Grundwasser ausgehen können, besonders berücksichtigt werden. Zur Gefahrenvorsorge sollen in diesen Gebieten konkurrierende oder schädliche Fremdnutzungen vermieden werden. Die „Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.					
02	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Anhang C.1.3.3

Konformitätsbewertung:

Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	004	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
03	002	1	1	1 ^G	Dieses Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	006	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	007	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

RP MOR: 3.3.5.5 G (1) Zur langfristigen Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser sollen die Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen (s. Raumnutzungskarte) so geschützt und entwickelt werden, dass die Möglichkeit der Gewinnung von Wasser in einwandfreier Qualität und in maximaler, ökologisch verträglicher Menge dauerhaft gewährleistet ist. Hierzu sollen alle Nutzungen ausgeschlossen werden, die diesem Vorsorgeschutz entgegenstehen. Insbesondere soll die Eröffnung neuer Kiesgruben und Abbaustellen anderer Bodenbestandteile vermieden werden. Begrenzte Flächenerweiterungen bestehender Abbaustellen können im Einzelfall zugelassen werden, wenn hydrologische Gegebenheiten und wasserwirtschaftliche Belange dem nicht entgegenstehen. Maßnahmen zur Trinkwassergewinnung sollen grenzüberschreitend dahingehend abgestimmt werden, dass keine gegenseitige Beeinträchtigung erfolgt.

04	018	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	018	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	019	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	019	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.3.4 VORRANGGEBIET OBERFLÄCHENNAHE ROHSTOFFE

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z 2.4.2.1 In den „Vorranggebieten für den Rohstoffabbau“ ist die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen zu konzentrieren. Die Rohstoffgewinnung hat in diesen Gebieten Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen und darf durch andere Nutzungen nicht ausgeschlossen oder beeinträchtigt werden. Die „Vorranggebiete für den Rohstoffabbau“ sind in der Raumnutzungskarte und im Anhang Nr. 3 festgelegt.					
02	003	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	004	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	4	3	2 ^M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert, da mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte, siehe Anhang C.1.4) erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden können. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	4	4	2 ^M	Das Vorranggebiet muss mit einem Parallelnubau (LK 5) gequert werden. Der geplante Parallelneubau im Querungsbereich des Vorranggebietes erfolgt jedoch innerhalb eines bestehenden Trassenbandes aus mehreren Leitungen (als Ersatzneubau in gegenüber den Bestandsleitungen verlagelter Trasse). Durch die Rückbaumaßnahme der Bestandsleitung verändert sich an der Anzahl der Leitungen nichts und die Situation für das Vorranggebiet bleibt unverändert. Zudem können auch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte, siehe Anhang C.1.4) erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Erhebliche Nutzungseinschränkungen, die die spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können sind daher nicht zu erwarten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	001	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im Trassenband (LK 5) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

C.1.3.5 VORBEHALTSGEBIET OBERFLÄCHENNAHE ROHSTOFFE

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

RP RN: G 2.4.2.2 In den „Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung“ sollen Rohstofflagerstätten vorsorglich langfristig gesichert und freigehalten werden. Bei Nutzungsänderungen, die eine spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, soll der Rohstoffsicherung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Eine Inanspruchnahme der Vorbehaltsgebiete ist während der Laufzeit des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar nicht vorgesehen. Die „Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung“ sind in der Raumnutzungskarte und im Anhang Nr. 4 festgelegt.

02	004	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Nutzungseinschränkungen, die die spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können jedoch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte ; siehe Anhang C.1.4) minimiert werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Nutzungseinschränkungen, die die spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können jedoch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte ; siehe Anhang C.1.4) minimiert werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.6 VORBEHALTSGEBIET PHOTOVOLTAIK

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP MOR: 4.2.5.3 Z (1) Die Vorbehaltsgebiete (s. Ergänzungen der Raumnutzungskarte des Regionalplans vom 13. März 2002 einschließlich der Teilkarten 1 - 8 im Anhang) sollen für die Errichtung und den Betrieb von regionalbedeutsamen Photovoltaikanlagen gesichert werden. In den Vorbehaltsgebieten soll der Nutzung von regionalbedeutsamen Photovoltaikanlagen ein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen beigemessen werden.					
04	019	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. In dieser planerischen Vorgabe für nachfolgende Abwägungsentscheidungen werden Infrastrukturmaßnahmen jedoch nicht kategorisch ausgeschlossen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	019	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	020	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. In dieser planerischen Vorgabe für nachfolgende Abwägungsentscheidungen werden Infrastrukturmaßnahmen jedoch nicht kategorisch ausgeschlossen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.7 VORRANGGEBIET LANDWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z 2.3.1.2 Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist in den „Vorranggebieten für die Landwirtschaft“ eine außerlandwirtschaftliche Nutzung nicht zulässig. Nutzungseinschränkungen durch Rechtsverordnungen zum Schutz der Umwelt bzw. aufgrund von Flächenwidmungen für naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen sind einzuhalten. Die Inanspruchnahme von Landwirtschaftsflächen für technische Infrastrukturen und Verkehrs- sowie Windenergieanlagen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur im Außenbereich realisiert werden können, sind ausnahmsweise möglich. Die „Vorranggebiete für die Landwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.					
01	001	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	003	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungs-neubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungs-neubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruch-nahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungs-neubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	003	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Anhang C.1.3.7

Konformitätsbewertung:

Vorranggebiet Landwirtschaft

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	004	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	005	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	005	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	006	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	006	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	007	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	007	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	008	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	008	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	009	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	009	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	001	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	001	2	2	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	2	2	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	008	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	009	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	009	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	010	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	010	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	011	2	2	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	013	2	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

RP MOR: (1) Die Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I (s. Raumnutzungskarte) sind für die landwirtschaftliche Nutzung zu sichern. G (2) Die Inanspruchnahme der Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn keine Alternativen mit geringerer Belastung der Landwirtschaft zur Verfügung stehen.

04	021	2	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	021	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
05	001	2	1	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.8 VORBEHALTSGEBIET LANDWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: G 2.3.1.3 Die „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft“ sollen vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben und im Falle fehlender Alternativen nur in unbedingt notwendigem Umfang für andere Zwecke in Anspruch genommen werden. Die „Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.					
01	001	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Offenhaltung der Landschaft wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Offenhaltung der Landschaft wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
RP MOR: G (4) Die Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe II (s. Raumnutzungskarte) sollen nur dann für andere Nutzungen und nur in dem unbedingt erforderlichen Umfang in Anspruch genommen werden, wenn agrarstrukturelle Belange nicht wesentlich berührt werden. G (5) In den Schutzbedürftigen Bereichen beider Stufen sollen mit der Landwirtschaft verträgliche Nutzungen zugelassen werden. (...)					
04	017	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	019	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	020	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	1	1	1 ^G	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.9 VORRANGGEBIET FORSTWIRTSCHAFT

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

RP RN: Z 2.3.2.2 Die „Vorranggebiete für Wald und Forstwirtschaft“ dienen der Sicherung und Entwicklung der Waldfunktionen und Waldstrukturen. Diese Vorranggebiete dürfen für andere Nutzungen und Funktionen, die den Wald und seine Funktionen beeinträchtigen können, nicht in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Wald für technische Infrastrukturen und Verkehrs- sowie Windenergieanlagen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur im Außenbereich realisiert werden können, sind ausnahmsweise möglich. Bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist darauf zu achten, dass sowohl die natürliche Eignungsgrundlage dieser Bereiche als auch deren wirtschaftliche Nutzbarkeit nicht gefährdet bzw. nach Möglichkeit verbessert werden. Die „Vorranggebiete für Wald und Forstwirtschaft“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.

04	010	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schneisenmanagement" siehe Anhang C.1.4) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.3.10 VORRANGGEBIET NATUR UND LANDSCHAFT

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z 2.2.1.2 In den „Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege“ haben die Ziele des Naturschutzes und Maßnahmen, die dem Aufbau, der Entwicklung und Gestaltung eines regionalen, räumlich und funktional zusammenhängenden Biotopverbundsystems dienen, Vorrang vor entgegenstehenden oder beeinträchtigenden Nutzungsansprüchen. Sie dienen der Erhaltung und Entwicklung heimischer Pflanzen- und freilebender Tierarten mit dem Ziel der Sicherung der Biodiversität. Die „Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.					
01	007	3	3	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	3	3	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	3	3	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	3	3	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	2	2 ^M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	3	2	2 ^M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	003	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
03	002	3	3	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	002	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	002	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	003	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	003	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	005	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	005	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	006	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	006	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	007	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	007	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	008	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	008	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	009	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	010	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	011	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	011	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	012	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	012	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	013	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	015	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

RP MOR: 3.3.1.2 Z (1) Die vorhandenen wertvollen Biotope sind als Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege (s. Raumnutzungskarte) zu sichern und gemäß den natürlichen Gegebenheiten ihrer Standorte nachhaltig zu entwickeln. Die vorhandenen wertvollen Biotope sind in den Randbereichen, in denen sie bereits Schäden aufweisen, wieder zu renaturieren. G (3) In den Schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege sollen nur solche Nutzungen zugelassen werden, die die ökologischen Qualitäten nicht beeinträchtigen oder zu ihrer Sicherung beitragen. Ihre Nutzung für Verkehrsanlagen und Leitungen soll vermieden werden. Art und Intensität der Nutzung sollen so festgelegt werden, dass die charakterisierenden natürlichen Qualitäten der Schutzbedürftigen Bereiche nicht beeinträchtigt werden. Das gilt auch für Nutzungen außerhalb der Schutzbedürftigen Bereiche, wenn diese sich nachteilig auf die Schutzbedürftigen Bereiche auswirken können.

04	017	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	019	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	020	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
05	001	3	3	2 ^M	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit herstellbar.

C.1.3.11 VORBEHALTSGEBIET NATUR UND LANDSCHAFT

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: G 2.2.1.3 Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sollen als ergänzende Bestandteile eines regionalen Biotopverbundes gesichert und entwickelt werden. Den gebietsspezifischen Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes soll besonderes Gewicht gegenüber entgegenstehenden Nutzungsansprüchen, Planungen und Maßnahmen gegeben werden. Eine an die Ziele des Naturschutzes angepasste Nutzung, Bewirtschaftung und Pflege ist zu fördern. Die „Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der Raumnutzungskarte festgelegt.					
01	002	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	2	2	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	2	2	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.12 REGIONALE GRÜNZÜGE

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z2.1.3 In den Regionalen Grünzügen und in den Grünzäsuren darf in der Regel nicht gesiedelt werden. In den Grünzügen sind technische Infrastrukturen und Verkehrsinfrastrukturen sowie privilegierte Vorhaben im Sinne von § 35 (1) BauGB zulässig, die die Funktionen der Grünzüge nicht beeinträchtigen, im überwiegenden öffentlichen Interesse notwendig sind oder aufgrund besonderer Standortanforderung nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können. Letzteres gilt auch für den Rohstoffabbau.					
01	001	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	3	3	2 ^{ba}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	3	3	2 ^{ba}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	3	3	2 ^{BA}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	3	3	2 ^{BA}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	006	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	3	3	2 ^{BA}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	3	3	2 ^{BA}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl. Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	3	3	2 ^{BA}	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	002	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	003	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
02	003	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
02	004	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
02	004	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
02	005	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
02	005	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
02	006	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
02	006	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	007	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> ist somit herstellbar.
02	007	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> bestehen.
02	008	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> ist somit herstellbar.
02	008	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> bestehen.
02	009	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> ist somit herstellbar.
02	009	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> bestehen.
03	001	3	3	2 ^{BA}	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das geplante Vorhaben vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> ist somit herstellbar.
03	002	3	3	2 ^{BA}	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das geplante Vorhaben vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung</u> ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	001	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	001	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	002	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	002	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	003	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	003	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	004	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	004	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	005	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	005	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	006	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	006	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	007	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	007	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	008	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	008	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	009	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	009	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	010	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	010	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	011	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	011	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>
04	012	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.</u>
04	012	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem <u>Erfordernis der Raumordnung bestehen.</u>

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	013	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	3	3	2 ^{BA}	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

RP MOR: 3.2.2 Z (1) Die Regionalen Grünzüge (s. Raumnutzungskarte) nehmen Ausgleichsfunktionen für die besiedelten Flächen wahr. Sie sind als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Die bauliche Nutzung der Regionalen Grünzüge über die in G (2) genannten Ausnahmen hinaus ist ausgeschlossen. G (2) Die Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Bei der Durchführung unvermeidbarer Maßnahmen ist dem Schutz ökologisch sensibler Bereiche eine besondere Bedeutung beizumessen.

04	014	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
----	-----	---	---	----------------	---

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	014	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	015	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	016	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	016	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	017	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	017	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	019	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Anhang C.1.3.12

Konformitätsbewertung:

Regionale Grünzüge

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	021	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	021	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
05	001	3	3	1 ^G	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.13 GRÜNZÄSUREN

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z2.1.3 In den Regionalen Grünzügen und in den Grünzäsuren darf in der Regel nicht gesiedelt werden. ... In den Grünzäsuren sind raumbedeutsame Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB unzulässig. Die Erweiterung standortgebundener technischer Infrastrukturen ist ausnahmsweise möglich.					
01	002	4	4	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwach-sens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	4	4	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwach-sens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	4	4	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwach-sens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
RP MOR: 3.2.3 Z (1) Freiräume, die insbesondere zu Verhinderung bandartiger Siedlungsentwicklungen beitragen, sind als Grünzäsuren (s. Raumnutzungskarte) zu erhalten. Die Freihaltung der Grünzäsuren trägt zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Die bauliche Nutzung der Grünzäsuren über die in G (2) genannten Ausnahmen hinaus ist ausgeschlossen. G (2) Die Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, ist in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Eine möglichst weitgehende Reduzierung der Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist anzustreben.					
04	017	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Grünzäsuren die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung zu verhindern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	017	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Die Zielformulierung lässt zudem die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	018	3	3	1 ^G	Sofern keine Nutzung der der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Grünzäsuren die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung zu verhindern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	018	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Die Zielformulierung lässt zudem die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.

C.1.3.14 VORBEHALTSGEBIET FREIZEIT UND ERHOLUNG

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: 2.2.7.1 Die landschaftlichen Potenziale der Metropolregion Rhein-Neckar sollen für die touristische Nutzung und für die Naherholung gesichert und weiterentwickelt werden. In der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt sind die für die landschaftsbezogene Erholung und für den Tourismus besonders bedeutenden Räume dargestellt.					
01	003	1	1	1 ^G	Diese Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktions-einschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	1	1	1 ^G	Diese Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktions-einschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	1	1	1 ^G	Diese Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktions-einschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	002	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	004	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	005	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	005	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	006	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	006	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	009	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	009	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	1	1	1 ^G	Diese Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	1	1	1 ^G	Diese Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	002	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	002	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	004	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Anhang C.1.3.14

Konformitätsbewertung:

Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	005	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	005	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	006	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	006	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	007	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	007	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	008	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	009	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	010	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	010	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	011	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	011	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	012	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	012	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	013	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	014	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	015	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

C.1.3.15 ÜBERREGIONAL BEDEUTSAME NATURNAHE LANDSCHAFTSRÄUME

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
LEP BW: Z 5.1.2.1 In den überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen ist die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und zu verbessern. Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, sollen unterbleiben oder, soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.					
01	003	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	3	3	2 ^M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	3	3	2 ^M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	007	3	3	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	3	3	2 ^M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	3	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
02	002	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	3	2	1 ^G	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	3	3	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	004	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	015	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	016	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	016	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	017	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	017	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	020	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	020	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	021	3	3	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
05	001	3	3	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.16 VORRANGGEBIET HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP RN: Z 2.2.5.2 Zur Erhaltung und Aktivierung natürlicher Überschwemmungsflächen, zur Hochwasserrückhaltung, zur Vermeidung zusätzlicher Schadensrisiken sowie zur Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung werden " Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt. In diesen Vorranggebieten haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen. Sie sind von hochwassersensiblen Nutzungen, insbesondere von weiterer Bebauung sowie von Vorhaben, die den Abfluss beeinträchtigen bzw. zu Retentionsraumverlusten führen, freizuhalten. Unvermeidbare Vorhaben und Maßnahmen im öffentlichen Interesse sind ausnahmsweise möglich, wenn die Erfordernisse des Hochwasserschutzes gewahrt bleiben.					
01	003	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	2	2	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	2	2	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	2	2	2 ^M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	002	2	2	2 ^M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Anhang C.1.3.16

Konformitätsbewertung:

Vorranggebiet Hochwasserschutz

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	005	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	005	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	012	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
RP MOR: 3.3.5.2 Z (1) Die Schutzbedürftigen Bereichen für den vorbeugenden Hochwasserschutz (s. Raumnutzungskarte) sind für natürliche Überflutungen und die Retention von Hochwässern sowie für Maßnahmen der Gewässerentwicklung und Auenrenaturierung zu sichern. In diesen Bereichen haben die Belange des Hochwasserschutzes Vorrang vor anderen Nutzungen. Insbesondere sind sie von weiterer Bebauung freizuhalten. Zwingende Vorhaben und Maßnahmen im öffentlichen Interesse sind nur dann möglich, wenn					
– eine Erhöhung des Schadenpotentials nicht zu befürchten ist,					
– kein Verlust an Retentionsraum erfolgt bzw. ein gleichwertiger Ausgleich dafür geschaffen wird,					
– keine Verlagerung des Gefahrenpotentials erfolgt.					
04	021	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes für zwingende Vorhaben im öffentlichen Interesse unter Einhaltung der Ausnahmeveraussetzungen zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Eine Erhöhung des Schadenpotentials, der Verlust an Retentionsraum sowie eine Verlagerung des Gefahrenpotentials sind nicht zu befürchten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
05	001	2	2	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes für zwingende Vorhaben im öffentlichen Interesse unter Einhaltung der Ausnahmeveraussetzungen zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Eine Erhöhung des Schadenpotentials, der Verlust an Retentionsraum sowie eine Verlagerung des Gefahrenpotentials sind nicht zu befürchten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.3.17 VORBEHALTSGEBIET HOCHWASSERSCHUTZ

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				

RP RN: G 2.2.5.3 "Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz" dienen der Vermeidung und Minderung von zusätzlichen Schadensrisiken. In diesen Vorbehaltsgebieten sollen die Belange des Hochwasserschutzes bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen besonders berücksichtigt werden. Zudem soll in ihnen nicht gebaut werden.

01	002	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	1	1	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	004	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	1	1	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	1	1	1 ^G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
01	006	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	001	1	1	1 ^G	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	004	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	005	1	1	1 ^G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

RP MOR: 3.3.5.3 G (1) In den überschwemmungsgefährdeten Bereichen bei Katastrophenhochwasser (s. Raumnutzungskarte) sollen vorhandene und künftige Nutzungen an das Risiko angepasst werden. Hierzu sollen Einzelbestimmungen zur Schadensminimierung in den gemeindlichen Planungen festgelegt werden. Nicht anpassbare Nutzungen sollen ausgeschlossen werden.

04	014	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	015	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	016	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	016	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	017	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	017	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	020	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	020	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment		Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km				
04	021	1	1	2 ^M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

C.1.3.18 KONFORMITÄTSGEWERTUNG THEMENÜBERGREIFEND NACH TRASSENKORRIDORSEGMENTEN

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Offenhaltung der Landschaft wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl. Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	002	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Offenhaltung der Landschaft wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	002	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	002	Grünzäsur	4	4	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwach-sens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	002	Grünzäsur	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	002	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	Industrie und Gewerbe	4	4	2M	Das Gebiet liegt in dem Trassenband unter bestehenden Höchstspannungs-freileitungen. Somit ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt kein Konflikt mit der Nutzung besteht und die Konformität gegeben ist. Dieses Gebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallel-neubau (LK 5) gequert werden. Veränderungen gegenüber der bestehenden Situation können jedoch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte ; siehe Anhang C.1.4) minimiert werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungs-neubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungs-neubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	003	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Grünzäsur	4	4	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwach-sens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Grünzäsur	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Diese Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktions-einschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	003	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	003	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	003	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl. Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Grünzäsur	4	4	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung in Form einer bandartiger Siedlungsentwicklung oder eines Zusammenwachsens von Siedlungsgebieten erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Grünzäsur	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Dieses Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktionseinschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	004	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	004	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	004	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	005	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	005	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	005	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	005	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	006	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.3/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	006	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	006	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl. Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	007	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Grünzäsur	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch eine Unzulässigkeit gem. Zielformulierung darstellen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	007	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	007	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Kann nicht die Nutzung des bestehenden Trassenbandes erfolgen, muss das Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	007	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
01	008	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
01	008	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Dieses Vorranggebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine Funktionseinschränkung bzgl. Schutz und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bzw. Schutz und Entwicklung der Kulturlandschaft erfolgen wird. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
01	008	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Diese Vorbehaltsgebiet muss innerhalb des bestehenden Trassenbandes mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation eine erhebliche Funktions-einschränkung im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung erfolgen wird. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
01	008	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau im bestehenden Trassenband (LK 5) (vgl. Kapitel 3.2.4/6.3.5.1.1) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	2	2M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	001	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keinen Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	001	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	001	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	2	1G	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	002	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	002	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	2	2M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	002	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	002	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	002	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	002	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	2	1G	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Daher ist nicht zu erwarten, dass gegenüber der bestehenden Situation erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, erfolgen werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	003	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	003	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	003	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	003	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	003	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	003	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	004	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	004	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	004	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	004	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	004	Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Nutzungseinschränkungen, die die spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können jedoch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte ; siehe Anhang C.1.4) minimiert werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	004	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	004	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	004	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	005	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	005	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	005	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	005	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	005	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	005	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	005	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	005	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	006	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	006	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	006	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	006	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	006	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	006	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	007	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	007	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	007	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	007	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultranet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	007	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	008	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	008	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	008	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	008	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	008	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	009	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	Industrie und Gewerbe	4	3	2M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse mit gleichbleibendem Schutzstreifen bleibt die Situation unverändert. Dies kann durch geeignete Maßnahmen (z.B. Verkürzung der Mastabstände; siehe Anhang C.1.4) erreicht werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	009	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 5/6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
02	009	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	3	2M	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert, da mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte, siehe Anhang C.1.4) erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden können. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	009	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	009	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
02	009	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
02	009	Regionaler Grünzug	3	2	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
02	009	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
02	009	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandstrasse (LK 4) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandstrasse bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	4	2M	Das Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Der geplante Parallelneubau im Querungsbereich des Vorranggebietes erfolgt jedoch innerhalb eines bestehenden Trassenbandes aus mehreren Leitungen (als Ersatzneubau in gegenüber den Bestandsleitungen verlagerte Trasse). Durch die Rückbaumaßnahme der Bestandsleitung verändert sich an der Anzahl der Leitungen nichts und die Situation für das Vorranggebiet bleibt unverändert. Zudem können auch mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte, siehe Anhang C.1.4) erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Erhebliche Nutzungseinschränkungen, die die spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können sind daher nicht zu erwarten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau im Trassenband (LK 5) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Dies würde aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen der vorrangigen Nutzung zur Rohstoffgewinnung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
03	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das geplante Vorhaben vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Dieses Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
03	001	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	001	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern kein Parallelneubau (LK 5) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
03	002	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Dieses Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern kein Parallelneubau erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das geplante Vorhaben vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
03	002	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Diese Vorbehaltsgebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
03	002	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einen Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelnaubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultrahigh Voltage vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	001	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	001	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Parallelneubau (LK 5) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können auf Grund der geringen Breite des Gebietes mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. kleinräumige Mastverschiebung; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	001	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	002	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	002	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	002	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	002	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	002	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	002	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	003	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	003	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	003	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	003	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	003	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	003	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	004	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	004	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleleubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	004	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	Überregional bedeutsame naturnahe	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	004	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	004	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	005	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	005	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	005	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	005	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	005	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	005	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	005	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	005	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	005	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme durch Mastneubauten ergeben sich jedoch keine erheblichen Einschränkungen für die Belange des Hochwasserschutzes (z.B. in Form verminderter Retentionsräume oder Behinderung des Hochwasserabflusses). Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	006	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	006	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	006	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	006	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	006	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	006	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	006	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	007	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	007	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	007	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	007	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	007	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	007	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	007	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	008	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandstrasse (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	008	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	008	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	008	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	008	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	008	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	008	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	009	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	009	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	009	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	009	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	009	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	009	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	010	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	010	Vorranggebiet Forstwirtschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 4) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme einzelner Mastneubauten und mittels entsprechender Maßnahmen (Überspannung; "Ökologisches Schienenmanagement" siehe Anhang C.1.4) können erhebliche Nutzungseinschränkungen vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	Vorranggebiet Forstwirtschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	010	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleleubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	010	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste das Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Übersicht Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	010	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	010	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	010	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	011	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	011	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	011	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralleleubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	011	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	011	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	011	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	011	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	011	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	012	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	012	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	012	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	012	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	012	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	012	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	012	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	013	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralle Neubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	013	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	013	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	013	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	013	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes aus überwiegenden Gründen des Allgemeinwohls als Ausnahme zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Paralle Neubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelt Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	014	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	014	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	014	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt auch im Fall notwendiger kleinräumiger Mastverschiebungen die Situation unverändert und die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung gewahrt. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	014	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	014	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	015	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	015	Regionaler Grünzug	3	3	2bA	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Bezogen auf die Zielformulierung sind Abweichungen aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. Gemäß § 1 NABEG liegt das überragende öffentliche Interesse für das Projekt Ultramet vor. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	015	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	015	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	Vorbehaltsgebiet Freizeit und Erholung	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die mit diesem Grundsatz angestrebte Sicherung und Entwicklung des landschaftlichen Potenzials für die touristische Nutzung und Naherholung werden in diesem Raum nicht erheblich beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	015	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	015	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	015	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	015	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	016	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	016	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	016	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	016	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	016	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	016	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	016	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	017	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	017	Siedlungsbereich	4	2	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
04	017	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	017	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	017	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	017	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	017	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	017	Grünzäsur	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Grünzäsuren die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung zu verhindern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	017	Grünzäsur	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Die Zielformulierung lässt zudem die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
04	017	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	017	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	017	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	017	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	018	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	018	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	018	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	018	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	018	Grünzäsur	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Grünzäsuren die Funktion, eine bandartige Siedlungsentwicklung zu verhindern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	018	Grünzäsur	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Die Zielformulierung lässt zudem die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Damit ist die Konformität mit diesem Erfordernis der Raumordnung gegeben.
04	019	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	019	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz des Grundwassers bleibt bei einem Leitungsneubau gewahrt, da von dem Vorhaben keine Grundwasser gefährdende Wirkung ausgeht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	019	Vorbehaltsgebiet Grundwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	019	Vorbehaltsgebiet Photovoltaik	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. In dieser planerischen Vorgabe für nachfolgende Abwägungsentscheidungen werden Infrastrukturmaßnahmen jedoch nicht kategorisch ausgeschlossen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	019	Vorbehaltsgebiet Photovoltaik	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	019	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	019	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	019	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	Industrie und Gewerbe	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Industrie- und Gewerbeentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	020	Vorbehaltsgebiet Photovoltaik	2	2	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. In dieser planerischen Vorgabe für nachfolgende Abwägungsentscheidungen werden Infrastrukturmaßnahmen jedoch nicht kategorisch ausgeschlossen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	020	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	020	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	020	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	020	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	020	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	020	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	021	Siedlungsbereich	4	4	3	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Diese Nutzung würde jedoch dem Ziel der Siedlungsentwicklung entgegenstehen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre folglich nicht gegeben.
04	021	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	021	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	021	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
04	021	Regionaler Grünzug	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	021	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
04	021	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes für zwingende Vorhaben im öffentlichen Interesse unter Einhaltung der Ausnahmevoraussetzungen zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Eine Erhöhung des Schadenpotentials, der Verlust an Retentionsraum sowie eine Verlagerung des Gefahrenpotentials sind nicht zu befürchten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorranggebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
04	021	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Eine Anpassung des Vorhabens an das Risiko kann über entsprechende Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) erfolgen. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.
04	021	Vorbehaltsgebiet Hochwasserschutz	1	1	1	Die zu nutzende Bestandsleitung (LK 2) quert das Vorbehaltsgebiet. Bei Nutzung der Bestandsleitung bleibt die Situation unverändert. Somit bleibt die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung bestehen.
05	001	Vorranggebiet Landwirtschaft	2	1	1G	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Das Ziel lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für technische Infrastrukturen als Ausnahme zu. Die mit diesem Ziel verbundene Sicherung der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird durch einen Leitungsneubau zudem nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft	1	1	1G	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorbehaltsgebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Der mit diesem Grundsatz angestrebte Schutz der agrarstrukturellen Belange wird durch einen Leitungsneubau nicht grundlegend beeinträchtigt. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	Vorranggebiet Natur und Landschaft	3	3	2M	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Vereinzelte Nutzungseinschränkungen wie z.B. Verlust sensibler naturschutzfachlicher Flächen durch neue Maststandorte können mittels entsprechender Maßnahmen (Optimierung der Maststandorte; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit herstellbar.
05	001	Regionaler Grünzug	3	3	1G	Sofern eine Änderung des Trassenverlaufs im Bereich des Kernkraftwerks Philippsburg erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Zielformulierung lässt jedoch die Inanspruchnahme des Gebietes für Leitungen, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, zu. Gem. Zielformulierung haben Regionale Grünzüge die Funktion, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Erhebliche Einschränkungen der Funktion der Grünzüge durch Mastneubauten ergeben sich daher nicht. Die Konformität mit dem Erfordernis der Raumordnung wäre somit aus gutachterlicher Sicht gegeben.
05	001	Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	3	3	2M	Dieses Vorranggebiet muss mit einem Neubau (LK 6) gequert werden. Erhebliche Funktionseinschränkungen, die eine Verminderung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes bedingen, können mittels entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Arbeitsflächen; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

Trassenkorridorsegment (s. Karten C.2)		Erfordernis der Raumordnung	Restriktionsniveau (s. Kap. 6.1.4.8)	Konfliktrisiko (s. Kap. 6.1.4.9)	Konformität (s. Kap. 6.1.4.10)	Bewertung
Abs	km					
05	001	Vorranggebiet Hochwasserschutz	2	2	2M	Sofern keine Nutzung der Bestandsleitung (LK 2) erfolgt, müsste dieses Vorranggebiet mit einem Parallelneubau (LK 5) oder einem Neubau (LK 6) gequert werden. Die Beeinträchtigungen des Abflusses kann durch entsprechender Maßnahmen (z.B. Anpassung der Mastbauweise; siehe Anhang C.1.4) vermieden werden. Ein Retentionsraumverlust ist auf Grund des geringen Volumens der Masten nicht zu erwarten. Zudem lässt das Ziel die Inanspruchnahme des Gebietes für zwingende Vorhaben im öffentlichen Interesse unter Einhaltung der Ausnahmevoraussetzungen zu. Dies ist gemäß § 1 NABEG gegeben. Eine Erhöhung des Schadenpotentials, der Verlust an Retentionsraum sowie eine Verlagerung des Gefahrenpotentials sind nicht zu befürchten. Die Konformität des Vorhabens mit dem Erfordernis der Raumordnung ist somit herstellbar.

C.1.4 KONFLIKTVERMEIDENDE MAßNAHMEN

Tabelle C.1-4 **Mögliche konfliktvermeidende Maßnahmen**

Erfassungskriterium	Beschreibung
VR Industrie und Gewerbe VR / VB Wald	Verkürzung der Mastabstände um eine Neuüberspannung aufgrund einer möglichen Schutzstreifenverbreiterung bei LK 4 zu vermeiden.
VR/VB Rohstoffe Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume VR / VB Natur und Landschaft	Optimierung der bestehenden/zukünftigen Maststandorte sowie Anpassung der Arbeitsflächen an die örtlichen Gegebenheiten (soweit technisch möglich) im Rahmen der technischen Detailplanung zur Vermeidung anlage- und baubedingter Flächeninanspruchnahme.
VR Wald Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume	„Ökologisches Schneisenmanagement“ (Entwicklung eines standortgerechten, niederwaldartigen Gehölzes zur Wahrnehmung entsprechender Waldfunktionen) im Bereich des mit Wald bzw. Feldgehölzen bestockten Schutzstreifens. Überspannung zur Vermeidung von Wuchshöhenbegrenzung und anlagebedingter Zerschneidungswirkungen
VR/VB für den vorbeugenden Hochwasserschutz	Angepasste Mastbauweise (Vollwandmasten statt Stahlgitter)

C.2 KARTEN

Übersicht über die Karten zur Raumverträglichkeitsstudie

Karten-Nr.	Thema	
C.2.1	Siedlung, Wasser & Rohstoffe	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.2	Land- & Forstwirtschaft	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.3	Freiraumschutz	Erfordernisse der Raumordnung & Restriktionsniveau
C.2.4	themenübergreifend	Konfliktrisiko & Konformitätsbewertung
C.2.5	übergreifend UB & RVS	verbleibende Konfliktschwerpunkte (themenübergreifend RVS und SUP)

C.2.1 SIEDLUNG, WASSER, ROHSTOFFE

C.2.2 LAND- & FORSTWIRTSCHAFT

C.2.3 FREIRAUMSCHUTZ

C.2.4 KONFORMITÄTSEBEWERTUNG

C.2.5 VERBLEIBENDE
KONFLIKTSCHWERPUNKTE
(THEMENÜBERGREIFEND:
RVS UND SUP)

C.2.6 VERZEICHNIS DER DATENQUELLEN

Verzeichnis der in den Karten verwendeten und dargestellten Daten

Kartennummern: B.2.1.1, B.2.1.2

Thema: Schutzgut Mensch

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Bebauungs- und Flächennutzungspläne

Siehe Anhang D Tabelle D.1-1

Kartennummer: B.2.2.1

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & Biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Naturdenkmal

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise

Rheinland-Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Natura 2000

Hessen:

Naturschutzregister Hessen (NATUREG); Stand der Datenabfrage August 2017

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Geplante Gebiete: RP Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim

Gesetzlich geschützte Biotope

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Kartennummer: B.2.2.2

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & Biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Moor

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Biotopverbund

Deutschland:

Bundesamt für Naturschutz; Stand der Datenabfrage August 2017

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Schutzwürdige Biotope

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Naturschutzgroßprojekt des Bundes

Bundesamt für Naturschutz (BfN) ; Stand der Datenabfrage Juni 2016

Projektgebiet "Lebensader Oberrhein-Naturvielfalt von nass bis trocken":

Institut für Landschaftsökologie und Naturschutz Bühl; Stand der Datenabfrage August 2017

Important Bird Areas

Naturschutzverbund Deutschland e.V. (NABU); Stand der Datenabfrage August 2017

Wildtierkorridore

Deutschland:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA); Stand der Datenabfrage Oktober 2017

Artenhilfskonzepte

Hessen:

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLNUG); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Räumliches Informations- und Planungssystem (RIPS) der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg; Stand der Datenabfrage August 2017

Kartennummer: B.2.2.3

Thema: Schutzgut Tiere, Pflanzen & Biologische Vielfalt

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Ämtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Schutzwald

Rheinland-Pfalz:

Landesforsten Rheinland-Pfalz; Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA); Stand der Datenabfrage August 2017

ForstBW; Stand der Datenabfrage August 2017

Wald

ATKIS Basis-DLM (BKG 2017)

Kartennummer: B.2.3

Thema: Schutzgut Boden

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Ämtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Bodendaten

Baden-Württemberg:

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg (LGRB BW); Stand der Datenabfrage August 2017

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Kartennummer: B.2.4

Thema: Schutzgut Wasser

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Wasserschutzgebiete

Baden-Württemberg:

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Gewässer

ATKIS Basis-DLM (BKG 2017)

Gebiet mit geringem Schutzgrad des Grundwassers

SGWU, © BGR Hannover, 2017

Kartennummer B.2.5.1

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Naturdenkmal

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise

Rheinland-Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet

Hessen:

Naturschutzregister Hessen (NATUREG); Stand der Datenabfrage August 2017

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Geplante Gebiete: RP Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim

Unzerschnittener verkehrsarmer Raum

Hessen:

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG); Stand der Abfrage Juni 2017

Rheinland- Pfalz:

Umweltatlas Rheinland-Pfalz; Stand der Datenabfrage 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Naturpark

Hessen:

HessenForst, Stand der Datenabfrage Oktober 2017

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Geschützter Landschaftsbestandteil

Hessen:

Untere Naturschutzbehörden der Landkreise

Rheinland- Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Abfrage bei Gemeinden

Kartennummer B.2.5.2

Thema: Schutzgut Landschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Erholungswald

Hessen:

HessenForst; Stand der Datenabfrage August 2017

Rheinland- Pfalz:

Landesforst Rheinland-Pfalz; Stand der Datenabfrage Juni 2016

Baden-Württemberg:

ForstBW; Stand der Datenabfrage August 2017

Schutzwürdige Landschaft

Bund für Naturschutz (BfN); Stand der Datenabfrage August 2017

Historische Kulturlandschaft

Rheinland- Pfalz:

Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE), Landesentwicklungsprogramm IV (2008); Stand LEP Oktober 2008

Mindestens regional bedeutsames Gebiet zur landschaftsgebundenen Erholung

Rheinland- Pfalz:

Landesentwicklungsprogramm IV (2008), Stand LEP Oktober 2008

Sichtachse Königsstuhl – Kalmit

Baden-Württemberg:

Verband Region Rhein-Neckar, Stand der Datenabfrage September 2017

Kartennummer: B.2.6

Thema: Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Bodendenkmal, Kulturdenkmal, Baudenkmal

Landesämter für Denkmalpflege Baden-Württemberg (Stand: August 2017)

und Rheinland-Pfalz (Stand: August 2017)

Kartennummer: B.2.7

Thema: Konfliktrisiko

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Kartennummer: B.2.8

Thema: Konfliktbewertung

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):

© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Kartennummer: B.2.9

Thema: Konfliktschwerpunktbewertung

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Vorbelastung (Höchstspannungsfreileitung):
© GeoBasis-DE, BKG 2017, TransnetBW GmbH

Kartennummer: C.2.1

Thema: Siedlung, Wasser & Rohstoffe

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Regionalplan Mittlerer Oberrhein (2003),
Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar (2014)

Bebauungs- und Flächennutzungspläne

Siehe Anhang D Tabelle D.1-1

Kartennummer: C.2.2

Thema: Land- und Forstwirtschaft

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Regionalplan Mittlerer Oberrhein (2003),
Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar (2014)

Kartennummer: C.2.3

Thema: Freiraumschutz

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Regionalplan Mittlerer Oberrhein (2003),
Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar (2014),
Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (2008),
Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (2002)

Kartennummer: C.2.4

Thema: Konformitätsbewertung

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Kartennummer: C.2.5

Thema: Verbleibende Konfliktschwerpunkte

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Kartennummer: I.2.1

Thema: Übersichtskarte Natura 2000

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE

Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS)

BKG 2017

Natura 2000-Gebiete**Hessen:**

Naturschutzregister Hessen (NATUREG); Stand der Datenabfrage August 2017

Rheinland-Pfalz:

Die Fachdaten der Naturschutzverwaltung wurden vom Land Rheinland-Pfalz kostenlos zur Verfügung gestellt (LANIS); Stand der Datenabfrage August 2017

Baden-Württemberg:

Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW); Stand der Datenabfrage August 2017

Kartennummer: II.2.1

*Thema: Blattsschnitte der Topographischen Karten auf Grundlage der Untersuchungs-
räume*

Digitale Topographische Karte 1:50.000:

© GeoBasis-DE
